Kubas Realität S. 6

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 35 – 3. September 2011

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Preußenhochzeit in Potsdam: Georg Friedrich Prinz von Preußen und seine Braut Sophie Prinzessin von Isenburg in Sanssouci

Tiefe Gräben in der Union

Der Streit um den Euro-Rettungsschirm wird zunehmend konfuser

Das deutsche Staatsschiff schaukelt in schwerer See. Die CDU hält in ihrer Mehrheit weiter Kurs mit Merkel und Schäuble, die CSU möchte beidrehen. Derweil zielen die Vorstellungen der Opposition erst recht ins Desaster.

Die Abstimmung über einen dauerhaften Euro-Rettungsmechanismus, die Ende September im Bundestag ansteht, reißt immer tiefere Gräben in den Unionsparteien auf. Aus Furcht vor dem Unmut ihrer Wähler hat die CSU zuletzt die von Angela Merkel und Nicolas Sarkozy beschlossene europäische Wirtschaftsregierung ebenso abgelehnt wie die Vergemeinschaftung von Staatsschulden aller Regierungen der Euro-Zone über sogenannte „Eurobonds“.

Im Streit zwischen CDU und CSU geht es offenkundig vor allem darum, ob man den Deutschen endlich reinen Wein einschenken sollte oder nicht: Schnell wurde aus Richtung CDU beteuert, mit „Wirtschaftsregierung“ sei ja gar keine „Regierung“ im eigentlichen Sinne gemeint. Die CSU möge ihren Beschluss daher entsprechend verwässern.

Die bayerische Union aber ahnt, dass genau solche Winkelzüge einen Gutteil des Vertrauensverlustes zu verantworten haben, den sich die deutsche Politik bei den Bürgern eingehandelt hat: Es hat den Anschein, als gehe es den Verantwortlichen in Sachen Europa vor allem darum, das eigene Volk soweit wie möglich im Unklaren zu lassen, es regelrecht auszutricksen.

> Rot-Grün träumt vom europäischen Umverteilungsstaat

So jagen sich schaumige Formelkompromisse, aus denen später gar nichts folgt oder etwas, das aus dem ursprünglichen Text bestenfalls in Ansätzen herauszulesen war. Reift im Volk die Erkenntnis, womit man es zu tun hat, dann ist es für Änderungen angeblich viel zu spät. Das gesamte Euro-Gebilde wurde nach eben dieser Methode umgesetzt.

Die Abstimmung kann für die Union so oder so nur schlecht ausgehen. Erhält Merkel ihre „Kanzlermehrheit“, dann erscheinen die jetzt so lautstark vorpreschenden Kritiker entweder als unbedeutende Minderheit oder – schlimmer noch – als Alibi-Truppe zur Beruhigung der unzufriedenen Wählerschaft. Kann Merkel die weitgehende Selbstentmachtung des Bundestages in Haushaltsfragen indes nur mit Hilfe der Opposition durchbringen, geriete Schwarz-Gelb in eine ernsthafte Existenzkrise.

Dabei darf nicht übersehen werden, dass die Alternative Rot-Grün in ihren europapolitischen Vorstellungen weit über Merkel und Schäuble hinausgeht: Transferunion und Eurobonds sind hier längst gesetzte, unumstrittene Ziele, und dies aus einem zutiefst ideologischen Grund. Folgen sie doch dem Ideal einer sozialistischen Umverteilungsgesellschaft, in welcher der Starke (hier: Deutschland) dem Schwachen abzugeben hat, ohne dass die Leistungsbereitschaft des Schwachen zu überprüfen wäre. Dazu gesellt sich die nie überwundene Reserve der deutschen Linken gegenüber einem angeblich allzu starken Deutschland, das auf diese Weise geschwächt würde.

Hans Heckel

JAN HEITMANN:

Von Bord!

Wie war das noch? „Auf jedem Schiff, das dampft und segelt, gibt es einen, der die Sache regelt. Und das bin ich.“ Mit diesen Worten reklamierte Guido Westerwelle seinen Führungsanspruch in der FDP. Wer aber ein Schiff führen will, muss etwas von der Seefahrt verstehen. Wenigstens mit dem Kompass sollte er umgehen können, sonst steuert er einen falschen Kurs und führt das Schiff ins Verderben. Bleibt man bei diesem Bild, versteht jeder Freizeitskipper mehr von der Lenkung des Staatsschiffes als der Bundesaußenminister. Kein Wunder, dass Altkanzler Kohl zürnt, die deutsche Außenpolitik habe keinen Kompass mehr. Hat sie doch, konterte Westerwelle trotzig, die liberale Außenpolitik folge „einem klaren Kompass“. Doch was nützt der klarste Kompass, wenn der Kapitän ihn nicht lesen kann?

Das Beispiel Westerwelle wirft ein Schlaglicht auf die Personalauswahl der Parteien. Wer sich jahrelang in der Partei bewährt, wird mit einem Staatsamt belohnt. Doch Parteipolitik und Staatspolitik sind nicht dasselbe. Wer das eine beherrscht, kann im anderen kläglich versagen. So wie Westerwelle. Sieht man sich seine Vita an (s. S. 24), stellt man fest, dass er eigentlich nie etwas anderes als Parteiarbeit gemacht hat. Weder hat er sich als Landesminister oder Staatssekretär noch wenigstens in einem Beruf bewährt, bevor er Vizekanzler und Außenminister wurde. Meriten hat er ausschließlich in der FDP erworben. Mit dieser Qualifikation dürfte man ihm eigentlich nicht einmal eine Segeljolle und schon gar nicht das Staatsschiff anvertrauen. Wenn der Kapitän das Leben der Mannschaft gefährdet, wird gemeutert. Das sollte die FDP jetzt auch tun und dafür sorgen, dass Westerwelle schleunigst von Bord geht.

Heuchelnde Opposition

Plötzlich finden alle, die Militärintervention in Libyen sei gut gewesen

Mit sichtlichem Vergnügen dreschen Oppositionspolitiker auf den orientierungslos durch die Weltpolitik geisternden Bundesaußenminister ein. Mit seiner abwegigen Erklärung der Gründe für den Sturz Gaddafis hat Guido Westerwelle ihnen eine dankbare Steilvorlage geliefert. Doch die, die ihn schlecht und die Militärintervention in Libyen plötzlich ganz toll finden, haben vor einigen Monaten noch ganz anders darüber geredet.

SPD-Chef Sigmar Gabriel kritisierte den Luftkrieg gegen Gaddafi als „schlecht vorbereitet und chaotisch“. Westerwelle, so wetterte er, wolle sich als „Friedensfürst“ profilieren und sich „nur nicht die Hände schmutzig machen“. Gleichwohl hielt er „vor allem die Durchsetzung einer Wirtschaftsblockade“ für das geeignete Mittel, den Diktator in die Knie zu zwingen. Eine klare außenpolitische Linie sieht anders aus. Die

> Kritik an Westerwelle ist unglaubwürdig

Grüne Claudia Roth, friedensliebend und stets betroffen, warnte „vor einer militärfixierten Debatte und einem militärischen Eingreifen“. Statt dessen solle man die Aufstandsbewegung lieber durch „viele andere Möglichkeiten“ wie „Sanktionen oder die medizinische Versorgung der libyschen Bevölkerung“ unterstützen. Ins gleiche Horn stießen erwartungsgemäß die Spitzenpolitiker der Linkspartei. In einer gemeinsamen Erklärung von Parteivorstand und Bundestagsfraktion forderten sie, Deutschland dürfe „sich weder unmittelbar noch mittelbar an einem militärischen Eingreifen beteiligen“. Einem „Krieg für Öl“ und einer deutschen Beteiligung daran würden sie auf keinen Fall zustimmen.

Nachdem der Militäreinsatz – und nur der Militäreinsatz – der Nato Gaddafi vertrieben und dem libyschen Volk die Freiheit gebracht hat, finden dieselben Oppositionspolitiker nun, dass die Intervention eine gute Idee war. An Taten kann man die Opposition schwer messen. An ihren Worten schon. *Jan Heitmann*

Entschädigung kein Thema

Tag der Heimat: Steinbach appelliert an die Bundesregierung

Bei der diesjährigen Auftaktveranstaltung zum Tag der Heimat am vergangenen Wochenende in Berlin, an der rund 1000 Menschen teilnahmen, sprach BdV-Präsidentin Erika Steinbach klare Worte. Sie mahnte ein höheres Tempo beim Ausbau des Zentrums gegen Vertreibungen an, damit die Letzten der Erlebnisgeneration sehen könnten, „dass ihr Schicksal nicht vergessen ist und einen festen Platz in der deutschen Hauptstadt hat“. Steinbach lobte in ihrer Ansprache die Staaten, die ihren Anteil an der Vertreibung der Deutschen zumindest zugegeben hätten wie das slowakische Parlament, das am 12. Februar 1991 sein Bedauern über die Vertreibung der Karpatendeutschen zum Ausdruck brachte.

Dagegen prangerte sie beim Thema Mauerbau den geschichtsverfälschenden Umgang einiger

> Totschlagargument: kein Geld übrig

grüner und linker Politiker mit dem sozialistischen Regime an. Steinbach stellte klar, dass der 8. Mai 1945 kein „Tag der Befreiung“ war.

Steinbachs Appell, die seit Jahren diskutierte Entschädigung für die deutschen Zwangsarbeiter endlich zu verwirklichen, prallte jedoch an der Bundesregierung ab. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) lehnte eine Entschädigung für deutsche Zwangsarbeit im Ausland nach dem Zweiten Weltkrieg ab, weil diese als Massenschicksal gelte, für das nicht entschädigt werden könne, zumal das Ministerium nicht über die Mittel verfüge, jedem der etwa 100 000 Berechtigten eine Einmalzahlung in Höhe von 5000 Euro zu zahlen. Zu den Unterstützern einer Entschädigung zählt CDU-Fraktionsvize Wolfgang Bosbach. Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) lobte in seiner Festansprache die Aufarbeitung der Geschichte der Vertriebenen als Schlüssel zur Verständigung. *MRK*

(siehe Seite 20)

Zwischenruf

Preußen lebt

Georg Friedrich, Prinz von Preußen, der Chef des Hauses Hohenzollern, heiratete am 25./27. August 2011 Sophie Prinzessin von Isenburg. Der Traugottesdienst wurde dankenswerterweise – gegen den Widerstand linker Rundfunkräte – im Fernsehen von den Sendern RBB, HR und SWR übertragen.

Der Prinz, ein Ururenkel des letzten preußischen Königs und deutschen Kaisers Wilhelm II., verlor schon als Kleinkind seinen Vater, der bei einer Wehrübung tödlich verunglückte. Seine Mutter, Prinzessin Donata, sowie sein Großvater, Kaiserenkel Prinz Louis Ferdinand von Preußen, widmeten der Erziehung und Bildung des heranwachsenden Prinzen große Aufmerksamkeit.

Das Brautpaar heiratete in der Friedenskirche in Potsdam, die von Friedrich Wilhelm IV. Mitte des 19. Jahrhunderts erbaut worden war. Rund 650 geladene Gäste, darunter Abordnungen aus dem Hochadel Europas, Gäste aus Israel und Palästina, sowie etliche Tausend Zaungäste verfolgten das Geschehen und gaben dem Ereignis einen würdigen Rahmen.

Das Hochzeitspaar, offen und sympathisch in seinem Auftreten, strahlte Würde aus und ließ erkennen, dass es sich der Verpflichtung bewusst ist, die aus der Geschichte des Hauses Preußen und der Familientradition erwächst.

Schon bei der ökumenischen Trauung trat die sprichwörtliche „preußische Toleranz“ in Glaubensfragen bei eigenem festem Standpunkt zutage. Die Braut kommt aus einem katholischen Fürstengeschlecht. Lob und Dank waren die bestimmenden Elemente des Gottesdienstes. Die beiden den Gottesdienst gestaltenden Geistlichen waren hervorragende Vertreter ihrer Kirchen. Sie nutzten ihre Aufgabe auch zu einer Werbung für ein kraftvolles bekennendes Christentum in Deutschland.

Wilhelm v. Gottberg

Wackelt Merkels Stuhl?

Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen bringt sich als Rivalin in Stellung

Bundeskanzlerin Angela Merkel geht auf einen heißen Herbst zu. Kurzerhand sagte sie eine für Anfang September geplante Russland-Reise ab. Die Euro-Schulden-Krise nimmt immer bedrohlichere Formen an und innerhalb der Regierungskoalition formiert sich starker Gegenwind für Merkel.



Noch sitzt die Kanzlerin im Sattel: Droht Unheil ausgerechnet von ihrer einstigen Verbündeten Ursula von der Leyen? Bild: pa

Noch ist es eine kleine Minderheit von 23 Abgeordneten, wie der „Focus“ meldete, die nicht für die geplante Euro-Rettung stimmen will. Doch ihre Zahl nimmt nicht nur aus Kreisen der CSU oder FDP, sondern auch aus der CDU zu. Darunter prominente Vertreter wie der langjährige stellvertretende Fraktionsvorsitzende Wolfgang Bosbach. Mit „immer neuen Krediten“ werde man die Probleme Griechenlands nicht lösen, weswegen man um eine Staatsinsolvenz nicht herumkomme, sagte der heutige Vorsitzende des Innenausschusses. Auch CDU-Arbeitsmarktexperte Carsten Linnemann ist mit seinem Nein bereits an die Öffentlichkeit getreten. „Wir haben unsere Hilfe immer an konkrete Gegenleistungen geknüpft“, sagte der finanzpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Klaus-Peter Flosbach. Länder, die Finanzhilfen in Anspruch nehmen, sollten deswegen alle Möglichkeiten ausschöpfen, ihre Kreditwürdigkeit zu erhöhen, wozu auch der Einsatz der Goldreserven und Industriebeteiligungen gehöre.

Altkanzler Helmut Kohl warf seiner Nachfolgerin in einem viel beachteten Interview vor, „keinen Kompass“ in der Europa-Frage zu haben. Bundespräsident Christian Wulff nutzte das erlauchte Forum der weltweit führenden Ökonomen in Lindau am Bodensee, um den Schuldenstand vieler europäischer Länder zu beklagen und rhetorisch zu fragen: „Mit wem würden Sie persönlich einen gemeinsamen Kredit aufnehmen?“

Diejenige allerdings, die den Stein ins Rollen brachte, heißt Ursula von der Leyen. Die Bundesarbeitsministerin und stellvertretende CDU-Vorsitzende hatte sich im CDU-Vorstand zunächst eine Abfuhr für ihre Forderung „Kredit gegen Goldpfand“ geholt. Davon unbeeindruckt, ging sie in die Öffentlichkeit. Als „Gold-Uschi“ zunächst belächelt, erhielt sie in der eilig zusammengetrommelten CDU/CSU-Fraktion für ihre populäre Forderung viel Zustimmung. Auch in der FDP argumentierte Euro-Skeptiker Frank Schäffler ähnlich. Wegen der Unzuverlässigkeit südeuropäischer Länder, die sich nicht an Vereinbarungen wie die Defizitgrenzen hielten, sei ein Pfand als Druckmittel unumgänglich. Dazu passte die Nachricht, dass Griechenland auch im ersten Halbjahr 2011 die geplante Neuverschuldung über- und die erwarteten Steuereinnahmen deutlich unterschritten hatte.

Schien es vor zehn Tagen noch so, als profiliere sich die stellvertretende CDU-Vorsitzende auf einem gleichsam verlorenen Posten, war ihr Schritt offenbar strategisch und machtpolitisch kalkuliert. Von der Leyen, die von ihrem Umfeld als ehrgeizig, zielstrebig, machtbewusst und als gute Netzwerkerin beschrieben wird, wittert offenbar eine Chance. Nachdem alle männlichen Konkurrenten der Kanzlerin wie Friedrich Merz, Roland Koch und Christian Wulff ausgeschieden sind, entsteht nun in der Person von der Leyens eine Alternative zu Angela Merkel.

> Für die Kanzlerin wird es langsam gefährlich

Um den Stuhl der Kanzlerin und CDU-Vorsitzenden zum Wackeln zu bringen, reicht der Arbeitsministerin eine Minderheit von gut zehn Prozent innerhalb der Regierungsfraktion. Das weiß auch von der Leyen und so bekräftigte sie am letzten Wochenende ihren Vorschlag, Kredite an notleidende Euro-Staaten zukünftig absichern zu lassen. Gleichzeitig forderte sie die „Vereinigten Staaten von Europa“. Dabei ist sie klug genug, ihre Loyalität hinsichtlich der „Kabinettsdisziplin“ zu versichern, und lässt dabei den entscheidenderen Fraktionszwang innerhalb der CDU/CSU unerwähnt.

Wie gefährlich die Lage wird, hat offensichtlich auch Merkel erkannt. Von dem Vorstoß ihrer Stellvertreterin wurde sie auf einer Balkanreise kalt überrascht. Eilig sagte sie die für Anfang September geplante Russland-Reise ab. Bis zur Bundestagsentscheidung am 23. September, wo die Euro-Rettungsmaßnahmen und damit eine partielle Selbstentmachtung des Parlaments beschlossen werden sollen, stehen zudem noch wichtige Entscheidungen von Gerichtshöfen an. Am 7. September soll das Bundesverfassungsgericht das lange erwartete Urteil über die Milliarden-Hilfen für Euro-Sünder verkünden. Zusätzlich steht vor dem Europäischen Gerichtshof die Entscheidung der „Europolis“-Gruppe um den Wirtschaftsrechtler Markus C. Kerber an, der im Namen diverser Unternehmen gegen die Eurohilfen klagt. Auch diese Entscheidungen könnten Ursula von der Leyen in die Hände spielen, die sowieso noch mit der Kanzlerin eine alte Rechnung offen hat, seit diese im vergangenen Jahr ihre Ambitionen auf das Bundespräsidenten-Amt brüsk und unvermittelt beendet hatte.

Hinrich E. Bues

Die Schulden-Uhr:

Doppelte Arbeitsplätze

Das Bildungs- und das Innenministerium erhalten in Berlin große Neubauten. Obwohl wegen des Bonn-Berlin-Gesetzes kaum Hoffnung besteht, dass die Ministerien in Berlin konzentriert werden, wird geplant, als wenn es dieses Gesetz nicht gäbe. Doch nicht nur diese Überdimensionierung belastet den Bundeshaushalt. Statt den 115 Millionen Euro teuren Neubau für das Bildungsministerium selber zu bauen, mietet der Bund ihn lieber für 27 Jahre für fast 154 Millionen Euro von einem privaten Investor. Dafür erhält das Bundesinnenministerium für 208 Millionen Euro einen Neubau, obwohl es einen längerfristigen Mietvertrag für das derzeitige Domizil gibt, dessen vorzeitige Kündigung zusätzliche 16,7 Millionen Euro kostet. *M.R.*

1.973.541.821.655 €

Vorwoche: 1.972.154.827.355 €
Verschuldung pro Kopf: 24.156 €
Vorwoche: 24.138 €

(Dienstag, 30. August 2011, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Die Freilassung kam zu spät

Das Präsidentenamt ist für Dominique Strauss-Kahn in weite Ferne gerückt

Dominique Strauss-Kahn, Spitzname DSK, konnte vorletzten Mittwoch dank des Grundsatzes „Im Zweifel für den Angeklagten“ das New Yorker Gericht mit seinem Pass in der Hand verlassen. Nicht unschuldig, aber freigelassen. Am Tag zuvor hatte Staatsanwalt Cyrus Vance die 33-jährige Klägerin Nafissatou Diallo aus dem moslemischen Guinea 30 Sekunden lang empfangen und ihr zu verstehen gegeben, dass Strauss-Kahn nicht wegen versuchter Vergewaltigung ins Gefängnis gebracht werden könnte. Dazu seien keine stichhaltigen Beweise vorhanden.

Der Freispruch kam für DSK zu spät, da die Frist bei den französischen Vorwahlen der Linken für eine Bewerbung um das Präsidialamt in Paris verstrichen ist. Außerdem ist seit dem 14. Mai zuviel über ihn bekannt geworden, als dass er als Sozialist ernsthaft kandidieren könnte: seine Sexgier, sein Reichtum, das Riesenvermögen seiner Ehefrau, der einflussreichen Journalistin Anne Sinclair. Schließlich sind jetzt auch Zweifel an seiner Charakterstabilität erlaubt.

Zwar könnte der ehemalige französische Finanzminister und Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF) theoretisch ins Flugzeug nach Paris steigen, woraus ihn am 14. Mai amerikanische Polizisten geholt hatten. Aber seine Anwälte wollen die Erstattung der ihm entstandenen hohen Kosten einklagen und es heißt, er wolle in Amerika einen Artikel zur Schuldenkrise der Weltfinanzen schreiben. Er möchte auch im IWF seiner seit dem 5. Juli amtierenden Nachfolgerin und Landsmännin Christine Lagarde das Zepter überreichen. Allerdings hat auch sie ein Problem mit der Justiz. Sie ist seit zwei Monaten in Paris Ziel einer richterlichen Untersuchung wegen Vergeudung von Staatsgeldern, weil sie als Finanzministerin im Jahre 2008 einen Schiedsspruch zugunsten des dubiosen Geschäftsmannes Bernard Tapie unterschreiben hatte. Diesem wurden sage und schreibe 405 Millionen Euro an Wiedergutmachung und Zinsen wegen des 1993 getätigten Weiterverkaufs seines früheren Unternehmens Adidas durch die Staatsbank Crédit Lyonnais „geschenkt“.

Der Verwaltungsrat des IWF steht ausdrücklich zur Person Lagarde, aber der „Fall Lagarde“ ist nach dem „Fall Strauss-Kahn“, der für die amerikanischen Medien wie das Hornberger Schießen ausging, für diese eine willkommene Ablösung.

Das kann jedoch nicht der einzige Grund für die US-Medienschelte gegen die beiden IWF-Direktoren aus Frankreich sein. Eher liegt es wohl an ihrem Amt.

> Kommt nach dem »Fall DSK« jetzt ein »Fall Lagarde«?

Die Weltbank in amerikanischer und der IWF in europäischer Hand sind zwei Überbleibsel des Abkommens von Bretton Woods aus dem Jahre 1944, wonach alle Währungen der freien Welt sich am Gold-Exchange-Standard des Dollars auszurichten hatten. Nachdem die USA selbst die Goldparität ihrer Währung 1971 aufgekündigt hatten, gelang es ihnen, die Dollar-Parität aufrechtzuerhalten. Dass nach der amerikanischen Staatshaushaltspleite und der Herabsetzung der USA von der Note AAA auf AA+ durch Standard & Poor's französische Politiker von rechts und links nun davon träumen, den Euro von der Dollar-Parität abzukoppeln, um nicht von einem eventuellen US-Debakel mitgerissen zu werden, pfeifen die Spatzen von den Dächern in Paris. Staatspräsident Charles de Gaulle hatte seinerzeit bereits erwogen, die alte Bindung des Francs an das Gold wieder herzustellen, um sich vom Dollar loszulösen. Hinzu kommt, dass der Euro trotz der hohen Verschuldung in der Euro-Zone dem Dollar seinen Status als Leitwährung streitig machen könnte. Die „Euroamerikanerin“ Lagarde war für Washington als IWF-Chefin anfangs eine gute Lösung. Aber in Washington muss man vermuten, dass ihr vielleicht das französische Hemd näher als der amerikanische Rock ist.

„Onkel Sam“ kann jedoch ruhig schlafen: Der Verdacht gegen Lagarde stammt von der französischen Opposition. Strauss-Kahn erwartet in Paris ebenfalls noch ein Prozess. Seine Genossen wollen ihn trotz aller gegenteiliger Beteuerungen nicht mehr sehen. Er muss es sich überlegen, bevor er in die Heimat zurückkehrt. Die junge französische Schriftstellerin Tristane Banon, Tochter einer ehemaligen sozialistischen Geliebten von DSK, hat ihn wegen einer „sexuellen Aggression“ aus dem Jahre 2002 verklagt. Eine andere Mätresse möchte ihrerseits von seinen brutalen Sexpraktiken erzählen. Dabei soll dem Vater dieser Dame von einem Freund von DSK ein Schweigegeld von fünf Millionen Euro versprochen worden sein.

Dennoch war den Franzosen die amerikanische Schablone des Sexualverbrechers DSK, der einen „brutalen und sadistischen Angriff“ auf eine fromme Hotelangestellte verübt haben soll, zu simpel. Als er sich nach Nachtverhören sichtlich ermüdet der demütigenden Vorführung in Handschellen vor laufenden Kameras unterziehen musste, wurde es für die französische Seele zu viel. Dann verwandelte der Anwalt der Klägerin, Kenneth Thompson, die Sache auch noch in einen Kampf des weiblichen, armen Davids gegen den männlichen, reichen Goliath. Da wagte niemand mehr zu behaupten, dass DSK in eine Falle gelockt worden sein könnte. Solche Gerüchte könnten jetzt wieder hochkommen. *Jean-Paul Picaper*

Sie hat es verdient

Von Vera Lengsfeld

Am letzten Montag in der Astor-Filmlounge am Kurfürstendamm. Das Ambiente ist reines Alt-Westberlin. Das Publikum, das sich auf den bequemen Sesseln räkelt, einen Prosecco oder ein Wasser mit Moosbeeren neben sich, ist die Westberliner Schickeria. Die ARD präsentiert mit größerem Aufwand die Preview eines besonderen Films. „Sie hat es verdient" widmet sich der Jugendgewalt in unserm Land. Ein Thema, das nach den Massakern in Erfurt und Winnenden, den S-Bahn-Morden in München und zahllosen brutalen Schlägereien die Medienmacher mit Recht umtreibt.

Der Film ist hervorragend, vor allem mit der nötigen Sensibilität inszeniert. Er ist hart, aber niemals brutal. Die Schwelle des Unerträglichen wird nicht überschritten, obwohl die Geschichte eines geplanten und ohne Erbarmen ausgeführten Mordes in vollem Umfang gezeigt wird. Sie ist schnell erzählt. Zwei Mädchen und ein Junge, noch nicht volljährig, locken eine Mitschülerin, die an diesem Tag ihren 16. Geburtstag hat, während der Schulpause in das Elternhaus der Anführerin, schlagen sie auf dem Dachboden mit ihren Springerstiefeln bis zur Bewusstlosigkeit, später zu Tode. Warum?, will ein Jahr später die Mutter von der Mörderin wissen. „Sie hat es verdient", war die knappe Antwort. Das Mädchen hatte ein Auge auf den Freund der Mörderin geworfen, deshalb musste sie sterben.

Der Film versucht der Frage nachzugehen, wie Jugendliche dazu kommen, eine solche Tat zu verüben. Die Bilder sind voller Intensität, dank einer hervorragenden Regie und überragender Schauspielkunst. Veronika Ferres als Mutter der Ermordeten zeigt in diesem Film, dass ihr Können mit dem einer Romy Schneider durchaus vergleichbar ist. Auch die jugendlichen Darsteller sind hervorragend. Sie ziehen den Zuschauer in ihren Bann und lassen ihn bis zum Ende des Films nicht mehr los.

Warum bleibt trotzdem ein Gefühl des Unbefriedigtseins zurück?

Man hat den Eindruck, die Filmemacher hätten in einen Abgrund geschaut und davor zurückgeschreckt, das ganze Ausmaß dessen, was sie dort gesehen haben, wiederzugeben. Das geht schon damit los, dass die Protagonistin ein Mädchen aus gutem Elternhaus ist, obwohl die Jugendgewalt überwiegend männlich und zu einem hohen Anteil, wie es politisch-korrekt umschrieben wird, südländisch ist. Die Gewissenlosigkeit der Dreier-Gang wird immer wieder abgemildert durch Bilder liebevoller Fürsorge für die Geschwister. Zum Schluss steht die zu strenge Mutter der Mörderin als die Schuldige da, die durch Gefühlskälte auch den Ehemann in den Selbstmord getrieben hat. Wie Jugendgewalt aussieht, wissen wir jetzt, von ihren wahren Ursachen erfährt man in diesem Film leider wenig.

Das falsche Thema

Berlin-Wahl am 18. September: Verbrechenswelle lässt Renate Künasts Chancen weiter sinken



Seit ihrer Nominierung ging's bergab: Die grüne Spitzenkandidatin Renate Künast hat kaum noch Chancen, Berlins Regierende Bürgermeisterin zu werden

Bild: reuters

Nacht für Nacht gehen in Berlin Autos in Flammen auf. Durch die von mutmaßlich linksextremen Tätern verübten Brandstiftungen werden die Karten in der Endphase des Wahlkampfs nochmals neu gemischt. Das Thema „Innere Sicherheit" ist zum Schwerpunkt des Berliner Wahlkampfs geworden.

Alles schien möglich, als Renate Künast im November 2010 zur Spitzenkandidatin der Grünen zur Berlinwahl am 18. September 2011 gekürt wurde. Mit Umfragewerten um 30 Prozent erhielten die Grünen mehr Zustimmung als jede andere Partei an der Spree. Mittlerweile sind die Werte bei der jüngsten Forsa-Umfrage auf 22 Prozent gefallen. Das absehbare Scheitern des Vorhabens, mit Renate Künast an der Spitze die führende politische Kraft in Berlin zu werden, hat zahlreiche Gründe. Zum einen waren es kaum mehrheitsfähige Aussagen zu Tempo 30 im Stadtgebiet, der Zukunft des im Bau befindlichen Großflughafens oder der Gymnasien. Zum anderen ist es das Auftreten der Spitzenkandidatin selbst, das man schwerlich als volksnah bezeichnen kann.

Amtsinhaber Klaus Wowereit hingegen scheint bei vielen Berlinern mit seiner jovialen Art anzukommen. Statt unters Partypublikum mischte sich der Sozialdemokrat in letzter Zeit immer öfter unters Volk – vom Kleingartenfest bis zum Kurfürstendamm-Jubiläum. Obwohl die Stadt im Verkehrschaos versinkt, überschuldet ist und flächendeckend marode Schulen und Straßen für Verärgerung sorgen, scheint Wowereits Kalkül bisher aufzugehen. Die SPD liegt bei Umfragen zwischen 30 und 33 Prozent. Befragt nach der persönlichen Beliebtheit ist das Ergebnis noch eindeutiger. Hier bringt es Klaus Wowereit beim ZDF-Politikbarometer auf erstaunliche 49 Prozent, während Renate Künast abgeschlagen bei 22 und CDU-Spitzenkandidat Frank Henkel nur bei 18 Prozent landen.

Wowereit hat es geschafft, die Berliner Sozialdemokraten, die bei der Bundestagswahl 2009 nur drittstärkste Kraft wurden, aus ihrem Tief herauszuführen. Genau umgekehrt verlief die Entwicklung bei den Grünen. Noch im November vergangenen Jahres bestanden für Renate Künast durchaus realistische Chancen, als erste grüne „Regierende Bürgermeisterin" Einzug ins Berliner Rathaus zu halten. Doch je länger sie Wahlkampf machte, desto mehr verblasste sie gegenüber ihrem Hauptkonkurrenten.

> Jetzt wollen die Grünen plötzlich doch mehr Polizisten

Die nun aufkeimende Diskussion um die Innere Sicherheit kommt für die Berliner Grünen überdies zum denkbar ungünstigsten Zeitpunkt auf. Statt klassischer grüner Themen wie „Green Economy" und „Geschlechtergerechtigkeit" ist nun die ausufernde Kriminalität in den Mittelpunkt des Interesses gerückt. Laut einer Umfrage im Auftrage des ZDF und des „Tagesspiegels" ist die Sicherheitslage in der Stadt zum wichtigsten Thema für die Berliner Wähler geworden. Erst danach folgen die Bereiche Schulen und Bildung und das Berliner Dauerproblem S-Bahn und öffentlicher Nahverkehr.

Ursache für den Schwenk: In den ersten sieben Monaten des Jahres hat die Hauptstadt einen regelrechten Verbrechensboom durchlitten: Die Zahl der Einbrüche in Wohnungen und Einfamilienhäuser stieg um 37,3 Prozent, bei Tötungsverbrechen, Diebstählen und Brandstiftungen betrugen die Zuwachsraten zwischen zehn und 25 Prozent. Den wenigsten Wählern würde es jedoch einfallen, den Komplex der Inneren Sicherheit zu den Kernkompetenzen der Grünen zu zählen. Zusätzliche Brisanz gewinnt die Diskussion mit der drastischen Zunahme nächtlicher Brandstiftungen an Autos. Von Januar bis August wurden in Berlin bereits 515 Fahrzeuge gezählt, die entweder direkt in Brand gesteckt oder die indirekt durch die Brände beschädigt worden sind.

Seit den letzten Augusttagen schien die Lage sogar noch weiter zu eskalieren. Inzwischen vergeht kaum noch eine Nacht, in der nicht mehrere Brandstiftungen verübt werden. Nach einigem Zögern hat die Berliner Polizeiführung inzwischen ein Hilfsangebot der Bundespolizei angenommen. Bis zu 400 Beamte von Bund und Land sollen in Zivil nachts auf den Berliner Straßen unterwegs sein, um Brandstifter zu jagen. Sollte nicht ein Zufall zu Hilfe kommen, ist aber trotz des massiven Polizeiaufgebots kaum mit schnellen Erfolgen zu rechnen – Berlin verfügt über Tausende Kilometer Straßen und in der Stadt sind 1,2 Millionen Personenwagen zugelassen.

Selbst die seltene Ergreifung von Brandstiftern dürfte kaum abschreckende Wirkung entfalten. Der einzige Fahndungserfolg der vergangenen Monate endete mit einer Bewährungsstrafe für den Täter. Somit spricht vieles dafür, dass sich die nächtlichen Auto-Brände bis zum Wahltag am 18. September fortsetzen werden. Renate Künast scheint die Brisanz der Entwicklung für ihre Wahlchancen erkannt zu haben. Nach einem Besuch bei der amtierenden Polizeipräsidentin Margarete Koppers sprach sie sich überraschend für 500 neue Polizeistellen aus. Angesichts der Berliner Haushaltslage und des Abbaus von 4000 Beamtenstellen im Polizeidienst in den vergangenen Jahren bewerten viele Künasts Forderung jedoch als puren Populismus im Hinblick auf bürgerliche Wähler. Noch im Wahlprogramm der Grünen war schließlich gefordert worden, dass Berlin keine zusätzlichen Polizisten benötige. Aus der Verwaltung sollten stattdessen lediglich mehr Beamte in den Außendienst versetzt werden. Offenbar scheint selbst Renate Künast nicht anzunehmen, dass jemand das 250-seitige Programm gelesen hat.

Norman Hanert

Neue »Resterampe«?

Alarmbrief von Berliner Sekundarschule – Erinnerung an Rütli

Die Heinrich-Mann-Sekundarschule im Berliner Stadtteil Neukölln hat im Juni einen Brandbrief an die Politik geschrieben, der erst kürzlich öffentlich wurde (siehe *PAZ* von vergangener Woche). Das Papier zeigt, dass trotz der Abschaffung der Hauptschule Berlins Schulprobleme noch immer ungelöst sind. Die neuen Sekundarschulen drohen nun zu jener „Resterampe des Bildungssystems" zu verkommen, welche die linke Bildungspolitik in der Hauptschule sah.

Der Brief vom 16. Juni erinnert an die Rütli-Schule 2006, die mit ähnlichen Problemen zu kämpfen hatte. Schüler drohen auch jetzt wieder mit Gewalt und beleidigen Lehrer. Ihre „Kraft- als auch Personalressourcen" seien „am Ende", beklagen die Lehrkräfte. Als sie das schrieben, hatte ihre Schule schon seit mehr als einem Jahr keinen Schulleiter mehr. Das Schreiben an verschiedene politische Fraktionen liest sich aber nicht wie eine Anklage, sondern listet die Vielzahl von Eigenmaßnahmen auf, mit denen die Schule bereits gegen die Krise angekämpft hat – vergebens.

Die „Bitte um Unterstützung" spricht eine höfliche, aber deutliche Sprache: Von „Wiederherstellung der vollen Funktionstüchtigkeit der Fenster" ist dort die Rede und davon, „keine strafversetzten Schüler in schwierige Klassen" zu verlegen. Statt den positiven Aufbruch als Integrierte Sekundarschule „eigentlich außerhalb der Brennpunkte des Bezirks" zu erleben, „haben auch wir die Probleme der Schulen im sozialen Brennpunkt mit Schülerinnen und Schülern nichtdeutscher Herkunftssprache und aus sozial problematischen Familien". Ein hoher Ausländeranteil und von Bildung abgehängte Schüler verursachen trotz Schülerwettbewerben, Preisen, Mentorenprogramm und Elterncafé Schwierigkeiten solchen Ausmaßes, dass der von Rot-Rot geplante „Neuanfang" mit „verbessertem Image" bedroht ist.

> Die Probleme sind dieselben wie schon 2006

Die Alarmmeldungen von „erhöhter Schuldistanz", „mangelnder Sprachkompetenz auch bei deutschen Schülern" und „Gewaltausübung" platzen zwar mitten in den Berliner Wahlkampf. Nach dem Willen der Lehrer und des inzwischen neu bestellten Direktors Rudolf Kemmer soll jetzt aber Ruhe einkehren. Kemmer will keine Politiker einladen. Grünen-Spitzenkandidatin Renate Künast wird die Bildungseinrichtung also nicht, wie vor Tagen angekündigt, wahlkampfträchtig aufsuchen können. „Ich muss in Ruhe meine Hausaufgaben machen", sagt Kemmer.

SV

Linke im Keller

Berlin: Umfragewerte sorgen für Unruhe

Groß war die Aufregung bei der Linkspartei, als ihr ein Berliner Meinungsforschungsinstitut am 18. August erstmals ein einstelliges Ergebnis vorhersagte. Dieser Tage billigte ihr die Forschungsgruppe Wahlen wieder 10,5 Prozent Stimmenanteil zu. In Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin wird noch diesen Monat gewählt.

> Zeitweise nur im einstelligen Bereich

In den Medien wird der Grund für die Krise der Linken nahezu ausschließlich bei den Bundesvorsitzenden Gesine Lötzsch und Klaus Ernst verortet mit ihren Äußerungen zum Kommunismus, Mauerbau oder ihrem Glückwunsch an Fidel Castro. Die Gründe für den Absturz sind nach Auffassung von Insidern aber vielschichtiger. DDR-Nostalgiker fühlten sich von einem Kurs abgestoßen, der „Multikulturalismus" mit einem Ressentiment gegen Deutsche vermische. Zudem habe die Linke in der Berliner Regierungsverantwortung so ziemlich alle Ideale verraten, die einen strammen Soziallinken auszeichnen. Die linksextreme Tageszeitung „Junge Welt" hat dies mehrfach aufgegriffen. Lediglich die Abschaffung des Religionsunterrichtes und einige Schulexperimente haben am linken Rand offenbar Punkte gebracht. Dem stehen aber Mietsteigerungen und soziale Einschränkungen durch die Sparpolitik des rot-roten Senats gegenüber.

Klaus Lederer, Chef der Linkspartei in Berlin, schimpft indes weiterhin allein auf die Bundesführung: „Es drängt sich der Eindruck auf, dass hier einige ihre sektierermäßigen Rechnungen auf dem Rücken der wahlkämpfenden Landesverbände austragen wollen."

Hans Lody

RBB lehnt Spot der NPD ab

Der Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) weigert sich, einen Wahlwerbefilm der NPD zur Berliner Landtagswahl am 18. September zu senden. Der Spot sei „volksverhetzend", heißt es von Seiten des Senders. Die NPD hat dagegen Einspruch erhoben, nun wird das Oberverwaltungsgericht der Hauptstadt über den Fall entscheiden. Derweil freuen sich die Rechtsextremen über ein für die deutsche Hauptstadt hohes Umfrageergebnis der NPD: Am 26. August veröffentlichte die Forschungsgruppe Wahlen ihre neueste Umfrage zu den kommenden Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus. Hiernach kann die NPD mit einem Stimmenanteil von drei Prozent rechnen. Weitere Überraschung: Die Piratenpartei läge mit 4,5 Prozent noch vor der FDP (3,5), die übrigen „Sonstigen" können indes nur mit zusammen 4,5 Prozent rechnen. Möglicherweise hat die Weigerung des RBB der NPD zusätzliche Aufmerksamkeit beschert und Sympathisanten zugetrieben.

H.L./H.H.

Zeitzeugen



Barack Obama – Der amerikanische Präsident muss in seinem zweiten Wahlkampf seine Gegner wesentlich mehr fürchten als beim ersten Wahlgang 2008. Sein Nimbus des „Messias“ ist weitgehend verflogen. Obama, dem man vorschnell den Friedensnobelpreis verlieh, hat viele seiner Versprechen nicht eingehalten.

Willard Mitt Romney – Er führt derzeit die Umfragen an, obwohl Michele Bachmann ihn bereits bei der ersten Testwahl schlagen konnte. Bereits zum zweiten Mal versucht der gläubige Mormone und Ex-Gouverneur den Anlauf zur Präsidentschaft. Der Jurist und Anwalt gilt als exzellenter Organisator, was er als Chef der Olympischen Winterspiele in Salt Lake City 2002 unter Beweis stellte. Harsch kritisierte er die Gesundheitsreform von Präsident Obama.



Paul Krugman – Der Träger des Wirtschafts-Nobelpreises 2008 vertritt Positionen, denen die Obama-Regierung bereitwillig folgte. Hohe, mit Krediten finanzierte Konjunkturprogramme sollten nach seiner Theorie die Wirtschaft in Schwung bringen. Das Gegenteil trat jedoch ein. Davon lässt sich Krugman, der auch schon das Ende des Kapitalismus voraussagte, nicht beirren. Im August regte er allen Ernstes einen „inszenierten Krieg gegen Aliens“ an, der dann die Wirtschaft wieder zum Blühen bringen soll.

Rick Perry – Aus einer Rancherfamilie in Paint Creek im Westen von Texas entstammt der heute 61-jährige Gouverneur. Nach einem Bachelor-Studium in Tierwissenschaften diente Perry als Pilot in der US-Luftwaffe. 1984 wurde er Mitglied des Repräsentantenhauses. Ethisch gilt der gläubige Christ als Hardliner, weil er sich gegen Abtreibung und homosexuelle eheähnliche Verbindungen einsetzt.



Michele Bachmann – Die 55-jährige Mutter von fünf Kindern vertritt im US-Senat den Bundesstaat Minnesota. Sie ist Mitbegründerin der „Tea-Party“-Bewegung und gilt dort als „Heldin“. Vor ihrer politischen Karriere arbeitete die promovierte Juristin als Steueranwältin und gilt daher gerade in diesem in der Politik wichtigen Feld als hochkompetent. Seit einer Fehlgeburt setzt sich die evangelikale Christin intensiv für „Pro-Life“ und damit gegen Abtreibung und Sterbehilfe ein.

Stark nur auf rhetorischer Bühne

Obama hat keinen innerparteilichen Konkurrenten, aber starke Gegner bei den Republikanern

Fünfzehn Monate vor dem Wahltermin für den nächsten US-Präsidenten hat der Wahlkampf in den Vereinigten Staaten bereits begonnen. Gegen den amtierenden demokratischen Präsidenten kämpfen drei ernstzunehmende und populäre Kandidaten auf Seiten der Republikaner um den Einzug ins Weiße Haus.

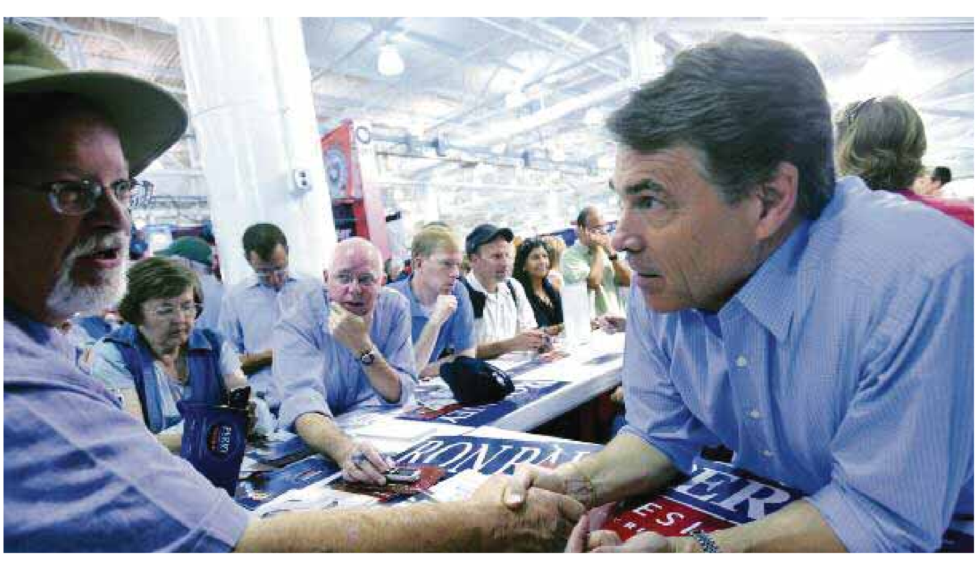
Nach den wochenlangen Verhandlungen um eine Erhöhung der Schuldenobergrenze, die die Ohnmacht des Präsidenten offenbart hatten, wollte Barack Obama mit einer seltsam anmutenden Wahlkampftour wieder die Oberhand gewinnen. In einem schwarzen gepanzerten Bus fuhr er drei Tage lang durch Staaten des mittleren Westens. Seltsam mutete dies an, weil Obama keinen innerparteilichen Gegenkandidaten zu fürchten braucht wie einst Jimmy Carter oder Gerald Ford. Beide absolvierten nur eine Amtszeit, weil sie sich im Vorwahlkampf verausgaben mussten. Obama dagegen kann in aller Ruhe seine Wahlkampfkasse füllen. Doch noch wichtiger schien Obama die rhetorische Bühne zu sein. Der als brillanter Redner bekannte Präsident sprach den Republikanern bei einer Veranstaltung in Minnesota den „gesunden Menschenverstand“ im Blick auf die Schuldenverhandlungen ab. Die Republikaner verspotteten die Busreise im Gegenzug als „Obamas Schulden-Tour“. Sie haben es mit solchen Vorhaltungen leicht, denn die Staatsschulden sind auf über 100 Prozent des Bruttoinlandsprodukes (BIP) gestiegen. Auch die Arbeitslosenquote ist ebenfalls rekordverdächtig. Dabei hatte Obama zu Beginn seiner Amtszeit Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum versprochen.

> Rick Perry gilt als Vater des »texanischen Wirtschaftswunders«

So rechnen sich die republikanischen Bewerber gute Chancen aus, den angeschlagenen Präsidenten aus dem Amt zu vertreiben. Allen voran Rick Perry, der als Gouverneur seit elf Jahren erfolgreich den US-Bundesstaat Texas regiert. Dreimal wurde er wegen seiner guten Wirtschaftspolitik wiedergewählt. Perry gelang es, die Arbeitslosenquote deutlich zu senken und viele Arbeitsplätze zu schaffen. Von einem „Wirtschaftswunder in Texas“ sprechen die Amerikaner seitdem. In deutschen Medien wird Rick Perry als „rechter Gouverneur“ oder als „erzkonservativ, religiös und ultrapopulär“ („Focus“) betitelt. Weil der gläubige methodistische Christ bei einer kirchlichen Veranstaltung in Houston vor 30 000 Menschen um die „Rettung“ Amerikas betete, gilt er hierzulande gleich als „rechts“. Dabei ist die evangelische Konfession der Methodisten eher vergleichbar mit liberalen evangelischen Landeskirchen in Deutschland und seine Wortwahl in Amerika nichts Besonderes. Perry bedient aber die in Amerika sehr einflussreichen evangelikalen Schichten, ohne die ein Wahlkampf nicht zu gewinnen ist. Er tritt für freien Handel, liberale Waffen- und strenge Einwanderungsgesetze ein. Der Gouverneur sucht auch die Nähe zu den inzwischen einflussreichen Vertretern der „Tea-Party“-Bewegung, ohne die Mehrheiten nicht zu erzielen sind, wie sich beim Schuldenstreit zeigte.

Neben Perry laufen sich noch mindestens acht weitere Kandidaten für das Rennen um die Präsidentschaftskandidatur warm. Bei einer kürzlichen Probeabstimmung im Bundesstaat Iowa, wo auch im Januar 2012 die erste richtungsgebende Vorwahl stattfinden wird, erzielte Michele Bachmann, die Favoritin der „Tea-Party“-Bewegung, das beste Ergebnis. Die ehemalige Abgeordnete des Repräsentantenhauses und des Kongresses verfügt über sehr gute Kontakte in Washington und kann darüber hinaus Menschen durch ihr Charisma in ihren Bann ziehen. Entschieden ist jedoch noch nichts und der amerikanische Vorwahlkampf bleibt für jede Überraschung gut.

Hinrich E. Bues



Ernstzunehmender Konkurrent Obamas auf seiner Tour durch Texas: der Republikaner Rick Perry Bild: pa

Wieviel Steuern die »Reichen« wirklich zahlen

Wer den deutschen Medien folgt, bekommt von der Verteilung der Steuerlast in den USA ein eindeutiges Bild: Die „Reichen“ zahlen so gut wie nichts, während die unteren Einkommensgruppen überdurchschnittlich belastet werden. Börsenmilliardär Warren Buffett hat dieses Bild bestätigt durch seine Aufforderung, auch seinesgleichen sollte endlich mehr beitragen.

Mit „seinesgleichen“ kann Buffett allerdings nur eine verschwindend kleine Zahl von Superreichen gemeint haben, welche durch Schlupflöcher vor der Steuer fliehen können. Die Masse der Gutverdiener in den USA wird hingegen schon jetzt kräftig zur Kasse gebeten. Laut der Steuerzahlergewerkschaft NTU trug 2008 (neuere Zahlen gibt es noch nicht) das oberste eine Prozent der Einkommensempfänger 38 Prozent des gesamten Einkommensteueraufkommens bei, die oberen zehn Prozent zusammen knapp 70 Prozent. Die unteren 47 Prozent der Gehaltsempfänger zahlten nach Angaben der „New York Times“ hingegen überhaupt keine Einkommensteuer.

> Wen Buffett wohl meinte?

Die linksgerichtete „Times“ und andere Linke versuchen, die Zahl 47 zu relativieren mit Einwänden, die nicht einfach von der Hand zu weisen sind: Verbrauchssteuern und Soziallasten, die bei den unteren Schichten besonders schwer wögen, würden bei den 47 Prozent übersehen. Auch zeige die Menge der Nichtzahler, wie hoch der Anteil der Geringverdiener sei.

Dennoch bleibt das Bild von den bevorzugten Wohlhabenden, welche die finanzielle Verantwortung allein den unteren Schichten überließen, ein Zerrbild. Gegen dieses Bild kämpft die „Tea-Party“-Bewegung daher mit einigem Zorn. *Hans Heckel*

Im Abwärtsstrudel

US-Wirtschaftsdaten sind desaströs – Größtes Problem Arbeitslosigkeit

Die Zustimmung der US-Bürger zur Wirtschaftspolitik von Präsident Barack Obama ist auf ein Allzeittief gesunken, fand das renommierte Gallup-Institut in einer aktuellen Umfrage heraus. Nur noch 26 Prozent fanden sein Wirken in der aktuellen Wirtschaftskrise gut und 24 Prozent zeigten sich mit seinem Handeln im Schuldenstreit zufrieden. Da sich nur 41 Prozent der repräsentativ Befragten in der Gesamtbewertung mit der Arbeit des Präsidenten zufrieden zeigten, liegt Obama derzeit unterhalb der Schwelle, bei der seine Wiederwahl relativ sicher wäre.

Am Anfang seiner Präsidentschaft, als sich Obama noch hoher Beliebtheitswerte erfreute, sollte mit einem gewaltigen Konjunkturprogramm von über 800 Milliarden Dollar die amerikanische Wirtschaft angekurbelt werden. Insbesondere die Exportschwäche der US-Unternehmen wollte der Präsident stärken, den Export gar verdoppeln. Davon ist jetzt keine Rede mehr. Amerikanische Produkte finden oft genug wegen ihrer mangelhaften Qualität keinen Absatz auf den Weltmärkten. Im Vergleich etwa zu deutschen Premium-Autos, die auch in den USA stark nachgefragt werden, kauft hierzulande kaum jemand einen Cadillac oder Chevrolet.

Mit 9,1 Prozent erreichte die Arbeitslosenquote im Mai einen Höchststand. Aktuell sind 13,7 Millionen Amerikaner arbeitslos, bei Jugendlichen liegt die Quote sogar bei 24,2 Prozent. Die relativ hohen Energiepreise und die Nachwehen des Erdbebens in Japan bremsen nach wie vor die größte Volkswirtschaft der Erde.

> Zustimmung zu Obamas Politik auf Allzeittief gesunken

Gegenüber diesen für die USA vergleichsweise desaströsen Daten versuchte der oberste Volkswirt des US-Präsidialamtes, Austan Goolsbee, Optimismus zu verbreiten und meinte: „Es gibt immer Schluglöcher auf dem Weg der Erholung, aber grundsätzlich hat die US-Wirtschaft an Fahrt gewonnen.“ Mit dieser Einschätzung steht Goolsbee allerdings weitgehend allein. Die Analysten der Wirtschaftsagentur Bloomberg registrierten einen Rückgang des aktuellen Wachstums. Sie hoffen zwar, dass dies nur eine vorübergehende Delle ist, aber nach den Verlusten am amerikanischen und europäischen Aktienmarkt im August verstärkt sich bei vielen Ökonomen die Furcht vor einer andauernden Rezession. Der amerikanische Arbeitsmarkt leidet daran, dass die Zahl der neu geschaffenen Jobs relativ klein bleibt. Die privaten Arbeitgeber halten sich damit zurück; die öffentlichen Arbeitgeber sind wegen der Staatsschulden-Krise und der geforderten Einsparungen oftmals gezwungen, Mitarbeiter zu entlassen. Sollte tatsächlich eine Zahlungsunfähigkeit des Staates eintreten oder Einsparungen in größerem Umfang notwendig sein, würden große Entlassungswellen folgen. Diese Entwicklung fürchten vor allen Dingen Politiker aus dem Lager Obamas, die für September deswegen eine neue „Jobinitiative“ angekündigt hat. Auf Grund dieser Perspektiven zeigte sich der Chef des weltgrößten Anleihe-Investors Pimco, Mohamed El-Erian, kürzlich schockiert und meinte, die Zahlen würden belegen, dass die USA „eine Arbeitslosenkrise“ haben, die eine „besorgniserregende wirtschaftliche, politische und soziale Dimension annimmt“. *H.E.B.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chef vom Dienst: Rebecca Bellano (im Mutterschutz); **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, Leserbriefe, Bücher:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber (Rom), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Jean-Paul Picaper, Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **7205**

»Wenn alle Messen gesungen sind«

Die CDU-Führung betreibt weiter eine Politik der vollendeten Tatsachen

„Wir werden den Euro verteidigen, was immer es kosten mag“, hat EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso bereits letztes Jahr verkündet. Während der Portugiese mit diesen Worten beruhigend wirken wollte, verstehen sie die meisten Deutschen längst gleichsam als Drohung. Zunehmend scheint das auch für Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu gelten. Als erster führender Politiker der Fraktion hat der Vorsitzende des Bundestags-Innenausschusses Wolfgang Bosbach erklärt, vielleicht Ende September gegen den neuen Euro-Rettungsfonds EFSF zu stimmen und sich dabei auf sein Gewissen zu berufen.

Als im Mai 2010 der Bundestag das erste sogenannte Rettungspaket für das bankrotte Griechenland verabschiedete, hatten nur vier Unionsabgeordnete dagegen gestimmt. Es waren der Hesse Klaus-Peter Willsch, der Sachse Manfred Kolbe, der Saarländer Alexander Funk und der Bayer Peter Gauweiler. Dabei ging es bereits um deutsche Bürgschaften von bis zu 148 Milliarden Euro und um einen klaren Verstoß gegen das europarechtliche Bail-Out-Verbot (englisch: „aus der Klemme helfen“). Was die Vier letztes Jahr schriftlich über ihr Stimmverhalten erklärten, erwies sich als ebenso richtig wie unvermindert aktuell. Gauweiler zog wie beim Lissabon-Vertrag erneut nach Karlsruhe, um dort nun gegen den Bürgschaftsdrachen zu kämpfen. Am 3. September soll das Bundesverfassungsgericht seine Entscheidung verkünden, erst danach werden den Abgeordneten Gesetzentwürfe zum sogenannten Rettungsfonds vorgelegt.

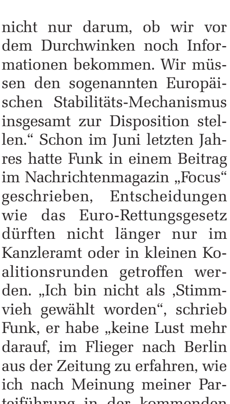
Aus ihren Wahlkreisen schlägt vielen Abgeordneten gerade auch der Union geballter Unmut entgegen. Vieles kommt da zusammen. „Wie soll man von den Bürgern Rechtstreue verlangen, wenn sich ihre Staats- und Regierungschefs nicht an das Recht und an abgeschlossene Verträge halten?“, hat der ehemalige baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel in seiner Berliner Philippika erklärt. Über eine Million Stammwähler der Union seien schon bei der letzten Bundestagswahl in die Wahlenthaltung geflüchtet. Und es sei nicht zu erkennen, was die Union unternehmen wolle, sie zurückzugewinnen.

Schon im Jahr 2010 hat die CDU überdies auch drei Prozent ihrer Mitglieder durch Austritte verloren, die CSU 3,3 Prozent. Das war noch vor der Guttenberg-Pleite, vor dem blitzartigen Ausstieg aus der Kernenergie, vor den neu aufgehäuften Milliardenbürgschaften. Wie werden erst die Zahlen für 2011 aussehen? Ein früherer hoher CDU-Landespolitiker in Baden-Württemberg, Staatsminister a.D., erklärt auf Frage der *PAZ* zum Stimmungsbild in der Partei, auch in seiner Heimat brächten die Menschen den Politikern inzwischen nur noch „absolutes Misstrauen“ entgegen. Bezüglich der Euro-Milliardenbürgschaften erklärten die Leute: „Wir verstehen nichts von diesen komplizierten Fragen. Aber ihr Politiker habt auch keine Ahnung.“ In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sähen viele die Wahl 2013 schon verloren.

> Unions-Abgeordneten schlägt im Wahlkreis Unmut entgegen

Von großer Verunsicherung und Verwirrung der Menschen wegen der Euro-Schuldenkrise berichtet auf Anfrage der *PAZ* auch der saarländische Bundestagsabgeordnete Alexander Funk. Die Menschen hätten Angst um ihr Geld und seien orientierungslos. Er selbst erhalte dabei für seine konsequente Ablehnung des Kurses der Bundesregierung in seinem Wahlkreis „massiven Zuspruch“. Der 36-jährige Diplomkaufmann ist Mitglied im Haushaltsausschuss des Bundestages, lehnt Milliardenbürgschaften für Griechenland strikt ab, fordert eine Umschuldung des Landes und ein Ende der Insolvenzverschleppung. Griechenland sei mit Schulden von 166 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung nicht mehr wettbewerbsfähig.

Im Hinblick auf das bevorstehende Urteil des Bundesverfassungsgerichts erklärt Funk gegenüber der *PAZ*, die Forderungen nach genügender Beteiligung des Bundestages an wichtigen Entscheidungen bestünden natürlich zu Recht. Doch das reiche ihm nicht: „Es geht nicht nur darum, ob wir vor dem Durchwinken noch Informationen bekommen. Wir müssen den sogenannten Europäischen Stabilitäts-Mechanismus insgesamt zur Disposition stellen.“ Schon im Juni letzten Jahres hatte Funk in einem Beitrag im Nachrichtenmagazin „Focus“ geschrieben, Entscheidungen wie das Euro-Rettungsgesetz dürften nicht länger nur im Kanzleramt oder in kleinen Koalitionsrunden getroffen werden. „Ich bin nicht als ‚Stimmvieh gewählt worden‘“, schrieb Funk, er habe „keine Lust mehr darauf, im Flieger nach Berlin aus der Zeitung zu erfahren, wie ich nach Meinung meiner Parteiführung in der kommenden Woche gefälligst votieren soll“.





Gehört zu den Kritikern des Rettungspakets: der Hesse Klaus-Peter Willsch Bild: pa

Das freilich wird den Abgeordneten auch im September wieder als „alternativlos“ vermittelt werden. Trotz Bosbach und neuer kritischer Stimmen dürfte die Regierungsmehrheit wieder stehen. Dabei nimmt derzeit die Kakophonie aus der Union zur Europapolitik zu. „Europa-Religiöse“ und Etatisten wittern ihre Chance, die Krise für (noch) „mehr Europa“ nutzen zu können. Was sie unter einer Politischen Union Europas verstehen, bedeutete in der Praxis vermehrte europäische Planwirtschaft.

Die Forderung des hessischen Abgeordneten Klaus-Peter Willsch nach einem Sonderparteitag hat die CDU-Parteiführung wohlweislich abgelehnt. Dabei werden bis zum Bundesparteitag im November bereits „alle Messen gesungen“ sein, so Willsch. Wie bei der „Energiewende“ betreibt Merkel die Politik des Fait Accompli, der vollendeten Tatsachen. Gerne nutzt sie als Instrument die unverbindlichen Regionalkonferenzen, die in den meisten CDU-Satzungen nicht einmal als Gremium existieren und somit weniger Befugnisse haben als ein chinesischer Volkskongress.

Michael Leh

MELDUNGEN

Timkes Meinung gefragt

Bremen – Während der Bremer Bürgerschaftsabgeordnete Jan Timke von der Wählervereinigung „Bürger in Wut“ in Deutschland in der überregionalen Presse nur wenig Gehör findet, wollte die US-amerikanische Tageszeitung „Washington Post“ wissen, was er von der Politik Angela Merkels und der Euro-Krise hält. Timke, der sich bereits im vergangenen Jahr gegen den Euro-Rettungsschirm ausgesprochen hatte, erklärte dazu: „Gemeinsame Schuldscheine könnten die Lage an den Finanzmärkten vorübergehend entspannen, würden aber letztlich in eine Transferunion münden, die vor allem der deutsche Steuerzahler finanzieren müsste. Das wäre ein klarer Bruch der europäischen Verträge und der politischen Versprechungen, die den Bürgern bei Einführung des Euro gegeben wurden.“ *H.L.*

Öney kritisiert Türken

Stuttgart – Wirbel um Baden-Württembergs Integrationsministerin Bilkay Öney (SPD): In der grün-roten Landesregierung ist man irritiert über deren Aussagen über Türken. Gegenüber dem Botschafter ihres Heimatlandes habe sie die Aufhebung der Visumpflicht für Türken mit den Worten abgelehnt: „Je mehr Türken wir im Lande haben, desto mehr Unruhe haben wir.“ Nach einem Bericht der „Welt am Sonntag“ soll sie in diesem Zusammenhang von „unkontrollierter Einwanderung“ gesprochen haben. Der integrationspolitische Sprecher der Grünen, Memet Kilic, zeigte sich schockiert über die „populistischen Aussagen“ der Ministerin. Öney hatte kürzlich gesagt, dass Türken „fünfmal mehr Fernsehen“ guckten „als die Deutschen“, und weiter beklagt: „Viele Migranten leiden unter Selbstüberschätzung.“ Ministerpräsident Winfried Kretschmann sah sich genötigt, seine Kollegin in Schutz zu nehmen. *CR*

Wildwuchs statt Einheitlichkeit

EU-Führerscheinrichtlinien werden unterschiedlich gehandhabt

Eigentlich wollten die EU-Verkehrsminister im Jahre 2006 mit der Einführung eines einheitlichen EU-Führerscheins für Klarheit bei den Bürgern sorgen. In der Praxis hat sich mittlerweile herausgestellt, dass die beschlossenen Regelungen in den einzelnen Ländern höchst unterschiedlich interpretiert werden. Ausgerechnet auf einem Feld, auf dem bei vielen Bürgern eine einheitliche Lösung durchaus plausibel erscheint, hat sich mittlerweile ein Wildwuchs unterschiedlicher Auslegungen eingestellt. Folge davon war in der Vergangenheit der sogenannte „Führerscheintourismus“. Wer in Deutschland seinen Führerschein wegen Alkohol am Steuer oder Drogenmissbrauchs verloren hatte, besorgte sich oftmals in Polen oder der Tschechei einen dortigen EU-Führerschein. Erst in letzter Zeit konnte derartiger Missbrauch durch Gerichtsentscheidungen wieder eingedämmt werden. Unter anderem hat der Europäische Gerichtshof am 19. Mai 2011 durch ein Urteil nochmals dass „Wohnortprinzip“ bestätigt. Der Führerschein muss in dem Land beantragt werden, in dem der tatsächliche Wohnsitz besteht.

Nicht geklärt ist damit allerdings, dass die nationalen Behörden immer noch völlig unterschiedliche Maßstäbe für die Erteilung eines EU-Führerscheins anlegen. Bereits in nächster Zeit könnten von europaweit unterschiedlich ausgelegten Vorschriften Diabetes-Patienten betroffen sein. Ursache ist eine EU-Richtlinie, die ab Oktober in Kraft treten soll. Ausgerechnet im EU-kritischen Großbritannien wird die neue Richtlinie in einer Art vorauseilendem Gehorsam von den zuständigen Behörden besonders streng ausgelegt. Wie die „Daily Mail“ berichtet, droht britischen Diabetikern, die teilweise bereits seit Jahrzehnten unfallfrei Auto fahren, der Führerscheinverlust. Die Definition des „hypoglykämischen Schocks“ wird sehr viel weiter gefasst als bisher. Die nationale Führerscheinbehörde (DVLA) legt die neuen Richtlinien teilweise so aus, dass bereits das zweimalige Auftreten eines Unterzuckerungsschocks im Jahr ausreicht, um den Führerschein zu verlieren – selbst wenn die Betroffenen sich zu Hause aufgehalten und keine fremde Hilfe benötigt haben. Unter anderem soll bereits das Auftreten einer Unterzuckerung während des Schlafes zukünftig ausreichen, damit von einer Fahruntüchtigkeit ausgegangen wird. In der Vergangenheit wurden lediglich Situationen als kritisch eingeschätzt, wenn bei den Unterzuckerungszuständen die Hilfe einer weiteren Person notwendig gewesen ist.

> Diabetikern droht bald ein Fahrverbot

Unklar ist, warum die EU-Behörden überhaupt die Neufassung der entsprechenden Richtlinien auf den Weg gebracht haben, statt zunächst einmal für die einheitliche Durchsetzung der bereits bestehenden Regelungen zum EU-Führerschein zu sorgen. Dass Diabetiker in statistisch relevantem Umfang aufgrund ihrer Erkrankung Unfälle verursachen, konnte bisher noch nicht einmal nachgewiesen werden. Noch nicht erkennbar ist, wie die deutschen Behörden die neuen Richtlinien interpretieren werden. Bisher gilt hier für Diabetes-Patienten, dass sie für den Führerschein für die Klassen der Gruppe 1 durchaus gesundheitlich geeignet sind, wenn sie bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Insgesamt könnten EU-weit eine Million Autofahrer betroffen sein, sollten die neuen Richtlinien überall so drakonisch wie in Großbritannien ausgelegt werden. *Norman Hanert*

»Wir sind Zeugen«

Hauptstadtbistum hat neuen Erzbischof – »Gott hat einen Namen«

Wenn der Papst am 22. September die deutsche Hauptstadt besucht, wird er einen Hirten vorfinden: Berlin hat seit dem letzten Sonnabend im August wieder einen Erzbischof. Der bisherige Kölner Weihbischof Rainer Maria Woelki hat die Nachfolge des im Juni verstorbenen langjährigen Berliner Erzbischofs Georg Sterzinsky offiziell angetreten.

In seiner Predigt zur Verabschiedung Woelkis am 7. August hatte der Kölner Kardinal Joachim Meisner seinem Weihbischof noch die Ermutigung Jesu an die Jünger mitgegeben, die von den sturmbewegten Wellen des Sees Genezareth geängstet waren: „Fürchtet euch nicht!“ Auf dem religiös schwierigen Pflaster der Hauptstadt darf sich der 55-Jährige jedoch unter dem Schutz eines vertrauten Fürsprechers fühlen: Wie der Kölner Dom, so steht auch das große Berliner Erzbistum unter dem Patronat des heiligen Apostels Petrus.

Zur Amtseinführung in der Berliner St.-Hedwigs-Kathedrale erwiesen rund 50 hochrangige Vertreter aus Kirche und Politik dem neuen Hirten ihre Reverenz: Mehr als 30 Bischöfe nahmen an dem Pontifikalamt teil, neben Meisner waren der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch, sowie der Vorsitzende der Europäischen Bischofskonferenz, Kardinal Peter Erdö, zugegen. Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit, der dem neuen Oberhirten des flächenmäßig zweitgrößten deutschen Bistums im Vorfeld noch eine „gute Zusammenarbeit“ angeboten hatte, sorgte mit seinem Fehlen für Verwunderung. Ein regenschwerer Berliner Himmel hielt Hunderte Gläubige nicht davon ab, das feierliche Geschehen in der vollbesetzten Kirche von draußen über eine Großbildleinwand mitzuverfolgen. Hier schien etwas von dem auf, was der neue Erzbischof in einem Interview einmal das „Entscheidungschristentum“ nannte.

> »Der Grund unserer Hoffnung heißt Jesus Christus«

Um Art und Wesen des früheren Geheimsekretärs von Kardinal Meisner hatte es in den Wochen zuvor viele Spekulationen und Kaffeesatzdeutungen gegeben. Während reformfreudige Gläubige befürchteten, dass Woelki als „Hardliner“ hervorstechen könnte, der den eher betulichen Kurs seines Vorgängers Sterzinsky beenden würde, erhoffen sich konservative und traditionstreue Katholiken einen christlichen Neuaufbruch in der oft verbohrt atheistisch wirkenden Hauptstadt; der Anteil der Katholiken an der Gesamtbevölkerung der Erzdiözese liegt bei lediglich 6,8 Prozent.

Die Predigt des Kölners mit elterlichen Wurzeln im ostpreußischen Frauenburg ließ dann aufhorchen und wurde vielfach als „kernig“ wahrgenommen: Die Glaubensüberzeugung, das unbedingte Fürwahr-Halten, nicht verbergen, sondern offen den Mitmenschen davon reden – „Christ sein heißt Zeuge sein“; in einer Stadt mit hohem moslemischem Bevölkerungsanteil durchaus kein Osterspaziergang. Christen wüssten von einer Botschaft, „die von höchster Bedeutung, ja sogar – mit den Augen des Glaubens betrachtet – alternativlos ist: Wir können Rede und Antwort stehen jedem gegenüber, der uns nach dem Grund unserer Hoffnung, ... nach dem Grund unseres Lebensglücks fragt. Und dieser Grund hat einen Namen: Jesus Christus!“ In einer Zeit oft diffuser spiritueller Sehnsucht sprach der Bischof die Worte hinein: „Wir haben ihnen zu bezeugen, dass Gott kein namenloses Es ist, der irgendwo im Jenseits west und von dem nichts gesagt werden kann. Nein! Gott hat einen Namen!“ *CR*

MELDUNGEN

Weg von russischem Gas

Kiew – Weil Russland den Forderungen nach Annulierung des 2009 von Julia Timoschenko unterzeichneten Gaslieferungs- und Transitvertrags nicht nachkommen will, hat der ukrainische Energieminister Jurij Bojko angekündigt, die Einfuhr russischen Gases auf die Hälfte zu drosseln und stattdessen mit Hilfe ausländischer Partner auf dem Festlandsockel des Schwarzen Meeres die dort vorhandenen Schiefergasvorkommen zu erschließen. Um bis dahin die Energieversorgung des Landes zu sichern, will man auf die eigenen Kohlevorkommen zurückgreifen, Energiesparprogramme auflegen und außerdem auf erneuerbare Energie setzen. *MRK*

Polen: Streit um Erdgasreserven

Warschau – Um die Lagerung der polnischen strategischen Erdgasreserven im Ausland gibt es Streit: Die Regierung will noch in dieser Legislaturperiode die Gesetze über die Gasvorräte an Brüsseler Vorschriften anpassen, welche die Aufbewahrung auch in anderen EU-Staaten vorsehen, darunter auch in Deutschland. Bedingung wäre, dass Polen im Falle einer Energiekrise innerhalb von 40 Tagen darauf zugreifen kann. Kritik kommt aus der Opposition: Der Vizechef der Sejm-Kommission für Wirtschaft, Maks Kraczkowski, sieht die Sicherheit Polens gefährdet. Die Regierung sei nicht in der Lage „zu erklären, ob während einer Krise solches Gas tatsächlich nach Polen gelangt“, sagte der Abgeordnete der nationalkonservativen Kaczynski-Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS). Im Ausland angelegte Vorräte seien schwer zu überprüfen und zu kontrollieren. Wie bisher sollten „die strategischen Reserven im Land selbst gelagert werden“, forderte Kraczkowski. *CR*

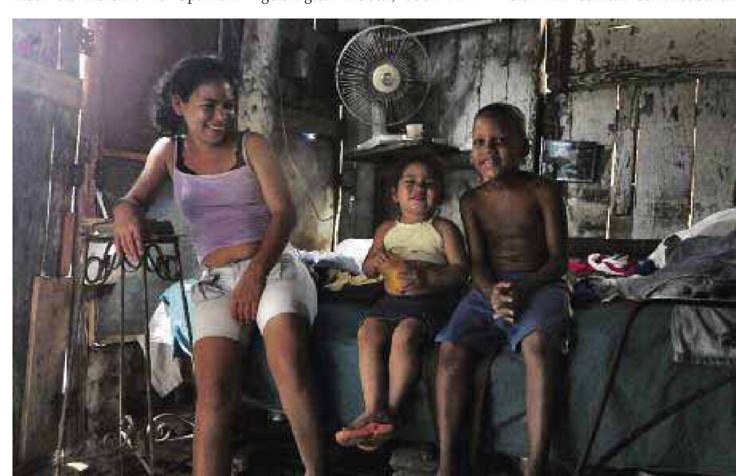
Kommunismus ohne Sonnenseite

Kubas Sozialismus ist kein karibisches Paradies – Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung

Der 13. August bedeutet für die Partei „Die Linke“ mehr als nur die Errichtung der Mauer zur Verteidigung ihrer sozialistischen Ideale. An einem 13. August vor 85 Jahren erblickte mit Fidel Castro der legendäre Máximo Líder (Großer Führer) des sozialistischen Blocks das Licht der Karibik. Grund genug für die beiden Vorsitzenden der SED-Nachfolgepartei, dem Compañero Fidel herzlich zu seinem Ehrentag zu gratulieren.

In der Tat begegnet man heutzutage in Kubas „socialismo tropical“ (tropischer Sozialismus) Menschen, die sich der ehemaligen DDR nach wie vor stark verbunden fühlen. Manche von ihnen haben dort ihr Studium absolviert und teilweise gute Deutschkenntnisse erworben. Natürlich kamen nur diejenigen Kubaner in den Genuss derartiger Auslandsstipendien, die sich mit Verve für die permanente Aufrechterhaltung der Ziele der Revolution von 1959 engagierten. Und dies wurde mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion ein zunehmend schwieriger werdendes Unterfangen.

Zunächst wirkte es wie ein Schock auf die kubanische Führung, als sie aus dem Munde des sowjetischen Staatspräsidenten Michail Gorbatschow zur Kenntnis nehmen musste, fortan nicht mehr auf Moskaus materielle Unterstützung zählen zu können. Sich dem Schicksal zu ergeben hieße aber, das Talent der kubanischen Bevölkerung zu rascher Anpassung an sich verändernde Rahmenbedingungen, ergänzt um ein gerüttelt Maß an Improvisationsgabe, zu unterschätzen. Zunächst zögerlich, weil man den Einfluss von Touristen nichtsozialistischer Provenienz fürchtete, begann Kubas Führungszirkel, über die Segnungen des internationalen Tourismus und den damit einhergehenden Zufluss harter Währung nachzudenken. Im Zuge dieser Überlegungen streckte man die Fühler aus und begann, hauptsächlich europäische Reiseveranstalter und Hotelketten für das tropische Inselparadies zu interessieren. Im Anschluss daran fand so mancher verdiente Parteigänger eine lukrative Beschäftigung in Kubas stetig wachsendem Tourismus mit Aussicht auf harte Euros beziehungsweise US-Dollars aus Touristenhand. Nach wie vor gilt Kuba zu Recht als Perle der Karibik. Bis 1898 gehörte die Zuckerinsel als Kolonie zu Spanien.



Ihnen scheint keine Sonne: Leben auf engstem Raum in einem Armenviertel Bild: imageo

Dessen infolge kontinuierlich wachsender Touristenströme generierte respektable Einnahmen sollten Kuba als Vorbild dienen. Die Kommunikation zwischen beiden Ländern blieb über viele Jahrzehnte bis heute intakt. So wurde der Vater der Castro-Brüder Fidel und Raúl noch in der spanischen Provinz Galicien geboren.

Im Verlauf der 1990er Jahre mussten die Kubaner, in bekannt kommunistischer Diktion als „Spezielle Periode“ (período especial) verbrämt, eine bittere Pille schlucken. Sie sollte sich als eine wirtschaftliche Durststrecke

> Lebensmittel sind noch immer rationiert

entpuppen und mancher Verzweifelte sah keine andere Möglichkeit, als dem Land mit selbstgefertigten Flößen, auch LKW-Reifen waren zweckdienlich, den Rücken zu kehren. Bis heute bleiben Nahrungsmittel rationiert und ihre Zuteilung wird auf der „libreta“ (Lebensmittelkarte) peinlich genau registriert.

Da ist es mehr als förderlich, gute Verbindungen (palancas) zu Leuten zu unterhalten, die der kommunistischen Partei Kubas nahestehen. Auch an das stark rationierte Benzin kommt leichter, wer seine palancas nutzen kann. Das Abzweigen des Kraftstoffs bleibt den Autoritäten in einem Staat, der seine Bürger streng überwacht, natürlich nicht verborgen. Aber man drückt bewusst beide Augen zu und das unterscheidet den „socialismo tropical“ grundlegend von den linientreu befolgten Direktiven in der einstigen Sowjetunion und ihren ehemaligen osteuropäischen Satelliten à la DDR.

Nachdem sich das Kuba freundlich gesonnene Regime in Venezuela unter Hugo Chávez fest etabliert hatte, zeigte dieser sich mit seinem sozialistischen Vorbild in der Karibik auf ganzer Linie solidarisch. Im Gegenzug für die von Comandante Chávez dringend benötigten Ärzte aus Kuba erhalten nun die Comandantes Fidel und Raúl Castro venezolanisches Erdöl zu quasi brüderlichen Vorzugskonditionen.

Eine erste behutsame Öffnung in Richtung eines privatwirtschaftlichen Kurses werden dem für wirtschaftliche Angelegenheiten zuständigen Carlos Lage überantwortet. So ist es seit Mitte der 90er Jahre gestattet, Minirestaurants, „paladar“ (Gaumen) genannt, zu betreiben. Dabei ist die Anzahl der zu bewirtenden Plätze staatlich reglementiert. Zeitgleich wurde ein ehemaliger Hamburger Finanzsenator mit der Aufgabe betraut, ein System der Besteuerung auszuarbeiten.

Doch der Schein vom kommunistischen Paradies unter karibischer Sonne trügt. Auf Kuba wird immer wieder in eklatanter Art und Weise gegen Menschen vorgegangen, die dem Regime gegenüber kritisch eingestellt sind. Dabei wird auch vor dem gnadenlosen Einsatz von Schlägertrupps nicht zurückgeschreckt. Die Insassen kubanischer Gefängnisse fristen ein mehr als trostloses Dasein. So leben die Gefangenen in ständiger Furcht vor Übergriffen seitens der Bediensteten bis hin zu Vergewaltigungen und Folter. Freie Meinungsäußerung wird brutal unterdrückt. Journalisten müssen sich der Zensur beugen, indem sie ihre Artikel zunächst einem Komitee vorzulegen haben, das über die Veröffentlichung zu entscheiden hat. Unliebsame, weil kritische Vertreter unter ihnen unterliegen einer andauernden Überwachung durch die ihrerseits von KGB und Stasi geschulten, wirkmächtig agierenden Sicherheitsbehörden.

Führt man sich die stetigen Übergriffe und das rigorose Vorgehen der kubanischen Machthaber gegen das eigene Volk vor Augen, reagiert man fassungslos auf den mangelnden politischen Spürsinn der beiden Vorsitzenden der Linkspartei. Ungeachtet der offenkundigen Verstöße gegen die Menschenrechte und auf dem linken Auge blind, präsentieren sie der westlichen Welt Kuba als leuchtendes Beispiel eines praktizierten humanen Sozialismus und verklären dessen altersstarrsinnigen Langzeitrevolutionär an der Spitze zur Lichtgestalt. *Michael Johnschwager*

Assad verspielt größten Trumpf

Syrisches Militär nimmt sogar Palästinenser unter Feuer

Der syrische Staatspräsident Bashar al-Assad weitet seine Offensive gegen die Regierungskritiker aus, die seit Monaten demokratische Reformen fordern. Latakia ist eine der Städte, in die Assad-treue Soldaten einrückten. Dabei ist ein Palästinenserlager sogar von Kriegsschiffen aus unter Dauerfeuer genommen worden. Mehrere Dutzend Tote und Zehntausende Menschen, die flüchten wollen, sind die Folge.

Latakia gilt mit seinen 420 000 Einwohnern als syrische Hauptstadt der schiitischen Alawiten, zu denen auch Staatspräsident Assad gehört. Aber auch eine große Minderheit von syrisch-orthodoxen und syrisch-katholischen Christen lebt in Latakia. Das gute Zusammenleben aller Religionsgruppen und das mediterrane Flair gaben der Stadt bislang eine weltoffene Atmosphäre. In der Region dominieren die Alawiten mit 70 Prozent, die Christen folgen mit 14 Prozent, danach kommen die Sunniten mit 12 Prozent. Nach der Machtübernahme von Hafiz al-Assad profitierte die Stadt von großzügiger Hilfe. Zusätzlich zu dem bereits vorhandenen Fußballstadion wurden ein überdimensioniertes Sportstadion und ein internationaler Flughafen gebaut.

Hier hätte man am wenigsten Proteste gegen das Assad-Regime erwartet, weil es die einzige syrische Großstadt mit einer nennenswerten alawitischen Bevölkerung ist. Aber seit Kurzem sind gerade Teile dieser Stadt unter starkem Beschuss des syrischen Militärs. Um die anhaltende Protestbewegung niederzuschlagen, setzt die syrische Regierung jetzt auch die Marine ein. Kriegsschiffe beschossen die südliche Vorstadt von Latakia, Al-Ramle, eine Hochburg der örtlichen Opposition. In Al-Ramle wurde eines der vielen Palästinenserlager in Syrien, die von der UN verwaltet werden, getroffen. Dabei gab es zahlreiche Tote und Verletzte. „Die Menschen versuchen zu flüchten, aber sie können Latakia nicht verlassen, weil die Stadt umzingelt ist“, sagte ein Bewohner gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters. So müssen die Palästinenser weiter um ihr Leben fürchten, bedroht ausgerechnet von Assads Militär.

> Bald könnten nur noch die iranischen Mullahs zu Damaskus halten

Der größte Trumpf des syrischen Regimes war bislang die palästinensische Karte. Syrien ist das einzige arabische Land, das den Kriegszustand mit Israel offiziell nie beendet hat, es galt als bedingungsloser Verbündeter der palästinensischen Sache. Die Hamas im Gazastreifen und die Hizbollah im Libanon werden von Damaskus aus gesteuert. Erst vor wenigen Wochen wurden an der Golangrenze zwischen Israel und Syrien mehrere palästinensische Demonstranten, die mit syrischer Unterstützung dorthin gebracht worden waren, von israelischer Grenzpolizei erschossen. Damals hatte Assad selbst noch den UN-Sicherheitsrat angerufen. Jetzt verweigert er bereits seit Wochen Kontaktversuche des UN-Generalsekretärs Ban Ki-Moon.

Wenn Assad jetzt nach der Bombardierung eines palästinensischen Flüchtlingslagers durch seine Armee die Unterstützung der Palästinenser verliert, wird es einsam um ihn werden. Dann bleiben ihm nur noch die iranischen Mullahs, die bereits über langjährige Erfahrung im Niederschlagen von Bürgeraufständen verfügen. Dank der Unterstützung aus dem Iran wird sich Assad wohl noch längere Zeit an der Macht halten können. Doch anders als die iranische Opposition, die vom Ausland im Stich gelassen wurde, verfügt die syrische Opposition über starke Verbündete im Ausland, die es ihr erlauben, durch Massenproteste noch lange den Druck gegen das Regime aufrechtzuerhalten und ihn sogar noch zu erhöhen. *Bodo Bost*

Moskau stabilisiert Pjönjang

Pragmatische Gas-Verhandlungen mit Nordkorea

Die Aufwartung, die Russland dem nordkoreanischen Diktator machte, ging über das Maß üblicher diplomatischer Gepflogenheiten weit hinaus. Von Präsident Medwedjew eingeladen, konnte Kim Jong Il bei seinem fünftägigen Russland-Besuch in der sibirischen Provinz Burjatien eine Bootsfahrt auf dem Baikalsee unternehmen, in einem speziell hergerichteten Becken mit geheiztem Baikalwasser planschen und in Ulan-Ude einem Opernkonzert lauschen. Vor dem gigantischen Leninkopf in Burjatiens Hauptstadt ließ er Halt machen, stieg aus und verbeugte sich. Er besichtigte eine Hubschrauberfabrik und besuchte den Hypermarkt „Megatitan“. Ob der so absonderliche wie bestialisch grausame Alleinherrscher dort all die Waren einkaufte, die in seinem Hunger-Reich nicht zu bekommen sind, wurde nicht mitgeteilt. Der so Geehrte dürfte sich von dem großen Bahnhof, den sein gepanzerter Sonderzug erhielt, wohl ähnlich gebauchpinselt fühlen wie sein Bruder im Geiste Erich Honecker bei dessen Empfang durch Bundeskanzler Kohl 1987.

Die Gespräche auf dem Gipfeltreffen in der geschlossenen Militärsiedlung Sosnowyj Bor unweit Ulan-Ude am Mittwoch der Vorwoche hätten „alle wichtigen Fragen berührt“ und seien „offen verlaufen“, ließ die russische Seite im Anschluss mitteilen. Von der Erörterung menschenrechtlicher Probleme in Nordkorea wurde gänzlich abgesehen. Der letzte Staatsbesuch des 69-jährigen Altstalinisten ist neun Jahre her.

Die Einladung an Kim Jong Il, das gefällige Entgegenkommen: Darin sehen Beobachter einen weiteren Schritt in der Strategie Moskaus, das verarmte, aber gefährliche Land – Nordkorea hatte sich 2005 zur Nuklearwaffenmacht erklärt und in der Folge Atomtests durchgeführt, im letzten Jahr versenkte das Militär ein südkoreanisches Kriegsschiff – durch gemeinsame Wirtschaftsprojekte enger an sich zu binden und so langfristig kooperativer zu machen.

> Nordkorea schuldet Russland elf Milliarden Dollar

Mit seinen ambitionierten Plänen auf der koreanischen Halbinsel ist Russland nun ein gutes Stück vorangekommen: Medwedjew vereinbarte mit seinem Gast den Bau einer 1100 Kilometer langen Gasleitung über Nordkorea, die ab 2017 zehn Milliarden Kubikmeter Erdgas im Jahr nach Südkorea leiten soll. Eine trilaterale Kommission soll die Details erarbeiten. Bereits vor zwei Jahren unterzeichnete der russische Gasmonopolist Gazprom mit der südkoreanischen Kogas einen Vertrag über das Projekt. Nach inoffiziellen Informationen wird Nordkorea an dem Transit über sein Territorium 100 Millionen US-Dollar jährlich verdienen. Für das kommunistische Land, dessen gesamte jährliche Wirtschaftsleistung nach Schätzungen bloß 40 Milliarden US-Dollar beträgt, eine erkleckliche Einnahme. Auch die Verhandlungen über die Tilgung der nordkoreanischen Altschulden gegenüber der Sowjetunion sind wieder aufgenommen worden: Russland erwartet von Nordkorea die Anerkennung als Rechtsnachfolger der UdSSR.

Weiter sind russische Unternehmen an Geschäften in Nordkorea interessiert. Die Firmengruppe Trest engagiert sich in mehreren Joint Ventures und modernisiert gegenwärtig eine Raffinerie und ein Stahlkombinat. Ähnlich wie China arbeitet Russland gänzlich pragmatisch mit dem Schmuddelkind an seiner äußersten Nordostgrenze zusammen. Pjönjang wirtschaftlich zu stabilisieren ist aus Moskauer Perspektive verständlich: Der Status quo ist strategisch allemal günstiger als ein wiedervereinigtes Korea unter US-Einfluss. *Christian Rudolf*

Europa vor dem Praxistest

Griechenland gibt Sanierungsziele auf – Rettungspläne überzeugen allenfalls in der Theorie

Bisher ist der US-Staranwalt Lee Buchheit in der europäischen Öffentlichkeit kaum bekannt. Das könnte sich allerdings bald ändern. Bereits im Juli ist die Anwaltskanzlei Cleary Gottlieb Steen & Hamilton, für die Buchheit arbeitet, damit beauftragt worden, künftig für Griechenland tätig zu werden. Mit welchen speziellen Fertigkeiten die New Yorker Kanzlei aufwarten kann, wird deutlich, wenn man sich einige der bisherigen Klienten ansieht: Argentinien und Island.



Griechische Banken ohne beleihungsfähige Sicherheiten: Der Euro korrodiert am düsteren Strand der Ägäis Bild: mauritius

Beide Länder haben mithilfe der Kanzlei ihre Schulden umstrukturiert. Griechenland scheint inzwischen die bisherigen Sanierungsziele für nicht mehr erreichbar zu halten. In einem Brief des griechischen Finanzministers Evangelos Venizelos, der unter anderem an EU-Währungskommissar Olli Rehn ging, wird nicht nur erklärt, dass abermals Milliarden fehlen, sondern auch, dass das Haushaltsdefizit bis zum Jahresende 8,0 Prozent statt der geplanten 7,5 Prozent betragen wird. Ursache dafür sind die im Vergleich zum Vorjahr um 1,9 Milliarden Euro zurückgehenden Einnahmen bei gleichzeitig um 2,7 Milliarden Euro steigenden Ausgaben. Die Überweisung der nächsten Tranche von acht Milliarden Euro aus dem Rettungspaket von EU und Internationalem Währungsfonds, die Anfang September erfolgen soll, droht damit zur Hängepartie zu werden.

Noch pessimistischer scheint allerdings die Lage an den Finanzmärkten eingeschätzt zu werden. Am Sekundärmarkt haben zweijährige griechische Staatsanleihen zwischenzeitlich die Rekordrendite von 45,54 Prozent erzielt. Für die Absicherung von Staatsanleihen mit fünfjähriger Laufzeit im Wert von zehn Millionen Dollar mithilfe von Kreditausfallversicherungen (CDS) ist mittlerweile eine Prämie von 2,29 Millionen Dollar zu zahlen – jährlich. Für den Fall, dass die Absicherung über fünf Jahre gehalten werden sollte, würden die gezahlten Prämien somit den abgesicherten Betrag übersteigen.

Auch die Lage der griechischen Banken spitzt sich weiter zu. Da kaum eine griechische Bank noch beleihungsfähige Sicherheiten besitzt, hat die griechische Zentralbank inzwischen Liquiditäts-Nothilfen für den griechischen Bankensektor anlaufen lassen. Außerhalb der EZB-Bilanz werden dabei Geschäftsbanken mit Liquidität ausgestattet. Ein umstrittenes Instrument, das de facto einem Anwerfen der Druckerpresse gleichkommt und das Irland bereits zur Dauereinrichtung gemacht hat. Im EZB-Rat ist dieses Vorgehen nur mit einer Dreiviertelmehrheit zu stoppen. Als ähnlich unkontrollierbar und noch risikoreicher könnten sich langfristig Euro-Bonds entpuppen. Die umstrittenen gemeinsamen Anleihen der Euro-Länder werden sowohl vom SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel gefordert als auch von Gregor Gysi (Linkspartei) für unvermeidlich gehalten. Dass Euro-Bonds ebenfalls vom Großmeister der Währungsspekulation, Georg Soros, unterstützt werden, scheint beide Politiker nicht zu irritieren. Auf starke Skepsis treffen die Bonds allerdings bei Wirtschaftswissenschaftlern des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin. Für sie

Euro-Austritt Griechenlands nicht ausgeschlossen

haben vor allem Großspekulanten einen Nutzen von den Bonds, durch die ein „Zugriff auf auf die Finanzen von Staaten mit Spitzenbonität“ ermöglicht wird. Das Münchner Ifo-Institut rechnet mit möglichen Mehrkosten von 47 Milliarden Euro, die durch das ansteigende Zinsniveau auf Deutschland zukommen könnten.

Doch damit nicht genug: Zusätzlich besteht das Risiko, dass einzelne Staaten die Tilgung für die gemeinsamen Anleihen eines Tages einstellen. Wirtschaftswissenschaftler der TU Chemnitz haben die Wahrscheinlichkeit einer derartigen Zahlungseinstellung von Staaten unter die Lupe genommen. Neben Daten zur Umschuldungshäufigkeit von Staatsschulden wurde bei der Untersuchung auf den „Internationalen Korruptionsindex von Transparency International“ zurückgegriffen. Wenig erstaunlich ist das Fazit: „Je mehr Korruption in einem Land herrscht, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein Staat seine Schulden nicht begleicht und sich auf Kosten der Gläubiger saniert.“

Die Trefferquote bei der Vorhersage einer Zahlungseinstellung beträgt auf Grundlage der historischen Daten 85 Prozent. Folgt man den Schlussfolgerungen der Untersuchung, wird in Staaten mit verbreiteter Korruption häufiger auf marktfremde Lösungen zurückgegriffen und Umschuldungen werden nur solange aufgeschoben, wie frisches Kapital zugeschossen wird.

Dass diese Theorie bereits kurzfristig einem Praxistest unterzogen werden kann, ist angesichts der griechischen Lage sehr wahrscheinlich. Etwa in dem Fall, dass es im September zu Verzögerungen bei der Auszahlung der nächsten Rate des Hilfspakets an Griechenland kommt oder falls am 7. September das Bundesverfassungsgericht bisherige Zahlungen zur Euro-Rettung zwar durchwinkt, jedoch weitere Zahlungen nur noch unter eng gefassten Bedingungen zulassen sollte. Denkbar ist, falls die derzeit vorbereiteten griechischen Umschuldungsforderungen nicht zum Erfolg führen, die Einstellung der Schuldenbedienung – eventuell sogar mit einem nachfolgenden Euro-Austritt. *Norman Hanert*

KURZ NOTIERT

Sparbuch vorn: Mit weitem Abstand ist das Sparbuch die beliebteste Anlagenform in Deutschland. 55 Prozent der Deutschen haben ihre Ersparnisse dort untergebracht. Mit deutlichem Abstand folgen Lebens- und private Rentenversicherung: 43 Prozent der Befragten sichern sich auf diese Weise ab. Weit abgeschlagen in der Gunst liegen Aktien, die nur von 14 Prozent der Deutschen gehalten werden. In der Forsa-Untersuchung kamen Bundeswertpapiere nur auf den zehnten Platz. *CR*

Kreditwürdigkeit der Tschechei angehoben: Aufgrund solider Haushaltspolitik und guter Ausblicke hat die Ratingagentur Standard & Poor's die Kreditwürdigkeit der Tschechischen Republik um zwei Stufen hochgesetzt. Die Bonitätseinstufung für Fremdwährungsanleihen stieg von A auf AA-, die viertbeste Note in der Skala von S & P. Auch die Einstufung für Anleihen in Tschechischer Krone wurde von A+ auf AA erhöht. AA ist die drittbeste Note. *CR*

Schweiz mit Handelsbilanzüberschuss: Nach Angaben der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) hat die Schweiz im Juli Waren und Dienstleistungen im Wert von 16,6 Milliarden Schweizer Franken ausgeführt. Die Exporte stiegen damit um 3,3 Prozent gegenüber dem Vormonat an. Bei ebenfalls steigenden Importen konnte die Schweiz im Juli insgesamt einen Handelsbilanzüberschuss von 2,8 Milliarden Schweizer Franken erzielen. Für den Zeitraum Januar bis Juli 2011 wird das Exportvolumen auf insgesamt 116,9 Milliarden Schweizer Franken beziffert. Dies entspricht einem Wachstum gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 3,6 Prozent. *N.H.*

Vorsicht am Bankautomaten: Mit einer Wärmebildkamera können Täter am Geldautomaten die PIN ausspionieren. So lässt sich noch bis zu zwei Minuten nach einer Geldabhebung feststellen, welche Tasten gedrückt wurden. Selbst der Wärmeunterschied zwischen den gedrückten Tasten ist erkennbar, so dass die Reihenfolge ermittelt werden kann. Deshalb sollte zur Eingabe ein Stift benutzt werden. *J.H.*

Kontrolleure im Zwielicht

US-Börsenaufsicht hat Tausende Akten systematisch vernichtet

Die US-amerikanische Börsenaufsicht sieht sich nach Hinweisen eines Mitarbeiters mit dem Vorwurf konfrontiert, im Zeitraum zwischen 1993 und 2010 insgesamt 9000 Akten systematisch zerstört zu haben. Unter den vernichteten Unterlagen sollen sich sogar Ermittlungsergebnisse zu so prominenten Fällen wie dem des Milliarden-Betrügers Bernard Madoff befinden. Nicht zum ersten Mal sieht sich die „Security and Exchange Commission“ (SEC), die US-Börsenaufsicht, harten Vorwürfen in Zusammenhang mit dem Fall Madoff ausgesetzt. Bisher lautete die Anschuldigung allerdings: Unfähigkeit. Schon kurz nachdem die Machenschaften des Anlagebetrügers öffentlich wurden, war der SEC vorgeworfen worden, zu lange weggesehen zu haben. Bereits im Jahr 1999 sollen erste Hinweise auf das Schneeballsystem Madoffs bei der Aufsichtsbehörde eingegangen sein. Schon damals waren Vermutungen geäußert, die sich Jahre später als zutreffend herausstellten: Alte Anleger werden lediglich mit den Einzahlungen neuer Investoren statt mit echten Gewinnen ausbezahlt. Bis endlich halbherzig und unkoordiniert Ermittlungen aufgenommen wurden, folgten noch zahlreiche Hinweise an die SEC, die sich auf Madoff bezogen. Seit 1999 sind insgesamt 19 Tipps zu dem Fall eingegangen. Der Schaden, der durch den Betrüger verursacht wurde, wird bis zum Zeitpunkt der Prozesseröffnung auf 65 Milliarden Dollar beziffert.

Für die SEC ist das wahrlich kein Ruhmesblatt. In den neuerlichen

Verdächtige Unternehmen können frohlocken

Anschuldigungen durch einen Mitarbeiter der SEC wird der Behörde weiterhin vorgeworfen, auch Unterlagen zu Ermittlungen gegen Investmentbanken wie Goldman Sachs und Lehman Brothers beseitigt zu haben. Der Öffentlichkeit präsentiert wurden die Vorwürfe durch den Republikanischen Senator Charles Grassley, einem langjährigen SEC-Kritiker. Die Behörde selbst verteidigt sich damit, dass die vernichteten Unterlagen sich lediglich auf Ermittlungen im Anfangsstadium bezogen hätten, die später eingestellt wurden. Von Senator Grassley wird dies anders gesehen. Er meint, dass derartige Unterlagen „extrem nützlich dabei sein können, sich ein Bild von komplexen Fällen zu machen, selbst wenn sie nicht unmittelbar weiterverfolgt werden“. Erstaunlich ist die systematische Aktenvernichtung auch vor dem Hintergrund, dass die SEC selbst strenge Auflagen zur Aktenaufbewahrung an die Unternehmen macht, die von ihr kontrolliert werden. Um die Beseitigung der Ermittlungsunterlagen kritisch zu sehen, muss man nicht einmal die bereits vorgebrachte Vermutung teilen, dass die SEC belastete Unternehmen schützen will. Auch die wahrscheinlichere Variante, dass die SEC lediglich Spuren ihrer bisherigen Versäumnisse beseitigen wollte, reicht aus, um an der Kompetenz der Behörde zu zweifeln.

Es ist übrigens nicht das erste Mal, dass sich die Börsenaufsicht mit dem Vorwurf der voreiligen Beseitigung von Ermittlungsergebnissen konfrontiert sieht. Schon einmal in diesem Jahr musste sie gegenüber einem Finanzjournalisten einräumen, dass Unterlagen zu Finanzgeschäften im Vorfeld der Anschläge vom 11. September 2001 nicht mehr einsehbar sind. Auch diese Unterlagen waren bereits vernichtet worden. *N.H.*

China führende Biernation

Absatz sinkt in Deutschland seit Jahren kontinuierlich

Den deutschen Brauereien läuft die Kundschaft davon, der Bierabsatz sinkt seit Jahren kontinuierlich. Allein im vergangenen Jahrzehnt wurde über zehn Millionen Hektoliter weniger konsumiert. Rund 100 kleinere Braustätten mit einem Jahresausstoß von 10 000 bis 500 000 Hektolitern mussten daraufhin ihren Betrieb aufgeben oder wurden von Branchenriesen geschluckt. Der Imageverlust gegenüber anderen Alkoholika ist enorm. Brauereifachmann Reiner Kilz von der europäischen Beratungsgesellschaft KPMG: „Bier steht nicht mehr für Lifestyle, sondern für dicke Bäuche.“

Das Schrumpfen des Marktes ist ein europäisches Phänomen. Die Finanzkrise beutelte nicht nur deutsche Konsumenten, sondern erreichte auch die starken Biertrinker Großbritanniens. Täglich schließen im Königreich sieben Pubs, der Bierabsatz sank 2009 auch infolge einer um 20 Prozent erhöhten Biersteuer auf den niedrigsten Stand seit 1930. Selbst das Mutterland des Pils, Tschechien, meldet alarmierende Zahlen: Allein 2010 gab es einen Einbruch um 12 Prozent. Insgesamt beträgt der Ausstoß rund 20 Millionen Hektoliter, zu 18 Prozent für den Export. Demgegenüber nahm die Zahl der Brauereien in den USA dank des Wachstums der sogenannten „Craft Breweries“, das sind mittelständische Privat- und Gasthausbrauereien, auf 1700 zu. Wegen Überproduktion blieben die deutschen Sudstätten auf jedem dritten produzierten Liter sitzen.

Imageverlust gegenüber anderen Alkoholika enorm

Allein Warsteiner erlebte in einem Jahrzehnt einen Umsatzeinbruch von 45 Prozent. Selbst der Absatz von Mischgetränken, zunächst als Renner gefeiert, sank 2009 von 4,2 auf vier Millionen Hektoliter. Daran dürfte auch die 2011 vom Deutschen Institut für Reines Bier geforderte Anerkennung für das deutsche Reinheitsgebot als Weltkulturerbe nichts ändern.

Neidvoll schauen die deutschen Brauer dabei auf China, das die Bierproduktion auf 450 Millionen Hektoliter (USA: 228) steigerte und zur globalen Biernation Nummer eins aufrückte. Weltweit wird jedes vierte Bier inzwischen in der Volksrepublik gebraut. Der asiatische Bierdurst ließ die Weltproduktion 2010 auf 1,85 Milliarden Hektoliter steigen. Eigene „Oktoberfeste“, wie in Quindao und Hongkong, wurden aus dem Boden gestampft. Und dabei ist die mit führende Tsingtau-Brauerei eine jetzt zum amerikanischen Konzern Anheuser & Busch gehörende Gründung aus Kaiser Wilhelms kolonialen Zeiten – verschlafene Chance für Deutschlands Hersteller des begehrten „Hopfentees“.

Bier-Experte Kilz ist überzeugt, dass in Zukunft nur Brauereien mit einer starken Marke überleben werden. Die Hälfte des Weltmarktes wird von fünf Konzernen beherrscht: der amerikanischen AB-InBev (Anheuser & Busch), der Londoner SAB-Miller, Heineken in Holland, Carlsberg in Kopenhagen und China Ressource Brewery in Hongkong. Die drei größten Gruppen der Bundesrepublik – Oettinger, Radeberger und Bitburger – schaffen es zusammen gerade mal auf 1,5 Prozent. Lediglich beim Anbau von Hopfen behält Deutschland die Nase vorn. 34 Prozent der Welternte wird in der Bundesrepublik gewonnen. *Joachim Feyerabend*

Für's Leben?

Von Jan Heitmann

Nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen wir. Das wird lernunwilligen Schülern seit Generationen gepredigt. Dann müssen die Schulen aber auch das unterrichten, was für das Leben wichtig ist. Wirtschaft ist wichtig. Niemand wird das angesichts der unser Leben derzeit beherrschenden Themen Euro, Bankenrettung und Schuldenkrise ernsthaft bezweifeln können. In Nordrhein-Westfalen gibt es seit Sommer 2010 Wirtschaftsunterricht im Modellversuch. Doch der läuft nun aus. Nicht etwa mangelnde Akzeptanz bei den Schülern oder negative Erfahrungen der Lehrer sind der Grund, sondern politisch-ideologische Verbohrtheit. Die grüne Schulministerin Sylvia Löhrmann fürchtet, durch den Wirtschaftsunterricht könnte allzu liberales Gedankengut vermittelt werden, wird ein Teil der Lehrmaterialien doch durch Wirtschaftsverbände und Unternehmen bereitgestellt. So müssen sich die Schüler also mit der Photosynthese, dem Periodensystem der Elemente oder Atomketten herumschlagen, wovon im späteren Leben nur die wenigsten profitieren dürften. Was eine Staatsanleihe ist oder wie eine Rating-Agentur funktioniert, dürfen sie dagegen nicht mehr lernen. Lernen für das Leben sieht anders aus.

Keine Lobbyistin

Von Christian Rudolf

Baden-Württembergs Integrationsministerin Bilkay Öney ist für ihre unabhängigen Stellungnahmen bekannt. Die politische Senkrechtstarterin hat es in puncto Multikulti nicht so mit schönfärberischer „Sie sind eine Bereicherung für uns alle"-Politik. In der Türkei geboren, in Berlin aufgewachsen, kennt sie ihre in Deutschland lebenden Pappenheimer durch und durch. Grund für betulichen Umgang mit ihnen hat sie nicht. Viele Türken lebten mit Kopf und Herz noch in der Türkei, monierte sie einmal. Jetzt ist sie wieder als Frau offener Worte aufgefallen (s. Seite 5). „Je mehr Türken wir im Land haben, desto mehr Unruhe haben wir." Im illiberalen Meinungsklima der Bundesrepublik könnte nach derartigen Aussagen ein deutschstämmiger Minister seine Sachen packen. Aber das nur am Rande.

Absolut entlarvend ist die Argumentationslinie ihrer irritierten Kritiker: Memet Kilic, integrationspolitischer Sprecher der Grünen im Bund, meint allen Ernstes, Öney solle als Anwältin der Immigranten auftreten. Ihre Ausdrucksweise und Wortwahl dienten nicht als Vorbild, beschwerte sich die Türkische Gemeinde in Deutschland. Öney müsse sich fragen, wofür sie Ministerin geworden sei.

Jedenfalls nicht für die Bedienung von Partikularinteressen der Einwanderungslobby. Sondern für das große Ganze. Ihre Kraft „dem Wohle des Volkes widmen", hatte Öney in ihrem Amtseid als Ministerin eines deutschen Bundeslandes geschworen. Was ihr Arbeitsauftrag nicht ist, legte sie mit der ihr eigenen Direktheit in einem Interview dar: „Ich bin nicht die Beschützerin der armen kleinen Migranten."

Nationale Interessen definieren

Von Hans Heckel

Deutschland habe seinen außenpolitischen Kompass verloren. Darin sind sich gewichtige innenpolitische Kritiker der Regierung Merkel/Westerwelle wie die beiden Altkanzler Schmidt und Kohl einig mit einer Vielzahl ausländischer Stimmen.

Was dabei aus dem Ausland herüberschallt, kann indes widersprüchlicher nicht sein. Der Euro sei als Kontrollorgan über Deutschland erfunden worden, bramt ein führendes US-Magazin. Nun habe Deutschland Europa stattdessen „in der Tasche". Das übermächtige Deutschland unterwirft sich Europa, so der Tenor auch in anderen Ländern.

Auch und besonders deftig kommt diese Kritik aus, wen wundert's, Großbritannien. Dann aber hören wir aus dem Mund des ehemaligen Briten-Premiers Gordon Brown: „Deutschlands Weigerung, aus einer Politik der Stärke heraus zu handeln, gefährdet nicht nur das Land selbst, sondern das gesamte Euro-Projekt."

> Jetzt rächt sich, was seit 20 Jahren versäumt wurde

Wohin man blickt, Deutschland wird das eine vorgeworfen und zugleich sein genaues Gegenteil. Das hat sicher mit der prekären Zwischengröße zu tun, aus der das wirtschaftlich mächtigste und geopolitisch wichtigste Land Europas nicht entfliehen kann: Wir sind zu klein, um aus eigener Kraft alle anderen zu führen, doch viel zu groß, um uns auf unsere unmittelbaren Eigenbelange zu beschränken und ansonsten einfach irgendwo mitzuschwimmen. Das wird so bleiben, und es ist die Aufgabe der deutschen Politik, eine Antwort auf dieses Problem zu finden.

Genau diese Antworten bleibt sie schuldig. Das gilt auch für Kohl und Schmidt. Sie schwärmen wehmütig von der einstigen Staatsräson der Bündnistreue, die zu ihrer Zeit Maßstab für alles deutsche Handeln gewesen sei.

Sie ignorieren jedoch, dass ein Bündnis bloß Instrument sein kann, in dem unterschiedliche Ziele und Absichten harmonisiert werden. Länder wie die USA, Großbritannien oder Frankreich nutzen Bündnisse daher ganz selbstverständlich dazu, ihre zuvor national formulierten eigenen Interessen durchzusetzen. Lange begnügte sich Deutschland damit, den Ratschlüssen der anderen einfach zu folgen und sich dafür als „verlässlicher Partner" loben zu lassen.

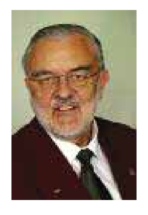
Doch ein Zurück zu jener stets folgsamen und stets zahlungsbereiten Rolle gibt es für Berlin nicht. Jetzt rächt sich, was seit 20 Jahren versäumt wurde: die Definition eigener nationaler Interessen, unter denen Bündnistreue zwar ein äußerst wichtiger Faktor ist, aber eben nur einer von mehreren. In den frappierend widersprüchlichen Erwartungen an Deutschland spiegelt sich vor allem das unausgegorene Konzept der deutschen Außenpolitik hinsichtlich ihrer internationalen Rolle und unserer nationalen Interessen.



Deutschland ohne Kurs und Kompass: Nicht irgendwo mitschwimmen, sondern Richtung und Ziel zu definieren, ist Aufgabe der Politik

Bild: Ullstein

Gastkommentar



Kuschelurteile für Doppelstaatsbürger

Von Max-Dieter Höhler

In Diskussionen wird immer laut geäußert, dass Schläger hart bestraft werden müssten. Hier stellt sich die Frage, um welche Klientel es sich dabei handelt. Es ist traurig, was sich die Immigranten, auch wenn es Jugendliche sind, die hier geboren wurden, erlauben. Die Kriminalstatistiken Deutschlands verzeichnen einen im Vergleich zum Anteil an der Bevölkerung überproportional hohen Anteil türkischer Täter. In den Sektoren Mord, Totschlag, Vergewaltigung und Raub liegt der Anteil der Nichtdeutschen etwa zwölfmal so hoch wie der der Inländer. Türken stellen dabei ein Fünftel innerhalb eines Gesamtanteils der Immigranten von einem Drittel. Dies bedeutet, dass sie – mit drei Prozent Anteil an der Gesamtbevölkerung – 20 Prozent der Schwerkriminalität ausmachen und mit 30 Prozent Anteil an den Nichtdeutschen in dieser Gruppe 60 Prozent der Schwerkriminellen stellen. Dabei sind diese Relationen jedoch geschönt, weil sie nicht die Eingebürgerten berücksichtigen, die aus Türken Passdeutsche, in jedem zweiten Fall Doppelpass-Deutschtürken machen.

Man bemerkt auch, dass die Gewaltbereitschaft besonders in der türkischen Jugend wächst. Sie sucht sich in Pöbeleien, Prügeleien, Diebstählen, Einbrüchen und Raub ihre Entlüftungen. Es kommt aber auch immer mehr zu sexuellen Übergriffen auf nichttürkische Frauen sowie Tätlichkeiten an Jugendlichen schon in der Schule. War es bis vor Kurzem noch der türkische Bevölkerungsanteil im Alter zwischen 20 und 30, beginnt es jetzt schon bei den jugendlichen Teens, inzwischen Mitglieder der dritten Generation. Sie bildet den mit Abstand gewalthaltigsten Faktor. In ihrem Heimatland würden sie sich dieses nicht erlauben und trauen. Wenn sie dort einen Mord oder Totschlag begehen, zieht die Blutrache. Vergleichsweise geringe Strafen begründen die hiesigen Richter damit, dass die „Schwierigkeiten, die sich aus dem Aufwachsen zwischen zwei Kulturen ergäben", zur Anwendung des Jugendstrafrechts berechtigten. Unter diesen Umständen muss man feststellen, dass die Richter bei ihrem Urteil eine absolute „Kuscheljustiz" durchführen.

> »Aufwachsen zwischen zwei Kulturen« als Grund für milde Urteile

Die gehäufte Kriminalität bei der türkischen Bevölkerung dürfte aber inzwischen jedem klargemacht haben – den meisten Politikern anscheinend nicht –, dass hier eine von der Türken-Lobby gesteuerte Gewaltbereitschaft vorliegt. Diese Lobby begründet es damit, dass Türken im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung ärmer und weniger gebildet seien. Sie nennt damit Faktoren, die weltweit den Hang zur Kriminalität steigern. Diese Faktoren wären sozialer Natur. Sie verneint damit die Tatsache, dass hier ethnisch-religiöse Ursachen vorliegen. Im Vergleich kann man feststellen, dass asiatische Bevölkerungsgruppen ebenfalls arm sind, sie aber ihren Nachwuchs zur Bildung und zum Besuch von Gymnasien anhalten.

Die Türken sind die Bevölkerungsgruppe in Deutschland, die sich am stärksten abschottet. Diese Abschottung ist jedoch keine trotzige Reaktion auf eine Ablehnung von Seiten der Deutschen, sondern war von Beginn an vorhanden. Das Bilden separater Viertel in Städten mit eigener, türkischsprachiger Infrastruktur unterstützt das Gruppenbewusstsein und führt letzten Endes zu Forderungen von Minderheitenrechten. Hierzu werden Kommunikationsstätten im Traditionsbewusstsein geschaffen. Es bleibt nicht nur bei Teehäusern, Lokalen und Läden; Moscheen in unzähliger Anzahl werden gefordert. Die meisten Türken, auch die der zweiten und dritten Generation, haben rein ethnische Beziehungen und leben von den Deutschen mehr separiert als andere Bevölkerungsgruppen. So ist es auf vielen Ämtern heute möglich, seine Belange in türkischer Sprache mit Mitarbeitern zu bearbeiten. Überall gibt es türkischsprachige Ausfüllhilfen für Formulare. Auch werden mittlerweile separate türkische Schulen, ja sogar Universitäten gefordert. Über 50 Prozent der Türken geben an, dass sie keinen Kontakt zu Deutschen wünschen. Des Weiteren ist die Bedeutung der Religion (Islam) für die Einhaltung türkischer Normvorstellungen zu nennen. Gemeinsame Identifikationswerte wie Symbole und Richtlinien prägen den Einzelnen auch im Kernbereich des häuslichen Umfeldes. Überwiegend werden hier traditionelle Werte vermittelt. Wichtig ist die Solidargemeinschaft der religiösen Legitimation des Korans. Auch die vorübergehende Rückkehr in die Heimat mit dem Begriff Urlaub, in dem sich die traditionellen und familiären Orientierungssysteme reaktivieren lassen, ist für die jugendlichen Deutsch-Türken ein Mittel, sich von Deutschland zu distanzieren und die Türkei als die Bezugsgröße zu betrachten. Selbst Jugendliche, die kaum Kontakte zu der Türkei haben und hatten, betrachten sie als schönstes Land – hier spreche ich aus eigener Erfahrung.

Es stellt sich nun die Frage, warum die deutsche Staatsbürgerschaft ein zentrales Thema für die Türken bildet. Es geht aber nicht allein um diese, sondern vielmehr um eine doppelte Staatsbürgerschaft. Damit soll erreicht werden, dass die türkische Bevölkerungsgruppe mit der Türkei in jeder Hinsicht verbunden bleibt. Haben Türken jedoch ihre türkische Staatsbürgerschaft abgelegt, geht der türkische Staat ihnen entgegen und bietet ihnen eine einfache Staatsbürgerschaft an, die sie jedoch rechtlich mit der normalen gleichstellt. Es werden auch Aussagen der Türken mit deutscher Staatsbürgerschaft laut, in denen es heißt, dass diese nur als bürokratische Hilfe und nicht als Integrationshilfe gesehen wird. Es kristallisiert sich heraus, dass diese Türken nur zu der Türkei eine politische Loyalität empfinden.

> Doppelte Staatsbürgerschaft ist keine Integrationshilfe

Die Türken lehnen es überwiegend ab, die deutsche Kultur und Religion zu akzeptieren. Wenn ein Türke sagt: „Ich mag die deutsche Kultur", dann stimmt dies meist nicht. Er sagt es nur, um weiterzukommen, um sich abzusichern und dem Militärdienst in der Türkei entgehen zu können. Auch ist die doppelte Staatsbürgerschaft der beste Weg, sich nicht für eine entscheiden zu müssen. Hier sprechen die Worte des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan eine deutliche Sprache: „Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten." In Köln 2008 rief er die Türken auch auf, sich nicht zu assimilieren, und bezeichnete Assimilation als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit". Seine Aussagen kann man nur als Aufruf zu einer soziologischen Absonderung einer Bevölkerungsgruppe aufgrund der unterschiedlichen Religion auffassen. Er widerspricht sich eigentlich mit diesen Forderungen, die Assimilation in Deutschland als Teufelswerk hinzustellen, jedoch in der Türkei ethnische und religiöse Minderheiten radikal zu Türken machen zu wollen. Er verlangt übermäßige Toleranz und Loyalität, auch von den „ehemaligen" Türken zur Türkei, jedoch nicht zum Gastland. Nun wird es einem sicher deutlich, dass unsere Justiz in vollem Umfang dieser Situation angepasst werden müsste, man dann nicht wieder „Kuschelurteile" zu erwarten hätte. Es ist nur die Frage: Welcher Politiker welcher Couleur auch immer wird diesen Weg wagen? Wir sollten nicht die „Kuschelrichter" zur Rechenschaft ziehen – nein, die Politiker der „Roten Garde" von '68 und deren Zöglinge sollte man verantwortlich machen.

Max-Dieter Höhler, geb. 1948, studierte Pädagogik, Mathematik, Biologie und Pysik in Frankfurt am Main und ist nach einigen Jahren Tätigkeit in der Wirtschaft seit 1994 im rheinland-pfälzischen Schuldienst tätig. Der Ostpreuße ist seit 38 Jahren Mitglied im Verein Deutscher Studenten Königsberg-Mainz in Mainz.

»Sagen Sie jetzt nichts ...«

Mit Loriot starb ein großer Humorist – Er vereinte Ost und West mit einem Schmunzeln

Als der berühmte Humorist und Cartoonzeichner Loriot am 22. August zurückgezogen am Starnberger See starb, ging kein öffentlicher Aufschrei durchs Land. Man hatte ja irgendwie damit gerechnet. Die Nation trauert vielmehr – wie ansonsten unüblich – mit einem Schmunzeln um einen lieb gewonnenen, großen Zeitgenossen, wohl wissend, dass der Mensch Loriot zwar gestorben ist, seine Kult gewordenen Sketche und Filme aber unsterblich sind.



Moderation vom grünen Sofa aus: Vicco von Bülow und Schauspielerin Evelyn Hamann Bild: pa

Welche Bedeutung Loriot für Deutschland hatte, beweist die Flut an Nachrufen in Zeitungen und Zeitschriften, die Wiederholungen seiner Sketche und Filme im Fernsehen. Der vielleicht größte deutsche Schöpfer der Komik hat die Bühne des Lebens verlassen. Loriot wird nicht nur von seiner eigenen, sondern auch von der Enkel- und Urenkelgeneration verehrt. Ob auf Hochzeiten, Familienfeiern oder sonstigen Festen, überall wetteifern seine Fans, wer die legendären Loriot-Figuren am besten nachspielen kann. Zu den beliebtesten Sketchen und viel zitierten Sprüchen gehört der mit der Nudel („Sagen Sie jetzt nichts, Hildegard“) oder Frau Hoppenstedts Jodel-Diplom, das ihr Gatte begrüßt („Dann hat sie was Eigenes“). Nach seinem Lieblingssketch befragt, soll Loriot einmal gesagt haben, es sei das Frühstücksei, das die Frau viereinhalb Minuten lang für ihren Mann kochen sollte, es aber „nach Gefühl“ kocht.

Es gibt kaum jemanden, der Loriot nicht komisch findet. Das Geheimnis seiner Komik liegt darin, dass er nichts anderes tat, als die Menschen in Alltagssituationen zu beobachten. „Kommunikationsgestörte interessieren mich am allermeisten. Alles, was ich als komisch empfinde, entsteht aus der zerbröselten Kommunikation, aus dem Auseinanderreden.“ Jede Floskel, jede Geste, jedes Wort studierte er peinlichst genau ein. Es ist letztendlich das Festhalten an der Würde selbst in widrigen Situationen, das seine Charaktere unweigerlich scheitern lässt und das so komisch wirkt. Gerade weil jedes Wort und jede Pointe genau einstudiert waren, wurden Loriots Sketche Kult.

Loriot, der bürgerlich Bernhard Victor Christoph-Carl von Bülow, oder kurz Vicco von Bülow hieß, erblickte am 12. November 1923 in Brandenburg an der Havel als Sohn eines alten preußischen Adelsgeschlechts aus dem Dorf Bülow bei Rehna in Mecklenburg-Vorpommern das Licht der Welt. Wie es die Familientradition verlangte, strebte er eine Offizierslaufbahn an. Mit 17 legte er das Notabitur ab und zog dann in den Krieg, um drei Jahre lang an der Ostfront zu kämpfen. Er brachte es

Stadt Brandenburg ehrt ihren größten Sohn

zum Oberleutnant und erhielt das Eiserne Kreuz erster und zweiter Klasse.

Dass aus einem preußischen Adelsspross einer der größten deutschen Komiker werden konnte, scheint viele der politischen Korrektheit verschriebenen Blätter zu irritieren. So spricht die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ davon, dass Loriot zwar aus einer preußischen Offiziersfamilie stamme, er „aber weder zackig noch elitär, sondern freundlich, distinguiert und mit hintersinnigem Humor“ war. Zwar ein Kritiker der Gesellschaft, aber ein Menschenfreund. Die linke „taz“ formuliert noch drastischer, indem sie vermutet, die Deutschen hätten, wenn sie über Loriot lachten, erleichtert darüber gelacht, dass sie es mit einem „widersinnig sympathischen Preußen“ zu tun hatten. Vielleicht waren aber gerade die bei von Bülow stark ausgeprägten preußischen Tugenden der Schlüssel zum Erfolg. Der Literaturkritiker Hellmuth Karasek schreibt, dass Loriot alles missbilligte, was seinen Sinn für Akkuratesse, ja gar für Pedanterie störte. Loriot sei ein Glücksvogel der Deutschen, dem es gelang, inmitten der Adenauer-Republik einen deutschen Unglücksraben zu zeichnen. „Loriots Spießer waren liebenswürdig und entsetzlich zugleich.“ Vicco von Bülow war ein Verwandlungskünstler. Er mimte in den schrägsten Verkleidungen sowohl den Intellektuellen wie auch den Spießer. Keiner wurde verschont.

Allerdings hätte Loriot wohl nur halb so viel Erfolg gehabt, wäre da nicht Evelyn Hamann gewesen, die seit 1976 gemeinsam mit ihm auftrat. Eigentlich suchte Loriot eine „blonde, pummelige Hausfrau“. Hamann, die schlank und brünett war, überzeugte ihn jedoch so sehr, dass Loriot entschied: „Gut, dann eben nicht pummelig.“ Mit unbewegter Miene und trockenem hanseatischen Humor schrieb Hamann Fernsehgeschichte. Sie setzte, wie Loriot selbst, auf exakte Einsätze, Mimiken und körperliche Gesten. „Die Inszenierung von Humor erfordert Strenge, Kunstfertigkeit und Disziplin.“ Geduldig ertrug sie es, wenn der Meister sie eine Szene 34-mal drehen ließ, bis die richtige Einstellung im Kasten war. Neben zahlreichen Sketchen spielte sie neben Vicco von Bülow 1988 und 1991 die weibliche Hauptrolle in den Filmen „Ödipussi“ und „Pappa ante Portas“. Am 19. September will Loriots Geburtsstadt Brandenburg an der Havel öffentlich Abschied von ihrem wahrscheinlich größten Sohn nehmen. Bereits zu seinem 85. Geburtstag hatte ihm die Stadt die Renovierung seiner Taufkirche geschenkt, was ihn damals sehr rührte. Dank seines Humors hat Loriot die Deutschen in Ost und West weit mehr vereint, als jegliches politische Bekenntnis es vermögen könnte.

Manuela Rosenthal-Kappi

Bei Rotwein und Pasta

Es war ein warmer Tag im Mai. Man konnte schon draußen sitzen und die Berliner Luft genießen. In den beschaulichen Straßen in der Nähe des Savignyplatzes ist das noch möglich, ohne dass man von Autoabgasen betäubt wird. Das italienische Restaurant war wie immer gut besucht. Draußen hüllten sich die Gäste in die bereitliegenden Wolldecken und genossen bei Rotwein und Pasta den Abend. Da kam ein älteres Ehepaar hinzu. Der Mann war völlig aus dem Häuschen und schimpfte wie ein Rohrspatz über die neue Akademie der Künste am Pariser Platz. An diesem Abend war der Neubau mit großem Trara eingeweiht worden. Dem Herrn mit dem weißen Haar und dem



etwas verkniffenen Blick hatte es gar nicht gefallen. Immer wieder kam er auf das Thema zu sprechen, doch seine Frau beruhigte ihn und meinte, er solle doch bei seinem Lieblingsitaliener endlich einmal entspannen. Ach was, brummelte er. Und bei genauerem Hinsehen erkannte man schließlich den erbosten Herrn. Es war Vicco von Bülow, seit 1997 Mitglied der Akademie der Künste, Berlin, in der Sektion Film- und Medienkunst. Den Loriot hatte er an diesem Abend offensichtlich zu Hause gelassen. Man kann schließlich nicht immer lustig sein, nur mit der Pasta sollte man vorsichtig umgehen, Herr von Bülow.

SiS

Das Gütesiegel Bayreuth muss bewahrt werden

Regisseure und Bühnenbildner toben sich nicht nur an Wagner-Opern aus – Das Werk darf optisch nicht mehr erkennbar sein

Gar nichts liegt mir daran, ob man meine Sachen gibt – mir liegt einzig daran, dass man sie so gibt, wie ich's mir gedacht habe. Wer das nicht will oder kann, der soll's bleiben lassen! Das ist meine ganze Meinung“, schrieb Wagner an F. Heine.

Die Magie Bayreuths beginnt zu verblassen. Noch zieht der Hügel wie ein Magnet seit weit

Die Magie beginnt zu verblassen

über 100 Jahren das Publikum in seinen Bann. Noch ist ein Festspielbesuch in Bayreuth für viele Musikliebhaber ein hochwillkommenes Geschenk. Noch ist der äußere Rahmen unverändert. Aber in den vergangenen zehn Jahren hat eine Zeitenwende stattgefunden: Es ist ein anderes Bayreuth entstanden.

Nun hört man, dass dies auch schon mindestens einmal, vor über 50 Jahren der Fall war: Mit dem Umbruch Bayreuths durch Wieland und Wolfgang Wagner. Also doch nichts anderes als ein weiteres „Neu-Bayreuth“?

Zwischen der Regie und Inszenierung bis zum Krieg und der Regie und Inszenierung der Brüder Wagner gibt es einen essenziellen Unterschied, und dasselbe nochmals zwischen der Werksauffassung der Wagnerenkel und der Auffassung Chereaus in seiner Ringproduktion. Es wurden jedoch nie die Grenzen zur Lächerlichkeit und zur Peinlichkeit überschritten. Die Regisseure setzten sich ernsthaft mit dem Werk auseinander, Wagners Pandämonium wurde nicht zum Panoptikum, in dem man lacht, wenn es nichts zu lachen gibt, oder noch schlimmer: in dem man das Werk nur mehr an der (noch unveränderten) Musik erkennt. Statt Ästhetik und Schlüssigkeit, Hässlichkeit und permanenter Erklärungsnotstand.

Bayreuth verliert sein Gütesiegel – es wird mehr und mehr zu einem Jahrmarkt der Beliebigkeiten: Jeder macht, was ihm gerade so einfällt.

Man nehme da nur den „Tannhäuser“ in der Regie von Sebastian Baumgarten und mit dem Bühnenbild von Joep van Lieshout. Die Handlung ist zwar leicht verständlich, aber schwer begreiflich: Warum soll man ausgerechnet für Lustgewinn ewig büßen, worin liegt die Schuld? Das ist an sich schon schwer zu vermitteln – Wagner selbst stand wohl nicht so ganz hinter der Geschichte, und seine doch recht prüde Zeit auch nicht. Schon gar nicht ist ein Zugang heute, in einer Zeit grenzenloser Freizügigkeit möglich. Deshalb muss gerade „Tannhäuser“ eine Deutung und Umdeutung erfahren. Archetypische Aussagen wie etwa im „Ring“ – Liebe, Hass, Gier – sind hier wohl nicht möglich. Man kann fokussieren auf Elisabeth: von der allgemeinen



Bayreuth 2011: Das gewöhnungsbedürftige Bühnenbild für die Wagner-Oper „Tannhäuser“ Bild: Bayreuther Festspiele/ Enrico Nawrath

Moral zur personenbezogenen Aussage. Nur im Verhältnis zu Elisabeth „sündigt“ Tannhäuser. Das haben Regisseure oft genug, und sehr gut gemacht. Um originell zu sein, muss mehr dazukommen.

Da ist der Ansatz, Nietzsches fundamentalen Gegensatz „apollinisch – dionysisch“ aufzugreifen, wie im Programmheft zu lesen ist; durchaus eine sehr interessante Perspektive. Aber Nietzsche ist Philosoph, und nicht Dramatiker, das heißt sein Gedankengebäude ist nicht ohne Weiteres umsetzbar. Und genau diese Umsetzung hat hier nicht stattgefunden. Denn wie soll man, beim bestem Willen, diese Polarität zwischen Formengebundenheit und hedonistischer, absoluter Formenfreiheit, zwischen Prinzip und Prinzipienlosigkeit in einer übberdimensionalen Biogasanlage erkennen?

Was trägt ein kaum identifizierbarer Film, der auf der Rükkwand des Kraftwerks abläuft, dazu bei? Oder ein kaum überschaubares Durcheinander von Personen, die man nur an der musikalischen Aussage als Ritter oder Pilger erkennt? Was soll der Unfug, die Bühne vor dem Anfang und in den Pausen offen zu lassen, so dass man das heillose Wirrwarr da vorne noch länger sehen kann – und am Beginn glauben muss, die herumlaufenden Arbeiter des Kraftwerks sind mit dem Bühnenaufbau nicht fertig geworden? Daneben gegangen, wohin man auch blickt!

Der Eindruck, den man heute ganz allgemein bei Neuinszenierungen auf den Bühnen der Welt hat, wird auch hier bestätigt. Kriterien der Zulassung zur Regie sind offenbar: Das Werk darf optisch nicht mehr erkennbar sein, nur noch an der Musik – Bühnenbild und Kostüme müssen möglichst hässlich sein. Die Personenregie soll soweit wie möglich gegen die Musik stattfinden. Daher sind Regisseure, die Musik im Allgemeinen und Wagner im Besonderen nicht mögen, gesucht.

Die Festspielleitung ist gefordert: Es gilt, das Gütesiegel Bayreuth zu verteidigen. Wer heute zum ersten Mal in Wagner- oder andere Bühnenwerke geht, wer damit anfängt, weil er ganz jung ist oder sie eben erst entdeckt

Es bleibt oft nur eine schlechte Parodie

hat, lernt praktisch nur diese Art von „Inszenierungen“ kennen, in München und Wien, in Paris und Brüssel, in Zürich und Salzburg, und jetzt auch in Bayreuth. Er lernt also nur eine – schlechte, weil es ihr an echtem Witz mangelt – Parodie kennen, und daher wird er nicht merken, wenn er nicht wirklich musikalisch ist, dass da etwas faul ist. Je nach Veranlagung wird dem einen nur mehr ein schaler Geschmack zurückbleiben, dem andern die Lust auf Oper ganz vergehen. Das ist schade. So erscheint einem die Vorbereitung der Kinder auf Wagner in Bayreuths Kinderaufführungen plötzlich in einem ganz anderen Licht: Früh gewöhnt sich, was ein Neu-Wagnerianer werden soll.

Irmgard Dremel

Der erste Atomkreuzer

Die „Long Beach“ war nicht nur der erste Atomkreuzer, sondern überhaupt das erste nuklear getriebene Überwasserkriegsschiff der Welt. Mit der durch den Antrieb bedingten großen Reichweite schien das Schiff prädestiniert zum Atomwaffenträger. Allein und unbemerkt sollte es mit Interkontinentalraketen vom Typ „Polaris“ als schwimmende Abschussrampe über die Weltmeere schippern.

Um genügend Platz zur Lagerung der Raketen zu haben, fiel der Lenkwaffenkreuzer mit 220 Metern recht lang aus, so dass der Rumpf bei nur 21,8 Metern Breite ziemlich grazil wirkt. Alles andere als gedrungen sieht die „Long Beach“ auch wegen ihrer hohen Aufbauten aus. Zum Zeitpunkt ihrer Indienststellung vor 50 Jahren, am 9. September 1961, gab es bei der US Navy nur noch bei den Flugzeugträgern derart hohe Brücken. Die Ursache liegt im sonst nur noch beim Flugzeugträger „Enterprise“ verwendeten Hochleistungs-Radarsystem, das nicht mit drehenden, konventionellen, sondern mit großen, blanken Flächenantennen arbeitete. Um den Schwerpunkt nicht zu hoch geraten zu lassen mit all den daraus resultierenden negativen Wirkungen auf die Stabilität, wurden rund 450 Tonnen des leichten Aluminiums verarbeitet, was dem Schiff das Rufsignal „Alcoa“ einbrachte, eine Abkürzung von Aluminium Company of America (Amerikas Aluminium-Unternehmen).

Wie bei diesem Radarsystem wurden auch ansonsten bei der „Long Beach“ keine Mühen und Kosten



USS „Long Beach“ Bild: Archiv

gescheut, die Selbstverteidigungs- und damit Überlebensfähigkeit zu stärken. Das Schiff war vollgestopft mit modernsten Verteidigungswaffen, hatte es doch nur das eine, aber dafür strategisch wichtige Ziel, so lange wie möglich als Abschussbasis für einen atomaren Schlag zur Verfügung zu stehen.

Schließlich doch nicht mit Atomwaffen ausgerüstet, musste für die „Long Beach“ eine neue Verwendung gefunden werden. Einseitig mit Verteidigungswaffen ausgestattet, bot sich die Verwendung in einem arbeitsteiligen Verband an. Sie wurde der Atlantikflotte zugeteilt. Um die Vorteile des Nuklearantriebs optimal nutzen zu können, vereinigte die US Navy die „Long Beach“ 1964 mit der „Enterprise“, der „Bainbridge“ und der „Seawolf“ zur ersten nuklear getriebenen Task Force der Welt.

Nach einer Nachrüstung mit Angriffswaffen, war die „Long Beach“ auch alleine sinnvoll einsetzbar. Im Vietnamkrieg nutzten die US-Amerikaner ihre überlegene Radar- und Raketentechnik. Insbesondere im Golf von Tonkin wurde sie zur Radarüberwachung und Flugzeugleitung eingesetzt. 1968 gelang ihr als erstem US-Schiff der Abschuss feindlicher Flugzeuge mittels Lenkwaffen.

Den letzten Kriegseinsatz gab es 1991, als die „Long Beach“ die US-Operation „Desert Storm“ unterstützte. Es folgte nach einer erneuten Überholung bis zur Außerdienststellung im Jahre 1995 eine Verwendung in der Bekämpfung des Drogenschmuggels. *M.R.*

Schulden mit Schulden besichern

Europäische Zentralbank wandelt auf den Spuren des Finanzjongleurs in Frankreichs Diensten John Law

Dass aus der Geschichte gelernt wird, ist leider allzu oft nur ein Trugschluss. Schaut man auf die Euro-Rettung der Gegenwart fragt man sich, wer auf die Idee gekommen ist, Bürgschaften verschuldeter Euro-Länder als „Sicherheit“ auszugeben. Aber ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass es durchaus nicht ungewöhnlich ist, Schulden mit Schulden zu besichern.

Der Schotte John Law ist wohl eines der schillerndsten Beispiele für spektakuläre Finanzkonstrukte. Bis heute ist ungeklärt, ob er eher Finanzgenie oder Spieler war, denn es gilt als unbewiesen, ob sein Versuch, Schulden mit Schulden zu begleichen, nicht gut gegangen wäre, wenn die von ihm als Direktor zu einer kurzzeitigen Blüte geführte Mississippi-Kompanie in der französischen Kolonie Louisiana tatsächlich Gold gefunden hätte. Allerdings waren die Voraussetzungen hierfür von Beginn an schlecht, denn das Geld, das er durch Ausgabe der Aktien der Mississippi-Kompanie einnahm, floss statt in die Erschließung der Kolonie in den überschuldeten französischen Staatshaushalt. Also doch bloß ein kurzzeitig zu Ruhm und Anerkennung gelangter Spieler?

Jedenfalls begann die Karriere des 1671 geborenen Sohnes des Innungsmeisters der Goldschmiede von Edinburgh und Geldverleihers William Law auf diese Weise. Nach dem frühen Tod des Vaters 1688 machte sich der junge Mann auf nach London, um dort Bankier zu werden. Er lernte fleißig und wendete die verschiedenen Finanztheorien und Erkenntnisse über Wahrscheinlichkeiten in der Praxis beim Glücksspiel an, wobei er leider früh feststellen musste, dass Theorie und Praxis nicht immer übereinstimmen. Schnell hatte er seinen Erbteil verspielt und da er bei einem Duell auch noch seinen Kontrahenten getötet hatte, musste er schnellstens das Land verlassen. In Amsterdam mischte er sich unter die dortigen Händler und stellte schnell fest, dass der Handel durch die begrenzte Menge an Münzgeld, sprich Gold und Silber, künstlich eingeschränkt wurde. Also schlug er vor eine Bank zu gründen, die mit Edelmetallen, aber auch mit Land besicherte Banknoten ausgibt. Die nüchternen Amsterdamer Handelsherren konnten mit dem aus ihrer Sicht wenig seriösen Law nicht viel anfangen und wiesen ihm die Tür. In Frankreich beim durch zahlreiche Kriege unter anderem mit Großbritannien und durch teure Hofhaltung massiv überschuldeten Ludwig XIV. hoffte Law, mehr Glück zu haben, doch dem Sonnenkönig war Law vor allem suspekt, weil er kein Katholik war. Ludwig XIV. verringerte lieber weiter den Edelmetallwert in sei-



John Law Bild: Archiv

nen Münzen als sich auf ein Finanzabenteuer mit einem Briten einzulassen. Law reiste daraufhin durch Europa und wurde immer sicherer im Spiel und „erarbeitete“ sich auf diese Weise ein Vermögen, während er nebenbei seine Finanztheorien publizierte.

Als der Sonnenkönig 1715 starb, hinterließ er einen Schuldenberg, bei dem allein die Zinszahlungen mehr als halb so hoch waren wie die Gesamtsteuereinnahmen. Der Herzog von Orléans, der zu diesem Zeitpunkt die Regentschaft für den noch unmündigen Ludwig XV. ausübte, hatte deshalb für jeden, der ihm vorschlug, wie Frankreich wieder zu Geld kommen könnte, ein offenes Ohr. Und im Grunde hörte es sich doch gar nicht so windig an, mit Edelmetall und Land besicherte Banknoten herauszugeben. Und da Law auch anbot, Staatsanleihen gegen Banknoten umzutauschen, erhielt er 1716 die Erlaubnis zur Gründung der Banque Générale. 1718 kaufte der Staat die gut laufende Bank auf und nannte sie fortan Bank Royale, deren Führung Law innehatte. Und auch die Leitung der Handelsgesellschaft Compagnie d’Occident, der Mississippi-Kompanie, wurde ihm angetragen. Und Law hatte die Idee, dass der Staat Aktien für die mit zahlreichen Monopolen sowie Aussicht auf Gold und Geld ausgestattete Mississippi-Kompanie herausgibt, um so Geld hereinzubekommen, um zumindest seinen Staatshaushalt am Laufen zu halten. Nach einigen Anfangsschwierigkeiten – irgendwie wollten die vermögenden, zumeist adligen Franzosen ihr Geld nicht in eine Region investieren, in der nur etwa 500 Landsleute und einige Indianer lebten – zündete der Funke dann doch. Der Kurs einer Aktie stieg zeitweise um 4000 Prozent. Law druckte immer mehr Papiergeld, das mit Versprechen auf Louisianas goldene Zukunft „besichert“ war. Viel billiges Geld sorgte allerdings für Inflation. Und dann wollten auch immer mehr Anleger Kasse machen und verkauften ihre Aktien zu einem Zeitpunkt, als langsam klar wurde, dass Louisiana gar nicht das Schlaraffenland war, als dass Law es darstellte. Die Kurse und das Vertrauen in die Banknoten brachen ein. Der Herzog von Orléans musste den Kritikern Laws endlich nachgeben und entließ ihn 1720 aus all seinen Ämtern. Die französischen Staatsfinanzen galten also offiziell wieder als zerrüttet, nur dass inzwischen viele vormals vermögende Franzosen ihr Vermögen verloren hatten und zumindest kurzfristig den Staatshaushalt mit ihrer von Law entfachten Gier finanziert hatten. Zudem war die Idee des Papiergeldes erst einmal weltweit in Verruf geraten.

Im Gegensatz zu den Euro-Rettern der Gegenwart konnte Law allerdings nicht auf eine gute Pension setzen und verstarb 1729 verarmt in Venedig. *Rebecca Bellano*



Gegenstand einer Investitionsblase im 18. Jahrhundert: Niederlassung der Mississippi-Kompanie Bild: Archiv

Klassen-, aber nicht stufenlos

Vor 60 Jahren stiftete der Bundespräsident den Bundesverdienstorden

Stärker noch als die Weimarer Republik nach dem Kaiserreich verstand sich die Bundesrepublik nach dem Dritten Reich als ziviles, bürgerliches, friedfertiges Gegenmodell zu dem als militaristisch empfundenen Vorgängerstaat beziehungsweise -system. Hierzu gehörte ein sehr sparsamer Umgang mit Uniformen, Orden und anderen Staatssymbolen. Während Weimar gänzlich auf Orden verzichtete, kam die Bundesrepublik nur zwei Jahre ohne aus. Anfänglich versuchte Nachkriegswestdeutschland, statt mit Orden mit wertvollen Sachgeschenken seinen Dank zum Ausdruck zu bringen.

Der erste Bundespräsident Theodor Heuss monierte jedoch, dass Porzellanservice oder Ähnliches sich ja nicht an den Frack hängen ließen. Auch der erste Bundeskanzler Konrad Adenauer vermochte einem Verdienstorden des neugeschaffenen Staates Positives abzugewinnen. Wäre er doch eine Hilfe, „breite Volksschichten in eine innere Verbundenheit zum heutigen Staat zu bringen“. Gerade diese fehlende Anhänglichkeit der Bevölkerung war der ordenslosen Weimarer Republik ja schließlich zum Verhängnis geworden. Nicht umsonst spricht man bezüglich Weimar von einer Republik ohne Republikaner.

Auch die sozialdemokratische Opposition stand einem Verdienstorden nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber. Wenn es denn aber den Sozialdemokraten wegen Adenauers Wahlerfolgen schon nicht vergönnt war, kurzfristig in Deutschland die klassenlose Gesellschaft zu realisieren, so wollten sie diese doch wenigstens in der Ordensgemeinschaft realisiert sehen. Spätestens Weimar hatte gelehrt, dass nationale Symbole nur dann integrierend wirken können, wenn über sie Konsens besteht, und so wurde aus Rücksicht auf die Sozialdemokraten auf die bei Orden meist übliche Klasseneinteilung verzichtet.

> »Porzellanservice lassen sich nicht an den Frack hängen«

Am zweiten Jahrestag der Bundesrepublik Deutschland stiftete deren oberster Repräsentant „in dem Wunsche, verdienten Männern und Frauen des deutschen Volkes und des Auslandes Anerkennung und Dank sichtbar zum Ausdruck zu bringen“, den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland. Da ungeachtet der von den Sozialdemokraten gewünschten Klassenlosigkeit einige Ordensträger gleicher sein sollten, wurde als (verlogene) Lösung eine ungewöhnliche Einteilung in Stufen gewählt, wobei man sich mehr oder weniger an der traditionellen Klasseneinteilung orientierte und im Laufe der Anfangsjahre zusätzliche Stufenunterteilungen einführte.

Ursprünglich stand ganz unten das Verdienstkreuz am Bande. Es folgte das an der Brust zu tragende Steckkreuz, das später in Verdienstkreuz 1. Klasse umbenannt wurde.

Oberhalb des Verdienstkreuzes rangiert das Große Verdienstkreuz. Dieses Große Verdienstkreuz wird von Herren am Halsband und von Damen an der Damenschleife getragen. Das nächstfolgende Große Verdienstkreuz mit Stern beinhaltete einen zusätzlichen vierzackigen Bruststern und wurde 1952 noch einmal unterteilt in das Große Verdienstkreuz mit Stern und das Große Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband.

Es folgt das Großkreuz. Bei ihm ist der Bruststern sechszackig und das Schulterband mit Bundesadlern durchwirkt. An der Spitze steht seit 1955 die Sonderstufe des Großkreuzes. Bei ihr hat der Stern acht Spitzen und sind die Bundesadler auf der Schärpe seit 1977 von Hand gestickt. Die Sonderstufe wird grundsätzlich nur an amtierende Staatsoberhäupter und deren Ehegatten verliehen. Eine Ausnahme bildet Michail Gorbatschow, der bei seiner Auszeichnung 1999 schon nicht mehr Staatsoberhaupt war.

Wie bereits im Zusammenhang mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern erwähnt, tauchte in den Jahren nach der Stiftung des Verdienstordens der Wunsch nach zusätzlichen Unterteilungen beziehungsweise Ausdifferenzierungen auf. Obwohl Adenauer sicherlich der für die Bundesrepublik prägendste Deutsche war, war für ihn mit dem Großkreuz grundsätzlich Schluss, da er nie die Weihen eines Staatsoberhauptes erreichte. Allerdings wurde für ihn 1954 ein Großkreuz in besonderer Ausführung geschaffen. Bei diesem ist der goldene Schild mit dem Bundesadler im Zentrum des gold eingefassten roten Kreuzes von einem ebenfalls goldenen Lorbeerkranz umgeben. Zudem ist die Rückseite des Schulterbandes rot unterfüttert. Außer Adenauer wurde auch dessen selbsternannter Enkel Helmut Kohl zum Abschluss von dessen politischer Karriere 1998 auf diese besondere Weise geehrt.

Auch am unteren Ende der Skala wurde das Stufensystem weiter ausdifferenziert. Als neues Einstiegsmodell wurde 1955 die Verdienstmedaille geschaffen. Zusätzliche Exklusivität für die höheren Stufen wurde 1966 durch die Einführung strengerer Maßstäbe für die Ordensverleihung geschaffen, welche das Überspringen von Ordensstufen zur Ausnahme machte. *Manuel Ruoff*

Einrichten im Status quo

Am 3. September 1971 schlossen Deutschlands Besatzungsmächte im vormals vom Alliierten Kontrollrat genutzten Preußischen Kammergericht das Viermächteabkommen über Berlin. In diesem ersten Regierungsabkommen der Alliierten seit Beginn des Kalten Krieges erklärten die Westmächte zwar, „dass die Bindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland aufrechterhalten und entwickelt werden“, räumten aber ein, „dass diese Sektoren so wie bisher kein Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland sind und auch weiterhin nicht von ihr regiert werden“.

Voraussetzung für das Transitabkommen

Als Gegenleistung garantierte die sowjetische Besatzungsmacht nicht nur den ungehinderten Transitverkehr zu Lande und zu Wasser zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik, sondern sicherte auch zu, „dass dieser Verkehr erleichtert werden wird“. Des Weiteren erklärte sich die russische Seite zu Reiseerleichterungen für die West-Berliner bereit.

Das Abkommen trat mit der Unterzeichnung des Schlussprotokolls am 3. Juni 1972 in Kraft und damit am selben Tag wie das deutsch-deutsche Transitabkommen, in dem die deutschen Teilstaaten Details klärten. *M.R.*

»Preußens Mitte ist wiederhergestellt«

Harmonische Hochzeit von Georg Friedrich von Preußen und Sophie Prinzessin von Isenburg

Vom Brautpaar anfangs nur für einen privaten Kreis geplant, geriet die Hohenzollernhochzeit von Georg Friedrich Prinz von Preußen (35) und Sophie Prinzessin von Isenburg (33) letzten Sonnabend bei aller bürgerlichen Bescheidenheit des Paares zum dreistündigen Medienereignis. Tausende Zaungäste kamen und schwenkten Preußenfahnen. Die Trauung von Potsdam wirkte als internationale Charmeoffensive des Preußentums, für die manche Zuschauer ab 8 Uhr morgens anstanden.

Das Paar hätte es gerne unauffälliger gehabt. Beide leben und arbeiten in Berlin, ohne Schloss und mit viel sozialem Engagement, insbesondere im Rahmen der Prinzessin Kira von Preußen Stiftung. Doch der prinzliche Bräutigam und Ururenkel des letzten deutschen Kaisers ließ sich von den öffentlichen Erwartungen zu einer Fernsehübertragung seiner „Hochzeit in Potsdam“ bewegen. So gab der „Rundfunk Berlin-Brandenburg“ (RBB) am 2. August die Entscheidung bekannt, die ökumenische Eheschließung aus der Friedenskirche zu übertragen, und zwar live und mit Kommentierung durch den sonst über Europas Könige berichtenden Adelsexperten Rolf Seelmann-Eggebert. Auch wenn das Haus Preußen offiziell keine royale Würde ausübt, würdigten die Kommentatoren das „gesellschaftliche Großereignis“. Das war nicht nur gemessen am Rauschen im Blätterwald des Boulevard richtig, sondern maß sich vor allem am Zuspruch vieler Menschen vor Ort und an den Bildschirmen. Der RBB erreichte mit der Übertragung 160000 Zuschauer. Das entspricht einem Marktanteil von 18,6 Prozent. Sonst sind es auf dem 11-Uhr-Sendeplatz 2,6 Prozent. Kritik an der Übertragung der „Privathochzeit“ durch die Linkspartei und einige SPD-Politiker fand so kaum Widerhall. Der RBB mühte sich vergebens, vor Ort republikanische Stimmen einzufangen. Der geladene Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) betonte nicht etwa den in Einspielfilmen Preußen pauschal unterstellten „Militarismus“, sondern die Rechtsstaatlichkeit als Preußens Erbe: „Wir denken bei Preußen vorschnell an Stechschritt und Pikkelhaube – ein bisschen Gelassenheit würde uns guttun.“


Bild: Klaus-Dietmar Gabbert / dapd

In aller bürgerlichen Bescheidenheit: Der Chef des Hauses Hohenzollern mit seiner frisch Angetrauten

Ganz gelassen entstieg um 12 Uhr die Braut im eigens vom Designer Wolfgang Joop entworfenen sowie aus italienischer und französischer Seide gearbeiteten Kleid einem silbergrauen Rolls Royce. Der Farbton der Robe, „Whisper White“ („weißes Raunen“), musste eigens dem Familienerbstück der Isenburgs, dem um 1830 gefertigten Schleier der Braut, angepasst werden. Laut dem ganz in Rot erschienenen Modeschöpfer Joop ist dies die „Olympiade der Haute Couture“, ein Kleid, das die Hersteller „an den Rand des Wahnsinns getrieben“ habe. Joop ließ sich nach eigenen Angaben für die Kreation aus 60 Meter Seide, Tüll und Organza seiner Marke Wunderkind durch die Fontäne des Schlosses Sanssouci inspirieren sowie durch die „herbe und romantische Schönheit“ der Prinzessin. Als weiteres Symbol adligen Traditionsverständnisses trug die Braut das seit 1860 den weiblichen Isenburgs vorbehaltene Familiendiadem mit Brillanten und Diamanten. Ihr Bolerojäckchen lieferte Anklänge an die sonst bei der Feier ausgesparte Militärmode – der Bräutigam erschien im Cut, begleitet von Mutter Donata Herzogin von Oldenburg und Schwester Prinzessin Cornelie-Cecilie. Auch sonst dominierten zurückhaltende Farbtöne in Pastell, modische Fauxpas – Fehlanzeige.

Die vom RBB befragten Zaungäste interessierten sich aber mindestens so für die „kaiserliche Herkunft“ des Bräutigams wie für Fragen der Mode. Ein Zugereister bekannte sich als „Monarchist“, eine Frau betonte: „In einer Republik ist es schön, wenn jemand etwas Glanz entfaltet.“ Versuche der Moderatoren, das große öffentliche Interesse allein auf den Prinzessinneneffekt zu reduzieren, verfingen nicht. Potsdam war im royalen Fieber, vergessen der Buttersäureanschlag auf die Kirche am Tag vor der Trauung. Kaum beachtet blieben auch die Störer am Rande.

Fanfarenklänge begleiteten indes die Braut an der Seite ihres Vaters Franz Alexander Fürst von Isenburg zum Altar. Dort gab sich das Paar in der blau-weiß mit Schleierkraut und Rittersporn geschmückten Friedenskirche das Jawort über der königlichen Gruft ihres Erbauers, Friedrich Wilhelm IV. So „wird die Tradition über den Gräbern der Vorfahren weitergegeben“, sagte der evangelische Pastor Michael Wohlrab. Er führte zusammen mit Abt Gregor Henckel von Donnersmarck, Onkel des Oscar-Preisträgers Florian Henckel von Donnersmarck, die Trauung zwischen der katholischen Braut und dem protestantischen Preußenspross durch. „Die Mitte Preußens ist wiederhergestellt durch diese Hochzeit, sie gehören nicht nach Baden-Württemberg oder Bremen, sondern hierher“, wertete Seelmann-Eggebert das Ereignis.

Der weitere Gottesdienst legte Zeugnis ab für die „preußische Toleranz“, die der mit dem Paar befreundete Pastor Wohlrab beschwor: Unter den geladenen Gästen waren neben dem britischen auch der israelische Botschafter, der neben dem jordanischen Prinzenpaar saß. Gemeinsam lauschten die 650 Gäste jüdischen Gesängen, aber auch dem „Prinz-von-Dänemark-Marsch“ sowie Kompositionen preußischer Herrscher. Preußische Toleranz zieht sich als roter Faden auch durch das soziale Engagement des Paares, so in der Friedensarbeit mit israelischen und palästinensischen Jugendlichen.

Auch wenn der seit dem Tode von Louis Ferdinand Prinz von Preußen 1994 schwelende Erbstreit im Hause Hohenzollern die Gästeliste verkürzte, tat dies der bürgerlich-königlichen Harmonie und dem Erscheinen vieler Gäste des Hochadels keinen Abbruch. Eine Sandkastenliebe hat zusammengefunden: „Ihr kennt Euch seit 30 Jahren, sogar als Kinder habt Ihr miteinander gespielt, als es weder Mobiltelefon noch Twitter gab und Potsdam in einem anderen Land lag, getrennt durch eine Mauer“, so Wohlrab. Die Hohenzollernhochzeit setzte die Reihe royaler europäischer Trauungen der letzten Jahre würdig fort, besiegelt von einem flüchtigen Kuss vor dem Kirchenportal – „one more“, „nochmal“, riefen die Journalisten. *Sverre Gutschmidt*

Ein bisschen wie bei Louis XIV. in Versailles

Arbeitsgemeinschaft Schlössernacht und Stiftung Preußische Schlösser und Gärten luden nach Sanssouci

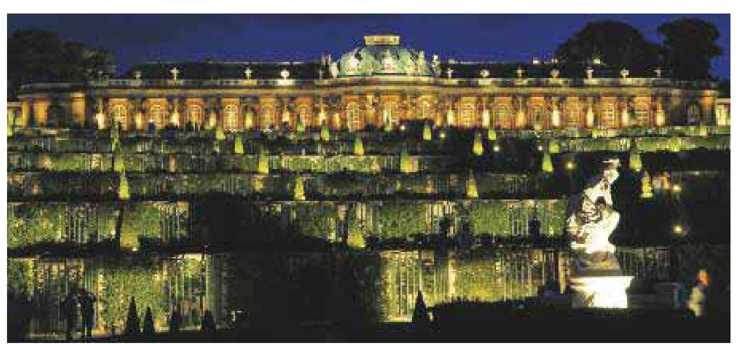
Ein bisschen wie in Versailles zu Zeiten des Sonnenkönigs war es. Prachtvollste Illuminierung der Schlösser und des gesamten Parks erwarteten die lustwandelnden Gäste, die von der Arbeitsgemeinschaft Schlössernacht und der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten zur 13. Potsdamer Schlössernacht nach Sanssouci eingeladen worden waren.

33000 Eintrittskarten zu einem Preis von je 42 Euro wurden verkauft und so flanierten Tausende zwischen barock kostümierten Darstellern durch die weitläufigen Anlagen. Über die frisch restaurierte Tritonenbrücke ging es zur großen Fontäne und überall konnte man klassischer Musik lauschen oder Aufführungen historischer Tänze, Lesungen oder Theaterstücken beiwohnen.

An 38 Spielorten zeigten etwa 350 Akteure ihre Kunst. Sonderführungen der Stiftungsmitarbeiter ermöglichten neue Einblicke auch für Sanssouci-Kenner und erstmals gab es eine Führung für Gehörlose.

Wenn sich einem plötzlich der Freiherr von Knigge in den Weg stellte und mit gestelzter Begrüßung seine bei Friedrich dem Großen abgelehnte Bewerbung als Kammerherr erklärte – denn der König umgab sich lieber mit französischen Zeitgenossen –, fühlte man sich vollends im Zeitalter Voltaires angekommen.

Das beleuchtete Weinbergschloss zog alle in den Bann. Ein Traum in Grün-Rot-Golden. Fast wie im Märchen. Auf der Bühne vor den Jubiläumsterrassen der Orangerie spielte das Kontrabass-Ensemble „Bassiona-Amorosa“ aus München, das in der New Yorker Carnegie-Hall die Hörer zu stehenden Ovationen animiert hatte. Auf den 300. Geburtstag Friedrichs im kommenden Jahr sollte das Theaterstück „Seiner Majestät Ihro königliche Inspektion“, aufgeführt vom Schauspielensemble „Alles & Mehr“ auf einer Bühne am Neuen Palais vorbereiten. Die direkt gegenüberliegenden „Communs“, die Wirtschaftsgebäude, in denen auch gekocht wurde, waren Inhalt des Stückes, das sich mit Fragen zum Ablauf des königlichen Soupierens befasste.


Potsdamer Schlössernacht: Blick über die Terrassen zum Schloss Sanssouci Bild: SPSG / Wolfgang Pfauder

Einen Höhepunkt bildete neben dem fulminanten Feuerwerk nach Mitternacht das bereits seit April ausverkaufte Vorabendkonzert vor dem Neuen Palais. Hier überzeugte die Ungarische Nationalphilharmonie unter der Leitung von Zoltán Kocsis mit Werken von Liszt, Tschaikowsky und Dvorak das begeisterte Publikum. 4800 Besucher waren allein deshalb nach Sanssouci gekommen.

Wie in jedem Jahr unterstützen die Besucher der Schlössernacht mit dem Erwerb ihrer Eintrittskarte auch die Restaurierung der Schlösser und Gartenanlagen in Sanssouci.

In diesem Jahr konnte dank der Spendengelder aus dem Kartenverkauf die Wiederherstellung der Marmorbalustrade im Sizilianischen Garten in Angriff genommen werden. Der von Peter Joseph Lenné für Friedrich Wilhelm IV. zwischen 1857 und 1860 angelegte Sizilianische Garten ist begrenzt durch eine Treibmauer, an der sich oben eine Balustrade aus schlesischem Marmor aus Groß Kunzendorf befand. Seit der friedlichen Revolution stand hier ein Maschendrahtzaun zur Absicherung der Gäste, da die Gefahr bestand, dass man von dem stark geschädigten Bauwerk in den darunterliegenden Garten stürzen könnte. Schon 2010 wurden Teile der Anlage, insbesondere zwei Figurengruppen der Seelöwenfontäne, durch Schlössernachtmittel restauriert. In diesem Jahr betrug die Fördersumme für das marmorne Gartenkunstwerk 254000 Euro. Ein Abschluss der Arbeiten ist für das Frühjahr 2012 vorgesehen.

Insgesamt eine illustre Nacht, majestätisch und pompös. Ein guter Auftakt zum kommenden Jubiläumsjahr. *Silvia Friedrich*

Enthüllungen am Todestag

Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) hat den 225. Todestag Friedrichs des Großen mit einem morgendlichen kleinen Festakt an seiner Gruft auf der Terrasse von Schloss Sanssouci gewürdigt. In alter Tradition legte der Generaldirektor Hartmut Dorgerloh einen Lorbeerkranz nieder. Er erinnerte daran, dass vor 20 Jahren der Preußenkönig dort seine letzte Ruhestätte gefunden hat.

Bei dieser Gelegenheit präsentierte die Stiftung zwei Marmorkopien antiker Figuren an der Südfassade des Schlosses zur Gartenseite hin. Die Originalstatuen waren Teile aus der Sammlung des Kardinals Melchior de Polignac, die vom Preußenkönig 1742 erworben wurde.

Die reich mit Bacchanten aus Sandstein geschmückte Gartenfassade des Schlosses wurde so durch zwei antike Statuen, einen jugendlichen römischen Senator in der westlichen und einen jugendlichen Bacchus in der östlichen Nische, ergänzt.

Sanssouci sei eine Anlage, die sich häufig zwischen zwei Polen bewege, so Dorgerloh. Das Schöne mit dem Nützlichen zu verbinden, zeige sich auch in den beiden Antiken. Einmal sei hier das Dionysische, die Lust und das Vergnügen, andererseits die Pflicht und die Staatskunst zu erkennen.

„Marmor ist für unsere nördlichen Breiten ein schwieriges


Hartmut Dorgerloh mit der Statue des Senators Bild: Friedrich

Material“, erläuterte Kathrin Lange, die Leiterin der Skulpturenwerkstatt. „Marmorstrukturen werden in sich zerstört, so dass Figuren in sich zusammenfallen wie Zucker.“

Deshalb wurden die beiden Antiken um 1830 mit der Gründung des Antikenmuseums in Berlin dorthin überführt. Friedrich Wilhelm IV. gab in der Folgezeit Kopien der Originale in Auftrag, die 1846 aufgestellt wurden. Doch auch an ihnen nagte der Zahn der Zeit und so wurden 1929 Kunststeinabgüsse nach Werken von Jean Pierre Antoine Tassaert aus den Neuen Kammern an der Schlossfassade aufgestellt. Der inhaltliche Bezug zu den Originalen fehlte nun jedoch gänzlich. Vor zehn Jahren wurden auch diese Figuren aufgrund ihres desolaten Zustandes entfernt und so blieb es vorerst.

Dank einer Erbschaftsspende aus dem Jahre 2005 konnte dann eine Wiederherstellung des Fassadenschmuckes in Angriff genommen werden. Von den Originalen aus der Antikensammlung in Berlin wurden Gipsabgüsse gefertigt. Die Dresdner Bildhauer Stefan Dürre und Frank Schauseil schufen daraus fantastische Kopien zur Freude aller künftigen Besucher.

Dorgerloh und sein Vorgänger Hans-Joachim Giersberg enthüllten gemeinsam die Statuen, für deren Anfertigung sich die Kosten auf insgesamt 180000 Euro beliefen. *S.F.*

Entlastendes würde das heutige politische Gebäude zerstören

Zu: „Verlag zieht Miegel-Buch zurück“ (Nr. 32)

Nachdem im Frühjahr 2011 der Name Agnes Miegel aus dem Straßenverzeichnis von Celle gelöscht wurde, fragte ich bei der Stadt nach der Berücksichtigung des Entnazifizierungsbeschlusses nach.

In der Antwort des SPD-Oberbürgermeisters Dirk-Ulrich Mende lautet der Kernsatz: „Auch in den Fällen, in denen ein sogenanntes Entnazifizierungsverfahren durchgeführt wurde mit dem Ergebnis, dass Personen aus der damaligen Zeit als ‚entlastet‘ galten, sind nach den heute anzulegenden Maßstäben für die Vorbildeigenschaft im Zusammenhang mit einem demokratischen Rechtsstaat womöglich höhere Anforderungen zu stellen.“

Inzwischen las ich die Jahresgabe 2011/12 der Agnes-Miegel-Gesellschaft, die für den Handel verboten wurde.

Der Grund soll der Schriftsteller Hans Grimm (dort S. 40) gewesen sein, der selber keiner Partei angehörte und daher nicht vom Entnazifizierungsverfahren betroffen war. Unaufgefordert gab er am 3. Januar 1949 ein eigenes Votum ab.

Nicht Hans Grimm persönlich scheint das „Übel“ zu sein, sondern sein Entlastungsschreiben über Agnes Miegel. Das Verbot passt genau zu der Erklärung des Celler Oberbürgermeisters. Bezeichnet man Miegel als Anbeterin Hitlers, ist einem die Anerkennung sicher. Entlastungen, wie hier im Buch zu lesen, würden das heutige politische Gebäude zerstören.

Es ist nun mal eine Tatsache, dass kein Mensch 1964 die politische Ansicht im Jahre 2010 beurteilen konnte, zumal er sich 47 Jahre nach seinem Tod nicht selbst persönlich vom NS-Regime distanzieren kann. Was geschieht also mit Willy Brandt, der 1961 als Regierender Bürgermeister von Berlin die hoch geehrte Dichterin in Bad Nenndorf besuchte?

Die Geschichte wurde einfach umgebaut, und nicht nur die hochgelobte Meinungsfreiheit zugunsten einer versteckten Diktatur eingeschränkt, sondern damit auch ein Stück deutscher Kulturgeschichte vernichtet – ein gutes Verfahren, um Mehrheiten zu „züchten“, die dann in die sogenannte Demokratie eingeordnet werden können.

Aber: Demokratie kann man nicht nur leben, lieben und verteidigen, Demokratie muss man auch ertragen können, und das muss wohl erst von der politischen Meinungsbildung gelernt werden.

Elisabeth Krahn, Celle

Nicht geschatzt

Zu: „Tottenham war nicht der Anfang“ (Nr. 33)

Anders als Ihr Autor meint, ist in London gewiss niemand „brandschatzend“ umhergezogen. Eine „Brandschatzung“ ist das durch Drohung mit Plünderung und Zerstörung bewirkte Erpressen einer Geldabgabe; bis ins 19. Jahrhundert eine gebräuchliche Form der Kriegführung. „Schatzung“ ist der altertümliche Ausdruck für Besteuerung; denken Sie an den „Schatzkanzler“ in England und an Luthers Übersetzung der Weihnachtsgeschichte, dass „alle Welt geschätzet werde“.

Zu einer letzten Brandschatzung kam es im Juli 1866, als Preußens General von Manteuffel die bislang Freie Stadt Frankfurt mit Beschießung und Plünderung bedrohte, um die Zahlung von 25 Millionen Gulden sowie die Lieferung von 60000 Paar Schuhen zu erzwingen.

Carz Hummel, Wedemark

Im Atlantikhotel

Zu: „Einzigartige Unikate“ (Nr. 29)

Zur Cadiner Baukeramikausstellung: Hamburger oder Gäste der Hansestadt können Cadiner Schmuckkacheln auch im Elbtunnel bewundern, dazu Kaiser Wilhelm II. in Marineuniform auf Cadiner Fliesen in der Eingangshalle seines gern besuchten Hotels Atlantik.

Die Engländer hatten 1945 das Fliesenbild übermalt und erst in den 80er Jahren wurde es freigelegt. Vor Jahren hatten wir das „Wohnen übers Wochenende“ gewonnen, weil ich wusste, wer auf den Fliesen dargestellt ist. Wir konnten eine Suite beziehen und man zeigte uns viele Zimmer im Hotel, die alle verschieden eingerichtet waren. Die alten großen Kleiderschränke aus Kaiserzeiten stehen in den Fluren – und Udo Lindenberg wohnt für immer und ewig im Hotel.

Ilsegret Böhm, Hamburg

West-Vertriebene

Zu: *PAZ* – Lob und Kritik

Als jahrelanger treuer Leser Ihrer Zeitung erlaube ich mir ein Lob und eine Kritik. Zuerst das Lob: Ihre Zeitung ist die beste in ganz Deutschland! Sie klärt von anderer Seite auf, sie packt Themen an, die die anderen Zeitungen nicht erwähnen, sie schreibt über viele geschichtliche Ereignisse, die sonst der Vergessenheit anheimfallen würden. Ihre Zeitung ziehe ich der „Welt“ und dem „Spiegel“ vor. Aber, glauben Sie mir, Ihre Zeitung ist in Frankreich sehr schwer zu bekommen.

Zweitens die Kritik: Nie habe ich bisher in Ihrer Zeitung – ich habe Hunderte gelesen – etwas gefunden über die Vertriebenen der deutschen Westgebiete, besonders über das Schicksal der deutschen Elsass-Lothringer. Habe ich das überlesen? In alter Verbundenheit!

Dr. H. v. Brühl-Rauls, Merlimont, Frankreich



Kein Leserbrief: General Manteuffels Forderung einer Kriegskontribution von der Stadt Frankfurt am Main aus dem Deutschen Krieg 1866 – in Schönschrift

Bild: Wikipedia

Lasche Gesetzgebung

Zu: „Kaltblütig“ (Nr. 30)

Meines Erachtens hat der Massenmörder Anders Behring Breivik bei seinen abscheulichen Taten sowie bei seinem Sich-Festnehmen-Lassen, statt sich die Kugel zu geben, die lasche Gesetzgebung des norwegischen Staates einkalkuliert. (Eine Gesetzgebung, die der unseren sehr ähnlich ist!) Wie ich der Berichterstattung entnehmen konnte, kann das Monster als „Höchst“-Strafe nur zu 21 Jahren Haft verurteilt werden; bei einer Anklage wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit höchstens zu 30 Jahren. (Das ist zwar etwas mehr als das lächerliche Strafmaß, das bei uns zu „Lebenslänglich“ verurteilte Mörder beziehungsweise Mehrfachmörder mit „besonderer Schwere der Schuld“ abzusitzen brauchen. Die andere Mörderkategorie kommt ja in der Regel sogar nach 15 Jahren frei.)

Breiviks Kalkulation: Mit 53 oder 62 Jahren wieder frei! Und dann, da Norweger die höchste Lebenserwartung besitzen, lässt es sich noch 30 bis 35 Jahre als ehemaliger Massenmörder gut leben und den alten – oder dann neuen – Hass- und Mordideologien frönen. Man kann nur hoffen – da betagte Mörder in unseren täterfreundlichen Demokratien ja gern für verhandlungs- und/oder haftunfähig erklärt werden –, dass Breivik dann nicht nochmals zu Sprengmitteln und Waffen greift, weil er danach ja gar keine Sanktionen zu befürchten hätte.

Es sollte übrigens ein Grund zum Nachdenken sein, warum – jedenfalls im privaten Bereich – nur Demokratien oder jene, die sich dafür halten, solche Schwerstverbrecher hervorbringen. Ich bleibe dabei: Bei einer stringenteren Gesetzgebung – etwa lebenslänglich ohne Begnadigungsmöglichkeit – hätte Breivik diesen Massenmord nicht begangen.

Und dem abgedroschenen Argument, in den USA mit wirklichem Lebenslänglich oder Todesstrafe gäbe es trotz dessen Mörder und Massenmörder, kann ich nur entgegenhalten: Ohne diese Konsequenz – eine harte Gesetzgebung – gäbe es noch weit mehr Täter in den USA!

Was ist bloß aus dem Norwegen geworden, das nach 1945 gegen NS-Verbrecher mehr Todesurteile verhängt hat als der Nürnberger Gerichtshof (30 zu 12) und 20120 Kollaborateure für lange Zeit ins Gefängnis gesteckt hat?

Und was das liberale – sprich täterfreundliche – Europa generell betrifft:

Ein Europa, das bei Massenmord zu keiner anderen Reaktion fähig ist, als den Massenmörder in einer komfortablen „U-Haft“ unterzubringen, in der er mit „Herr“ angeredet wird, ein wöchentliches Taschengeld erhält und später in einer Haftanstalt eingesperrt wird, in der er heiraten, bei Bedarf den Staat verklagen und der Mätzchen mehr darf und bei erheuchelter „guter Führung“ nach 20 bis 30 Jahren wieder frei kommt und das Leben, das er seinen vielen Opfern auf brutalste Weise genommen hat, wieder genießen darf, ein solches Europa ist – früher oder später – dem Untergang geweiht. (Siehe auch Walter Laqueur, „Die letzten Tage von Europa“, List Verlag).

Peter Alexander Hussóck, Berlin

Giordanos Geschichtsklitterung

Zu: „Keine Geschichte ohne Vorgeschichte“ (Nr. 33)

Dem Gastkommentar des niederländischen Völkerrechtlers Dr. Frans du Buy gebührt in hohem Maße Dank für seine sachlich angemessene Kritik und Richtigstellung an der erneuten heftigen Polemik von Ralph Giordano (Erfinder der „Zweiten Schuld“) gegen die Charta der deutschen Vertriebenen und ihre Verfasser in der „Welt“ vom 4. August.

Es ist nicht das erste Mal, dass sich Herr Giordano mit bemerkenswert verengter historischer Sichtweise, relativierenden Schuldzuweisungen und moralisierender Unversöhnlichkeit an die Öffentlichkeit wendet. Er wirkt daher mit seiner Behauptung unglaubwürdig, er habe auch über das Schicksal der Vertriebenen einen „Strom von Tränen“ vergossen.

Die von ihm in der Charta vermisste Vorgeschichte der Vertreibung, wie er sie sehen möchte, lässt sich mit einem Mindestmaß an historischer Sachkenntnis hinreichend aufklären: „Die Ursachen der Vertreibungen liegen lange vor dem 1. September 1939 und dem 30. Januar 1933. Zu ihnen gehören auch die eigenständigen Interessen der an der Vertreibung aktiv beteiligten Staaten und Politiker, das machtpolitische Kalkül Stalins, die Absurditäten und Ungerechtigkeiten der Verträge von Versailles, St. Germain und Trianon von 1919 sowie nationalistische und panslawistische Bestrebungen des 19. Jahrhunderts. Die Ursachen der Vertreibung auf die Politik Hitlers zu reduzieren, ist Geschichtsklitterung“, schreibt Alfred de Zayas, amerikanischer Völkerrechtler in seinen „50 Thesen zur Vertreibung“.

Otto Schmidt, Hamburg

Tolerante Indifferenz

Zu: „Warum Friedrich wirklich ‚der Große‘ war“ (Nr. 32)

Der Autor Hans-Jürgen Mahlitz rühmt Friedrichs „Demut vor Gott“ und zitiert aus einem Brief: „Ich demütige mich schweigend vor diesem anbetungswürdigen Wesen.“

In Friedrichs mechanisch-deterministischer Weltsicht war dieses Wesen, die „unendliche Weisheit“, der „Weltenbaumeister“, wie er es auch nannte, allerdings lediglich etikettiert als: „Gott selbst ist das Schicksal“ (an Voltaire, April 1738).

Mit dem christlichen Gott hatte sein „Gott“ also nichts zu tun.

Wenn er, der sich selber als philosophischer „Freischärler“ bezeichnete und sich mit Pierre Bayle einen atheistischen Staat vorstellen konnte, auch „eine Art von Trost in diesem absoluten Schicksal, in der alles regierenden Notwendigkeit, die unsere Handlungen bestimmt und das Geschick besiegelt“ (an Voltaire, Februar 1738), fand, so öffnete er mit diesem, seinem nach außen in der hochgelobten „Toleranz“ Ausdruck findenden „demütigen“ Agnostizismus (der nichtsdestoweniger das Wesen „Gottes“ als eben „Notwendigkeit“ zu bestimmen weiß) und folglich Indifferentismus der aufklärerischen Zersetzung das Tor, durch welches dem Volk dann später der Trost der Religion entschwinden sollte.

Man muss wohl wie Herr Mahlitz Freimaurer sein, um in Friedrichs Verweigerung vor der christlichen Wahrheit, seiner dekadenten Anti-Metaphysik, diesem zeitgeistigen Mitläufertum, etwas von „Größe“ zu sehen.

Holger Bremhorst, Remscheid

Vietnam leidet unter den Kriegsfolgen – Ohne Korruption würden ganze Familien verhungern

Zu: „Vom Aufschwung in die Krise“ (Nr. 29)

Großen Dank an Joachim Feyerabend für diesen exzellent recherchierten Artikel über Vietnam, ja dafür, dass er sich überhaupt dieses Landes angenommen hat, das doch nach überschwänglichem Gepriesen-Werden als Tigerstaat mit Beginn der Krise für die Publizistik förmlich vom Globus verschwand.

Folgende Ergänzungen mögen die zutreffende Analyse abrunden: In richtiger „Witterung“ haben zahlreiche westliche Firmen unmittelbar vor der Krise in atemberaubendem Tempo das Land verlassen. Fertigungshallen und Hotels wurden einfach abgeschlossen und stehen unbenutzt in der Landschaft. Typisches Globalisierungsverhalten: Vorteile abschöpfen, sofortige Flucht bei Änderung der Voraussetzungen (Heuschrecken anderer Art). Die Industrialisierung wurde binnen weniger Wochen teilweise rückgängig gemacht. Die Regierung hat das nicht zu verantworten.

Die guten Seiten der französischen Kolonialherrschaft liegen in der Prägung der Städte durch Bauten. Dazu zählt auch Immaterielles: Der französische Konsul spricht – als Folge langjähriger Anwesenheit – perfekt vietnamesisch, diese schwierige Sprache in neun Tönen, und ist absolut Sympathieträger. Die Besetzung des deutschen Konsulats wechselt rasant, was dazu führt, dass sie aus vietnamesischer Sicht ziemlich wenig beeindruckt (diszipliniert formuliert). Ihr Schalterbetrieb, die Unsichtbarkeit des Personals tun ein Übriges.

Die Tourismus-Industrie wächst. Es sei aber hinzugefügt: Touristen sind in der Bevölkerung eines Landes ohne Versicherungen, in dem jeder für jeden selbstverständlich einsteht, herzlich unbeliebt, da sie als unaufhörlich Rechnende (Dong, Dollar, Währungen der Herkunftsländer) auffallen und nicht großzügig sind. Das geht so weit, dass Restaurants außerhalb der Tourismus-Routen auf keinen Fall Touristen als Gäste haben möchten, da sonst die einheimischen Stammgäste ausbleiben.

Die Regierung hat viele richtige Entscheidungen zügig getroffen und umgesetzt, ein Vorteil des politischen Systems. Eine Entscheidung allerdings – ich kann sie nicht bewerten – hatte landesweit und sofort drastische Folgen: Ende März die Heraufsetzung des Ölpreises über Nacht um 35 Prozent. Bei einem Land von etwa 1650 Kilometern Ausdehnung und entsprechenden Transportwegen führte das zu Preissprüngen auf allen Sektoren.

Das vom Autor angesprochene Problem nicht ausreichender Elektrizität führt dazu, dass sich ausländische Firmen die ausreichende Belieferung mit Strom vertraglich zusichern lassen (müssen) und der eigenen Bevölkerung, auch der Wirtschaft, der Strom zeitweise abgeschaltet werden muss.

Im Übrigen leidet das Land heute noch durch das im Krieg von den Amerikanern massenhaft eingesetzte Entlaubungsgift und durch im Land herumliegende amerikanische Bomben. Stößt ein Bauer auf eine Bombe, preist er sich glücklich und holt zwei Helfer, einen mit einer Metallsäge und einen mit einer Gießkanne. Dann wird die Bombe unter Feuchtigkeit zersägt und bei Notlage in Teilen verkauft. Ich weiß von einem nicht seltenen Fall der Explosion: ein Toter, einer mit abgerissenem Bein. Die Familie musste über Nacht ein Haus verkaufen, um die Versorgung des Stumpfes bezahlen zu können. Über Nacht musste der Mieter ausziehen.

Korruption und Vetternwirtschaft mögen aus westlicher Sicht zu beklagen sein und ein Hemmnis für die Wirtschaft, sind aber ein Thema für sich. Nur so viel: Ohne Korruption würden ganze Familien verhungern. Sie gehört zum notwendigen Einkommen wie bei uns die „Abrundung“ für die Friseuse. Die „Vetternwirtschaft“ ist differenziert zu sehen, großenteils sachlich und kulturell begründet und mental verankert. Was würde noch funktionieren, wenn Korruption und Vetternwirtschaft nicht wären! Schon im „Fall Siemens“ beruhte die westliche Entrüstung und Ahndung auf erschreckender Ahnungslosigkeit und Hybris. Ganze Erdteile leben so, vielleicht seit Jahrtausenden.

Name der Redaktion bekannt

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 35 – 3. September 2011

MELDUNGEN

Bauarbeiten an der Grenze

Grunau/Heiligenbeil – Seit dem 11. August finden am Grenzübergang Grunau-Heiligenbeil Bauarbeiten statt, durch die es zu Behinderungen bei der Fahrt ins Königsberger Gebiet kommt. Auf polnischer Seite wird der Einreisebereich in Richtung Königsberg komplett umgebaut. Einreisende sollen daher bei der Einfahrt ins Königsberger Gebiet vereinfachend nach „EU-Bürgern" und „allen" getrennt kontrolliert werden, wobei „alle" faktisch ausschließlich Nicht-EU-Bürger meint. Inhaber eines bundesdeutschen Passes müssten sich also in der Schlange für EU-Bürger einreihen. Infolge der Maßnahmen, die noch bis zum 15. Dezember andauern sollen, ist mit erheblichen Verzögerungen bei der Grenzabfertigung zu rechnen. *T.W.W.*

Unerwarteter Drang zum Meer

Polangen – Die nahe der Grenze zum Memelland gelegene litauische Stadt Polangen erlebte im Monat August einen noch nie dagewesenen Massenansturm: Nach litauischen Medienberichten wollten mehr als 100 000 Besucher drei aufeinanderfolgende Feiertage dazu nutzen, das Ende des Sommers am Meer zu verbringen. Unter dem Andrang der Touristen brach der Verkehr zeitweise zusammen, die Lebensmittel in den Geschäften, vor denen sich lange Schlangen bildeten, waren bald ausverkauft, und natürlich fanden diese Mengen an Menschen auch keine adäquate Unterkunft. Dennoch kam es nicht zu den erwarteten Handgreiflichkeiten und das kollektive Sonnenbaden fand zwar auf engem Raum, aber weitgehend friedlich statt. *T.W.W.*

Höchstzahl erreicht

Allenstein – Die Zahl der Wisente im Borker Horst hat mit 90 ihre angebliche natürliche Obergrenze erreicht. Schon vor Jahren hatten Wissenschaftler ermittelt, dass mehr Europäische Bisons im Wald keine Nahrung finden. Allerdings hatten die Wissenschaftler mit der Erreichung dieser Höchstgrenze erst für 2015 gerechnet. Seit einigen Jahren füttert die Oberförsterei im Winter die Wisente mit Heu, Silage und Rüben zu. Der Unterhalt eines derartigen Wiederkäuers kostet die Oberförsterei 3000 Zloty (gut 720 Euro). Das Geld für den Unterhalt stammt unter anderem von den Gebühren, die Jäger für das Schießen kranker und alter Tiere zahlen müssen. Seit 1956 gibt es in der Borker Heide diese Hornträger. Dozenten der Polnischen Akademie der Wissenschaften hatten sie dorthin gebracht. Ursprünglich lebten sie in einem umzäunten Gehege, aber bei einer Reparatur des Zauns konnten sie entfliehen. *PAZ*

Ein richtiges Erfolgsmodell

Landtagsvizepräsidentin Renate Holznagel zum Parlamentsforum Südliche Ostsee

Als Mitglied der Ostseeparlamentarierkonferenz und als Landesvorsitzende des Bundes der Vertriebenen in Mecklenburg-Vorpommern ist für mich ein besonderer Schwerpunkt in der Abgeordnetentätigkeit und in der Verbandsarbeit die Zusammenarbeit und Kooperation. Das sind nicht nur Worte – es ist die Grundlage für Frieden, für ein besseres Verständnis, für ein friedliches Miteinander. Es bedeutet aktiv zu sein, auf andere zuzugehen und miteinander zu reden. Dies kann auf verschiedenste Weise erfolgen, durch bilaterale oder internationale Kooperation in Politik, Kultur, Bildung oder Wirtschaft. Die Ostpreußische Landsmannschaft ist dabei ein Akteur, der die Kontakte zu Menschen, die heute in Ostpreußen leben und die sich mit Ostpreußen besonders verbunden fühlen, pflegt und damit auch die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern, insbesondere mit Polen, fördert. All diese Kontakte sind wichtig, um Vorurteile und Berührungsängste abzubauen, um gemeinsam in einem starken Europa in die Zukunft zu schauen.

Auch der Landtag Mecklenburg-Vorpommern ist in seiner grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sehr aktiv. Dazu sind wir bereits von Verfassungs wegen verpflichtet. Denn Artikel 11 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern lautet: „Das Land wirkt im Rahmen seiner Zuständigkeiten an dem Ziel mit, die europäische Integration zu verwirklichen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, insbesondere im Ostseeraum, zu fördern." Wir fördern die Zusammenarbeit nicht nur, wir betreiben selbst aktive Kooperationen, besonders in der Region der Ostsee. Diese grenzüberschreitende Zusammenarbeit des Landtages erfolgt zum einen bilateral – so liegen uns die langjährigen Partnerschaften mit den Woiwodschaften Pommern und Westpommern sehr am Herzen. In diesem Jahr können wir bereits das zehnjährige Jubiläum der Partnerschaftsvereinbarung mit unserem direkten Nachbarn Westpommern feiern. Die Partnerschaft zu Pommern ist im Jahr 2004 mit einer gemeinsamen Erklärung gefestigt worden. Geprägt sind die Partnerschaften durch wechselseitige Besuche und Einladungen, von der Ausschusssitzung bis zum Sommerfest.

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern pflegt aber auch enge multinationale Kontakte. Von besonderer Bedeutung sind für uns zwei Foren: das Parlamentsforum Südliche Ostsee und die Ostseeparlamentarierkonferenz. Näher eingehen möchte ich an dieser Stelle auf das Parlamentsforum Südliche Ostsee, das 2004 ins Leben gerufen wurde. Dem vorausgegangen war eine Veranstaltung auf Initiative unserer Landtagspräsidentin in Neubrandenburg. Mittlerweile kann man sagen, dass es sich um ein richtiges Erfolgsmodell der Zusammenarbeit handelt, denn wir finden mit dem Forum auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene Gehör.




Bild: Landtag Mecklenburg-Vorpommern

Renate Holznagel (CDU): Auf dem IX. Parlamentsforum Südliche Ostsee in Danzig

Bei dem Parlamentsforum handelt es sich um einen Zusammenschluss der regionalen Parlamente von Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Hamburg, Pommern, Westpommern, Ermland-Masuren, Kaliningrad und der schwedischen Region Schonen. Damit trägt das Parlamentsforum Südliche Ostsee zu einer Stärkung der gemeinsamen Identität der Region der Südlichen Ostsee bei. Im Forum werden die unterschiedlichsten Themen beraten, denen am Ende in einer Resolution Ausdruck verliehen wird. In der Resolution sprechen wir Handlungsempfehlungen an die Regierungen oder auch an die Europäische Union aus. Schwerpunkte der jährlichen Konferenzen waren unter anderem die Themen Verkehrsnetze, Tourismus, EU-Ostseestrategie oder Umwelt.

> »Bewertung der Umsetzung der EU-Oststrategie«

Das IX. Parlamentsforum fand vom 4. bis 5. Juli in Danzig zu dem Thema „Bewertung der Umsetzung der EU-Ostseestrategie" statt. Zur Vorbereitung haben wir im Landtag Mecklenburg-Vorpommerns am 31. Januar eine Arbeitsgruppensitzung zu dem Themenkomplex „Internationale, lokale und regionale Zusammenarbeit in der Ostseeregion im Zusammenhang mit der Umsetzung der EU-Ostseestrategie, insbesondere in den Bereichen Tourismus und Bildung" durchgeführt. Experten aus Mecklenburg-Vorpommern sowie Pommern und Ermland-Masuren haben hier ausführlich zu dem Thema Tourismus referiert.

Im Vordergrund der Beratungen der Arbeitsgruppe standen der Aufbau und die Stabilisierung von Strukturen der Tourismuszusammenarbeit sowie die intensivere touristische Vermarktung des Südlichen Ostseeraumes. Die Hervorhebung des regionalen Bezuges der Tourismusangebote wurde als notwendig angesehen, um die Nachhaltigkeit der Zusammenarbeit über Einzelprojekte hinaus sicherzustellen. Auch die Förderung des gemeinsamen kulturellen und naturräumlichen Erbes sowie die Entwicklung einer gemeinsamen Identität und einer eigenen Marke im Ostseeraum wurden in der Arbeitsgruppe als Schwerpunktthemen behandelt. Mecklenburg-Vorpommern koordiniert im Rahmen der Umsetzung der EU-Ostseestrategie den Aktionsbereich Tourismus, Pommern befasst sich im Rahmen des Schwerpunktbereiches Tourismus der Strategie mit dem Vorzeigeprojekt 12.9 „Förderung des kulturellen Erbes und der einzigartigen Landschaften". Es wurde herausgestellt, dass Ermland-Masuren und Kaliningrad im Bereich Tourismus gemeinsame Ziele verfolgen und gemeinsame Veranstaltungen durchführen. Beispielhaft hierfür wurde die Zusammenarbeit im Rahmen der Route der gotischen Schlösser und Burgen angesprochen. Dabei wurde deutlich, dass der grenzüberschreitende Tourismus zwischen den Regionen eine immer größere Bedeutung hat. Von den fünf Millionen Menschen, die jährlich die Region um Danzig besuchen, sind etwa eine Million ausländische Touristen. Die deutschen Touristen sind nach Einschätzung der polnischen Tourismusorganisation überwiegend „Heimwehtouristen", wobei erkennbar ist, dass für immer mehr Gruppen die kulturellen Angebote an Bedeutung gewinnen und der Anteil an „Kulturtouristen" größer wird.

Grenzüberschreitender Tourismus ist wichtig, denn allein durch Zusammenarbeit auf politischer Ebene wird eine grenzüberschreitende Völkerverständigung nicht erreicht werden. Dazu bedarf es der Menschen. Und meist kommen diese begeistert aus dem jeweiligen Land wieder. Das zeigen auch einige Geschichten derjenigen, die auf den Spuren ihrer Familie reisen. Oft werden sie in der alten Heimat sehr wohlwollend empfangen. Viele, die den früheren Heimatort oder das alte Elternhaus aufsuchen, erhalten die Gelegenheit mit den Menschen, die jetzt dort leben, ins Gespräch zu kommen. Mit den Menschen vor Ort Kontakte zu knüpfen ist wichtig, weckt Verständnis für das jeweilige Schicksal des Anderen und manchmal werden sogar Freundschaften geschlossen.

> Grenzübergreifende Zusammenarbeit beim Tourismus

Meiner Meinung nach ist gerade dieses Zusammenfinden wichtig, um die Geschichte aufzuarbeiten, um Vorurteile abzubauen und um gemeinsam in die Zukunft blicken zu können. Kommunale Zusammenarbeit ist dabei ein wichtiger Faktor, den auch die Landsmannschaft Ostpreußen seit vielen Jahren mit den Kommunalpolitischen Kongressen ausbaut und festigt. Die Landsmannschaft hat es verstanden, in Ostpreußen Freundschaften zu schließen und zu pflegen. Und ich kann Sie nur auffordern, die Zusammenarbeit und den Erfahrungsaustausch auch in Zukunft intensiv fortzusetzen. Es lohnt sich! Denn, wie bereits eingangs erwähnt: Zusammenarbeit bedeutet auch Friedensarbeit. Oder mit den Worten von Immanuel Kant ausgedrückt: „... Nicht sehen trennt von den Dingen, nicht hören trennt von den Menschen."

Die Verfasserin ist 1. Vizepräsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern.

MELDUNGEN

Neuer Gesetzesrahmen

Königsberg – Die Moskauer Regierung bereitet neue gesetzliche Rahmenbedingungen für die Wirtschaft des Königsberger Gebietes vor. Dies teilte der russische Vize-Regierungschef Alexander Schukow anlässlich eines Arbeitsbesuchs in der russischen Westprovinz mit. Die Situation des Gebietes sei eine besondere und erfordere die spezielle Aufmerksamkeit des Föderationszentrums, ließ Schukow wissen. Ihm sei bekannt, dass in Moskau eine Arbeitsgruppe gebildet worden sei, die einen neuen rechtlichen Rahmen für die Wirtschaft der russischen Exklave festlegen werde. Falls man ihn danach fragen würde, wäre er bereit, die Leitung der Arbeitsgruppe zu übernehmen. Unlängst hatten Äußerungen von Russlands Ministerpräsident Wladimir Putin, dass man dem Königsberger Gebiet keine Sonderstellung gegenüber anderen Föderationssubjekten einräumen dürfe, zu einem vehementen Unmut in der Bevölkerung der Region geführt. Seitdem bemühen sich Moskauer Politiker, die entstandenen Wogen zu glätten, und in diesem Zusammenhang sind offenbar auch die Äußerungen Schukows zu verstehen. Im Jahre 2016 laufen das momentan gültige Gesetz über Königsbergs Sonderwirtschaftszone und damit verschiedene darin festgeschriebene Zollbefreiungen aus, sodass man in der Region mit erheblichen Einbrüchen der industriellen Produktion rechnet. Inwieweit die künftigen Regelungen eine Verbesserung gegenüber der heutigen, im Königsberger Gebiet allgemein als unzureichend wahrgenommenen Lage mit sich bringen, wird vor allem davon abhängen, ob Moskau sich zu einer grundlegend neuen Ostpreußen-Politik durchringen kann. *T.W.W.*

Neues Multiplexkino

Allenstein – In den nächsten zwei Jahren soll an der Ecke Sikorski-/Tuwim-Straße in der sogenannten Ermländischen Galerie auf der Fläche der ehemaligen Obstgärten in Posorten ein modernes Multiplexkino errichtet werden. Das Einkaufszentrum, in dem sich das Kino befinden wird, soll noch größer werden als das Kaufhaus „Alfa". Eine Tiefgarage ist ebenso geplant wie eine große davor gelagerte Grünfläche. Nach dem gleichen Schema wird voraussichtlich auch das Einkaufszentrum in der Kleeberger Straße gebaut werden. *PAZ*

100 000. Kia »Rio«

Königsberg – Bei Avtotor ist das 100 000. Fahrzeug des Kia-Modells „Rio" vom Band gelaufen. In dem Königsberger Automobilwerk werden über 20 Modelle der Automobilmarken BMW und Opel aus der Bundesrepublik sowie Kia aus Südkorea produziert. *PAZ*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

heute wollen wir in meine Heimatstadt Königsberg zurückkehren, denn es kamen sehr viele Anfragen, die unsere ostpreußische Metropole betrafen. Und es gibt sogar eine Duplizität der Fälle, obgleich sie von gänzlich verschiedenen Seiten kommen – einmal von deutscher, dann von russischer –, aber bei beiden Anfragen geht es um ehemalige Bauten, zu denen die Anfragenden eine besondere Bindung haben. Im Falle von Herrn **Marcus Grießhaber** aus Frankfurt geht es sogar um eine Verbindung, eine studentische, nämlich um das Corps Hansea Königsberg. Er selber gehört dem Corps Nassovia in Würzburg wie dem Corps Hasso-Nassovia in Marburg an, das bis 1945 mit dem Königsberger Corps Hansea befreundet war. Da Herrn Grießhaber die Geschichte der Königsberger Verbindung interessiert, hat er Recherchen angestellt und ist dabei auf ein Bild des ehemaligen Corpshauses gestoßen, das in der Händelstraße stand. Es wurde im Jahr 1928 aufgenommen, der Fotograf stand in der Händelstraße mit Blickrichtung Jensenstraße / Ostmesse. Dass Herr Grießhaber das Bild so genau einordnen kann, liegt daran, dass er selber bereits zum dritten Mal in Königsberg war, motiviert durch einen sehr regen jungen russischen Corpsbruder. Auf seiner letzten Reise Anfang August hat er nun versucht, der noch spürbaren Geschichte des Verbindungshauses nachzugehen, und ist da sehr akribisch vorgegangen. Herr Grießhaber schreibt:

„Ich habe mich, bewaffnet mit einem Aktenordner mit den Bildern des Hauses, einem alten Stadtplan von Königsberg und meiner Digitalkamera, in die Händelstraße begeben, um vor Ort nachzuforschen, ob das Haus noch steht beziehungsweise was daraus geworden ist. Ich habe zig Bilder gemacht, eines auch von der Stelle aus, wo damals der Fotograf gestanden haben muss. Das Haus steht leider nicht mehr, jedoch ist der Zaun noch weitgehend vorhanden. Auch habe ich eine Treppe entdeckt, die meines Erachtens der Eingang war. Ich konnte rötliche Steine entdecken, die für den nördlichen Häuserbau und vermutlich auch in Königsberg typisch sind. Allerdings liegt diese Treppe in Richtung Jensenstraße, weshalb ich mich frage, warum die Adresse Händelstraße ist. Auf der Zaunseite entlang der Jensenstraße sind Wappen enthalten, die eindeutig für ein Verbindungshaus sprechen und so im Russischen nicht vorkommen. Es sind neun Wappen, genau die Zahl der Freundschaftsverhältnisse, die Hansea im Jahr 1928 hatte, was als ein weiteres Indiz für die Authentizität des Zaunes gelten mag. Wie der Knick des Zaunes entlang der Händelstraße und die Pfeiler, die sehr verrottet aussehen.“

Im Vergleich mit dem alten Foto stehen noch mehr Pfeiler, auch einer der Bäume ist noch vorhanden. Die Straßenverläufe und der Grüngürtel sind noch wie damals. Leider besitzt Herr Grießhaber keine Aufnahme des Hauses von der Jensenstraße, wo sich offenbar der Eingang befand. Deshalb ist nun unsere Leserschaft gefragt. Wer kann etwas über das 1877 gegründete Corps Hansea sagen, dessen Farben Gold-Weiß-Rot waren? Besitzt jemand noch alte Fotos von dem Verbindungshaus Händelstraße Nr. 12 und weiß etwas über seine Geschichte zu berichten? Herr Grießhaber ist an jedem Detail interessiert. Allerdings meint er, dass sich wohl keiner der ehemaligen Königsberger Hanseaten melden würde. Ein 100-jähriger Burschenschafter, den er vor zwei Jahren befragte, konnte sich nicht mehr an das Haus erinnern. Na, warten wir mal ab! (Marcus Grießhaber, Brendelstraße 2, 60488 Frankfurt am Main, E-Mail: m_griesshaber@hotmail.com)

Und nun zu dem anderen Königsberger Haus, das im Gegensatz zu unserem ersten Fall noch steht, wenn auch in gänzlich veränderter Form. In dieser modernisierten Doppelvilla besitzt heute ein Russe, der seit drei Jahren in der Bundesrepublik Deutschland lebt, eine kleine Wohnung. Herr **Pavel Floss** aus Wülfrath hat sich nun an uns gewandt, weil er die deutsche Familie sucht, die früher in dem Haus Körteallee 35 gewohnt hat. Es handelt sich um die „Doppelvilla Dorsch“, die den Namen ihres letzten Eigentümers trägt, des Kaufmanns **John Dorsch**, der auch im Parterre der großräumigen Doppelvilla wohnte. Er ist im Königsberger Einwohnerbuch von 1941 eingetragen wie auch der Bewohner der ersten Etage, der Tiefbauingenieur **Kurt Behrendt**. Als die große Villa 1906 erbaut wurde, waren die Erstbewohner Professor Dr. med. **Henke** und der Prokurist **Schlegelberger**. Das im Jugendstil erbaute Haus gehörte zu der „Villenkolonie Amalienau“, einem groß angelegten Projekt der 1898 gegründeten „Königsberger Immobilien- und Baugesellschaft“, deren Mitbegründer, der Baurat und Architekt **Friedrich Heitmann**, dem neuen Viertel das unverwechselbare Gesicht gab. Nach seinen Plänen wurden nicht nur Villen und schlossartige Mehrfamilienhäuser gebaut, sondern auch die reizvollen Anlagen mit den idyllischen Zwillingsteichen, Parks und prächtigen Alleen geschaffen. Dieses neue Vorstadtviertel zwischen der Labiauer Bahn und den Mittelhufen zeigte fast geschlossen die Handschrift des berühmten Architekten, dem der Kaiser den Titel „Königlicher Baurat“ verlieh und der sogar vom Papst mit einem hohen Orden ausgezeichnet wurde, denn Heitmann war auch der Schöpfer vieler sakraler Bauten. Wir können uns glücklich schätzen, dass die von ihm gebaute Luisenkirche – als „Königin-Luise-Gedächtniskirche“ 1901 eingeweiht – erhalten blieb wie viele seiner Villen und Landhäuser. Und wir müssen unserem Landsmann **Willi Freimann** dankbar sein, dass er in seinem Bildband „Königsberg Pr. und seine Vororte“ das Villenviertel Amalienau authentisch dokumentiert hat. So ist in ihm auch das Bild der „Doppelvilla Dorsch“ enthalten – wie sie einmal ausgesehen hat mit ihren Türmchen, Erkern, Giebeln und Gauben. Ja, der Suchwunsch von Herrn Floss hat ein kleines Kapitel Königsberger Stadtgeschichte in unserer Kolumne bewirkt, und so hoffen wir für ihn, dass er eine Nachricht von den ehemaligen Bewohnern des Hauses oder ihren Nachfahren erhält. Er ist an allem interessiert, was die Geschichte Königsbergs betrifft und besitzt bereits viele Bücher. So helfen wir ihm gerne. (Pavel Floss, Havemannstraße 10 in 42489 Wülfrath, Telefon 0151/41285453, E-Mail: pavel floss@gmx.de)



Doppelvilla Dorsch Bild: privat



Ruth Geede Bild: Pawlik

Nach Königsberg führt auch die Anfrage von Frau **Renate Bänisch** aus Melsungen. Sie kam dort im Juli 1937 zur Welt – nur fünf Monate später verstarb ihre Mutter **Anna Claaßen** geborene **Malinka**. Ihr Vater **Robert** gab das Kind in die Obhut seiner Schwägerin **Charlotte Malinka**, die mit ihrem Vater **Adolf** Malinka in der Kleinen Holzstraße 3 wohnte. Sie wurde unterstützt von ihrer Schwester **Margarete Kuhlmeier** geborene Malinka und deren Mann **Fritz**. Die Familie war im Fischhandel tätig. Das Ehepaar Kuhlmeier hatte wohl ein Großhandelsunternehmen, denn Frau Bänisch schreibt, dass sie die „Fischverteilung über Königsberg“ gehabt hätten. Sie wohnten in der Nähe der Holzbrücke, dort müssten sich wohl auch die Lagerräume befunden haben. Die Malinkas führten ein Fischgeschäft in Königsberg – aber wo? Diese Frage hat Frau Bänisch bewogen, an uns zu schreiben, denn sie hofft, dass sich einige Königsberger noch an ein Fischgeschäft mit diesem Namen erinnern, vielleicht sogar noch Charlotte Malinka gekannt haben. Allerdings dürfte es in den letzten Kriegsmonaten nicht mehr existiert haben, denn die Familie wurde ausgebombt und Charlotte Malinka und ihre Nichte Renate wurden evakuiert. Sie lebten bis zur – vergeblichen – Flucht in einem Dorf in der Nähe des Frischen Haffes. Doch das ist eine andere Geschichte. Eine kleine Frage hängt Frau Bänisch aber noch ihrem kurzen Schreiben an. Sie bezieht sich auf ihren Onkel **Reinhold Claaßen** aus Königsberg, den Bruder ihres Vaters, der nach dem Krieg in Zerbst wohnte. Da er Kinder hatte, wüsste Frau Bänisch gerne, ob und wo noch Verwandte aus dieser Linie leben. (Renate Bänisch, Obermelsunger Straße 10 in 34212 Melsungen, Telefon 05661/6262.)

Manchmal genügt nur ein Name, den man liest oder hört – und schon wird die Vergangenheit lebendig, selbst wenn 60, 70 Jahre vergangen sind und es in einem anderen Land, ja sogar auf einem fernen Kontinent war, wohin uns die Erinnerung zurückführt. So erging es Frau **Jutta M. Nitsch La Pinta** in Florida, als sie die *PAZ* bekam und auf unserer Familienseite von der Dichterin **Johanna Ambrosius** las. Denn die heute in den USA lebende fast 80-Jährige wurde in Königsberg geboren und hatte den Sohn der Dichterin als Klassenlehrer. Und mit dem Namen kam die Erinnerung an die Schulzeit und an eine ganz besondere Geschichte, die sie für uns aufschrieb. Ich lasse Frau Jutta erzählen:

„In der Zweiten Klasse in der Hippel-Schule hatte ich Herrn **Voigt** als Klassenlehrer. Ich erinnere mich noch, dass meine Mutter mir hocherfreut erzählte, dass er der Sohn der Dichterin sei. Er war ein strenger und sehr guter Lehrer, der uns das Einmaleins beibrachte. Bis heute brauche ich keine elektronische Hilfe, um Preisvergleiche aufzustellen. Die beiden nächsten Klassen absolvierte ich in einer Schule in der Luisenallee. Ich bin mir nicht sicher, ob sie in einem Waisenhaus untergebracht war und auch Johanna-Ambrosius-Schule hieß. Vielleicht können mir meine lieben Königsberger helfen? Es war eine alte Schule, auch die Lehrer waren alt, die jungen Lehrer waren ja eingezogen. Unsere Klassenlehrerin hieß wohl Fräulein **Plochmann**. Meine Mutter gab mir immer zwei große Schmalzbrote als Pausenfrühstück mit, die ich hasste. Nun hatte ich beobachtet, wie russische Kriegsgefangene in den Müllkästen unter der Kellertreppe nach Essbarem suchten. Die Bewacher – mit gezogenem Gewehr – sahen zu. Als ich nun einmal zwei Russen vor der Schule die Straße fegen sah, nur bewacht von einem deutschen Straßenfeger ohne Gewehr, dachte ich, dass sie gerne meine Schmalzstullen essen würden. Ich legte die in Pergament gewickelten Brote auf die Schwelle und lief weg. Das ging so zwei Wochen, verstärkt durch zwei Schulfreundinnen, die nun das gleiche taten. Das kam unserer Lehrerin zu Ohren. Vor der ganzen Klasse schimpfte sie uns aus. In der großen Pause am nächsten Tag winkte sie mich heran und sagte: ‚Jutta, leg deine Brote weiter hin, aber lass dich von niemandem erwischen.' Jetzt musste ich den Vorfall meiner Mutter erzählen, die nun zwei Stullenpakete machte – das größere war für die Russen bestimmt. Ich musste nur nicht erwischt werden. So wartete ich, bis die Russen etwas weiter entfernt fegten, legte das Brotpaket hin und lief hinter einen Baum. Als ich mich umguckte, war das Paket schon verschwunden. Natürlich war der deutsche Straßenfeger mein Helfer, er drehte sich immer weg. Nach einer kleinen Weile fegten die Russen nicht mehr in Schulnähe. Diese Kriegsgefangenen – daran glaube ich fest – haben mich gesegnet, denn wir sind beim Einmarsch der Russen und bis zu unserer heimlichen Flucht im Oktober 1945 heil der Hölle entkommen. Ich habe darüber für eine hiesige deutsche Zeitung geschrieben.“



Hanseas Corpshaus Bild: privat

Nie hätte sich damals wohl die kleine Jutta träumen lassen, dass sie in einer fernen Zukunft in einem fernen Land darüber berichten würde. Wir freuen uns über ihren Brief, den ich hier nur in Auszügen bringen konnte, und ich grüße ganz herzlich unsere Königsbergerin in Florida. (Mrs. Jutta M. Nitsch La Pinta, 1180 W. Baffin Dr., Venice, Fl. 34293 USA, Telefon 941/496/4180.)

Anlass für die Erinnerung an die Dichterin war ein russischer Besucher des Deutschlandtreffens in Erfurt gewesen, der nach ehemaligen Schülern der Johanna-Ambrosius-Schule fragte. **Ilya Spesivtsev** hatte auch nach mir gefragt, um Aufnahmen für deutschsprachige Sendungen im russischen Rundfunk zu machen. Da ein Treffen nicht zustande kam, wollte er nach Hamburg kommen. Nun teilte er mir mit, dass dieses Anfang September geschieht. Dann weiß ich auch Genaueres über die geplanten Aufnahmen und werde darüber berichten.

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

AUS DEN HEIMATREGIONEN

»Heil Hitler – Achtung Jude«

Antisemitische Parole in Königsberg wirft ein Schlaglicht auf die Situation der Minderheit in der russischen Exklave

Mit der auf Deutsch geschriebenen Parole „Heil Hitler – Achtung Jude“ wurde am 16. August in Königsberg, Oktjabrskaja-Straße 3, eine russisch-hebräisch-deutsche Tafel mit den Worten „Zum Gedenken an die Juden, die dem Holocaust zum Opfer gefallen sind“ beschmiert.

David Schwedik, 1963 in Rostow am Don geboren, Leiter der chassidischen Gemeinde „Chabad Ljubavic“ und Oberrabbiner der Region Königsberg, sowie sein Pressesprecher Sergej Sterlin, Chefredakteur der Königsberger „Jüdischen Zeitung Simcha“ und Direktor der Nichtregierungsorganisation „Entwicklung jüdischer Kultur im Gebiet Kaliningrad“, nahmen es resignierend hin: „Vandalenübergriffe auf historische Plätze“ sind Alltag, die „städtischen Behörden haben kein Interesse an Schutz und Erhaltung jüdischer Objekte, die Miliz lehnt Strafverfolgung als zwecklos ab.“

Der Tatort dieses Vandalenaktes war das erhaltene Waisenhaus an der früheren „Neuen Synagoge“ in der Lindenstraße, eine von sechs Königsberger Synagogen, wie es heißt, die wohl schönste in Deutschland, 1893 erbaut, im November 1938 in der „Reichskristallnacht“ zerstört. Heute steht dort der Zirkus „Chapiteau“, das benachbarte ehemalige Kinderheim ist eine schmutzstarrende Wohnkaserne ohne Anschlüsse für Wasser und Gas, für die Behörden bloß Desinteresse aufbringen, weil ihr „vetchij“ (Verfallsgrad) angeblich „nur“ 60 Prozent ausmacht.

Juden fühlen sich durch den Staat im Stich gelassen

Erhalten blieb die „Alte Synagoge“ der orthodoxen Gemeinde „Adath Israel“, die seit 1990 von Viktor Schapiro, 1956 in der Stadt geboren, geführt wird. Schapiro, im Nebenberuf Autor satirischer Chansons, kann Klagelieder von den „Fouls“ singen, die Behörden den Juden ständig versetzen, wobei er sogar die „Konkurrenz“ zu David Schwedik vergisst: Die seit Langem geforderte Rückgabe jüdischen Eigentums wird verweigert, der beabsichtigte Bau eines „Museums des Holocaust und der jüdischen Kultur“ abgelehnt. Zwar ist die Restitution von Grundstücken gesetzlich vorgesehen, aber den Juden geht es hierbei wie den Deutschen, denn das Eigentum beider Gruppen wurde der Russischen Orthodoxen Kirche überantwortet. Und Museen erhalten nur dann amtlichen Segen, wenn sie dem „Ruhm der gefallenen 1200 Rotgardisten“ und ähnlichen Heroen gelten.

Ob auf dem alten Königsberger jüdischen Friedhof Grabsteine mit „Smertj Shidam“ (Tod den Juden) verschandelt werden oder der halbe Friedhof für Starkstromleitungen aufgerissen wird, macht für Juden keinen Unterschied. Schwerer zu ertragen ist die Borniertheit postsowjetischer Betonköpfe, die „Bauplätze auf Skeletten“ verscherbeln, beispielsweise in Tilsit, wo sie 2008 einer privaten Baugesellschaft drei jüdische Friedhöfe als Gelände für Wohnungsbau übereigneten und sich um Kritik des damaligen Gouverneurs Georgij Boos und von US-Diplomaten nicht scherten. Noch dreister war 2004 Igor Kasakov, Bürgermeister von Palmnicken, als er der Privatfirma „Baltisches Lasur“ Riesengrundstücke für ein Touristenzentrum überließ, just dort, wo am 31. Januar 1945 5000 Juden aus dem KZ Stutthof an die Ostseeküste getrieben und erschossen wurden. Am 1. Februar 2011 wurde hier die „Gedenkstätte für die Opfer des Todesmarsches von Palmnicken“ eröffnet, im Beisein von Berl Lazar, Oberrabbiner Russlands, des Königsberger Gouverneurs Nikolaj Zukanov und Diplomaten aus der Bundesrepublik Deutschland, Polen und Litauen.

Viele wollen nach Israel, Deutschland oder in die USA

Offiziell leben im heutigen Königsberg 1600 Juden, real 6000. Sie sind Teil der knapp eine Million Einwohner und Teilhaber des kollektiven Mankos der Region, das Viktor Schapiro benannte: 1948 wurden die letzten Deutschen und mit ihnen die Juden vertrieben und die seitherigen Neusiedler, Russen, Juden und andere, haben keine Wurzeln in der Region und keine Bindung an sie. Die Juden sind stolz auf Prominente wie Lea Schlossberg (1928–2000), Ehefrau des ermordeten israelischen Premiers Jitzchak Rabin, die Eltern der Philosophin Hannah Arendt (1906–1975) oder die Vorfahren von Allen Koenigsberg, des späteren Weltstars Woody Allen – ganz zu schweigen vom ersten Präsidenten des deutschen Reichstags Eduard Simson (1810–1899) oder dem Begründer der industriellen Bernsteinförderung Moritz Becker (1830–1901). Man nutzt den jüdischen Kindergarten und die jüdische Schule „Or Avner“, singt im Jugendchor „Schofar“, nutzt die Kontake zu US-amerikanischen und bundesdeutschen Hilfsfonds, betrachtet Königsberg aber nur als „Sprungbrett“ in die Bundesrepublik, in die USA oder nach Isreal und empfindet genau das als „Europäertum“. *W. Oschlies*

Wir gratulieren ...

ZUM 102. GEBURTSTAG

Friedrich, Anna, geb. **Dorka**, aus Seewalde, Kreis Neidenburg, jetzt Bäckerkamp 51 B, 33330 Gütersloh, am 9. September

ZUM 99. GEBURTSTAG

Abram, Willy, aus Ebenrode, jetzt Tuchmacherstraße 48, 14482 Potsdam, am 9. September

Borowski, Lea, geb. **Krankowski**, aus Sidden, Kreis Treuburg, jetzt Steinbecker Straße 46, 21244 Buchholz, am 1. September

Helm, Margarete, aus Widminnen, Kreis Lötzen, jetzt Wesselhorn 22, 25782 Tellingstedt, am 11. September

ZUM 98. GEBURTSTAG

Dusna, Fritz, aus Treuburg, jetzt Lerchenstraße 30, 48268 Greven, am 8. September

Piontkowski, Willy, aus Lyck, jetzt Dahlienweg 15, 73760 Ostfildern, am 5. September

Pruss, Paul, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, jetzt Dahlienweg 36, 28219 Bremen, am 8. September

ZUM 97. GEBURTSTAG

Matthey, Magarete, geb. **Bacher**, aus Scharfeneck, Kreis Ebenrode, jetzt Rauhehorst 157, 26127 Oldenburg, am 6. September

Piekarowitz, Margarete, geb. **Porr**, aus Goldensee, Kreis Lyck, jetzt Kerßenbrockstraße 8, 59329 Wadersloh, am 4. September

ZUM 96. GEBURTSTAG

Klein, Fritz, aus Pohlau, Kreis Ebenrode, jetzt Klosterweg 6, 29549 Bad Bevensen, am 8. September

Kowalzik, Gertrud, geb. **Sentek**, aus Seefrieden, Kreis Lyck, jetzt Am Felde 5, 58840 Plettenberg, am 7. September

ZUM 95. GEBURTSTAG

Dommert, Martha, geb. **Soboll**, aus Eichensee, Kreis Lyck, jetzt Ipfweg 4, 71554 Weissach, am 8. September

ZUM 94. GEBURTSTAG

Hein, Hedwig, geb. **Bahl**, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Herskamp 13, 45357 Essen, am 9. September

ZUM 93. GEBURTSTAG

Hoffmann, Margarete, aus Bersbrüden, Kreis Ebenrode, jetzt Hetzelstraße 7, 67346 Speyer, am 7. September

Kutz, Anneliese, geb. **Mack**, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, jetzt Paradiesweg 34, 49082 Osnabrück, am 7. September

Morgenstern, Elfriede, geb. **Koslowski**, aus Waiblingen, Kreis Lyck, jetzt Kampstraße 10, 44579 Castrop-Rauxel, am 11. September

ZUM 92. GEBURTSTAG

Berg, Günther, aus Mulden, Kreis Lyck, jetzt Thüringenstraße 43, 88400 Biberach, am 10. September

Eckloff, Magdalena, geb. **Treschanke**, aus Kerpen, Kreis Mohrungen, jetzt Schäferkamp 7, 23879 Mölln, am 19. September

Enskat, Gertrud, geb. **Ohnhold**, aus Gerhardsheim, Kreis Elchniederung, jetzt Feldstraße 1, 40721 Hilden, am 9. September

Hutt, Eva, geb. **Alzuhn**, aus Hohenberge, Kreis Elchniederung, jetzt Innsbrucker Straße 19, 10825 Berlin, am 11. September

Kairies, Helene, geb. **Sahmel**, aus Berkeln, Kreis Elchniederung, jetzt Denkhauser Höfe 189 B, 45475 Mülheim, am 9. September

Nebe, Hildegard, geb. **Abram**, aus Ebenrode, jetzt 3145 Penfield Circle, 89502 Reno, Nevada, USA, am 6. September

Racherbämer, Lotte, geb. **Kruck**, aus Langsee, Kreis Lyck, jetzt Piusstraße 5, 58454 Witten, am 8. September

Roth, Hildegard, geb. **Mauerhoff**, aus Treuburg, jetzt Falkensteinstraße 13, 79102 Freiburg, am 10. September

Schmidt, Anny, geb. **Hardt**, aus Treuburg, jetzt Glogauer Straße 10, 76139 Karlsruhe, am 10. September

ZUM 91. GEBURTSTAG

Aukschun, Ruth, geb. **Greszik**, aus Steinwalde, Kreis Lötzen, jetzt Julius-Leber-Weg 1, 25524 Itzehoe, am 11. September

Dittmann, Edith, geb. **Petereit**, aus Loye, Kreis Elchniederung, jetzt Döringstraße 4, 38118 Braunschweig, am 7. September

Heel, Hildegard **van**, geb. **Osenger**, aus Lyck, jetzt Insterburger Weg 42, 47279 Duisburg, am 11. September

Kraska, Martha, aus Siegersfeld, Kreis Lyck, jetzt Gröna Gatan 32, 41454 Göteborg, Schweden, am 8. September

Nüßlein, Liesbeth, geb. **Scherotzki**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, jetzt Brückenstraße 1, 96164 Kemmern, am 6. September

Plüm, Gertrud, geb. **Höllger**, aus Herrendorf, Kreis Elchniederung, jetzt An der Weide 77, 29614 Soltau, am 10. September

Schulz, Edelgard, geb. **Konetzka**, aus Ortelsburg, jetzt Ramdohrstraße 10, 28205 Bremen, am 8. September

Sdunzik, Albert, aus Groß Jauer, Kreis Lötzen, jetzt Krausstraße 29, 47119 Duisburg, am 5. September

ZUM 90. GEBURTSTAG

Albrecht, Erich, aus Kirpehnen, Kreis Samland, jetzt Kurzer Kamp 16, 23774 Heiligenhafen, am 10. September

Derlath, Rudi, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, jetzt Golddammerweg 29, 50829 Köln, am 7. September

Ehlers, Maria, geb. **Schlachta**, aus Rundfließ, Kreis Lyck, jetzt Lindenstraße 32 A, 23558 Lübeck, am 7. September

Gessner, Hedwig, geb. **Koslowski**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Hammer Straße 43, 48153 Münster, am 6. September

Kibbat, Erich, aus Hohenfried, Kreis Ebenrode, jetzt Ernst-Wiese-Straße 28, 24226 Heikendorf, am 3. September

Meisner, Erna, geb. **Jautschus**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, jetzt Schulstraße 4, 29308 Winsen (Aller), am 8. September

Pallat, Erika, aus Ortelsburg, jetzt Auf der Morgenweide 7, 55276 Oppenheim, am 5. September

Peter, Reinhold, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, jetzt Epscheider Straße 11, 58339 Breckerfeld, am 11. September

Reinke, Erna, aus Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, jetzt Brilliter Weg 5, 27442 Gnarrenburg, am 8. September

Schäfer, Waltraud, geb. **Palluch**, aus Gorlau, Kreis Lyck, jetzt Bahnhofstraße 69, 32457 Porta Westfalica, am 6. September

Schmelow, Emil, aus Warchallen, Kreis Neidenburg, jetzt Im Wiesengrund 11, 25479 Ellerau, am 6. September

Schroeder, Else, aus Karlshöhe, Kreis Neidenburg, jetzt Loher Straße 63, 22149 Hamburg, am 8. September

Schröter, Hildegard, geb. **Groß**, aus Hohenfried, Kreis Ebenrode, jetzt Am Hang 13, 21680 Stade, am 7. September

Schulze, Liselotte, geb. **Ketzler**, aus Kumehnen, Kreis Samland, jetzt Apfelhof 3 B, 27628 Hagen, am 10. September

Seeck, Werner, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Gistlstraße 15, 82049 Pullach, am 5. September

ZUM 85. GEBURTSTAG

Angermann, Liselotte, geb. **Rehberg**, aus Königsberg, jetzt Straße des Friedens 33, 04860 Torgau, am 22. August

Bärtschi, Marga, geb. **Moszejewski**, aus Hallenfelde, Kreis Goldap, jetzt Hinterbergweg 8, 4900 Langenthal, Schweiz, am 9. September

Barckhan, Gertrud, geb. **Brenke**, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, jetzt Euckenstraße 36, 22045 Hamburg, am 11. September

Binder, Elsa, geb. **Bolgehn**, aus Nöttnicken, Kreis Samland, jetzt Rennerweg 3, 96242 Sonnefeld, am 9. September

Casimir, Ursula, aus Rastenburg, jetzt Steinstraße 64, 39218 Schönebeck, am 6. September

Conrad, Gertraud, geb. **Eggert**, aus Sorgenau, Kreis Samland, jetzt Halstenbeker Weg 43, 22523 Hamburg, am 11. September

Gluth, Horst, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Callenbergweg 3, 44369 Dortmund, am 10. September

Gorzolka, Gertrud, geb. **Röthig**, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, jetzt Fürstenrieder Straße 131, 80686 München, am 10. September

Kobielski, Kurt, aus Sarken, Kreis Lyck, jetzt Lindenweg 12, 25469 Halstenbek, am 8. September

Kostrewa, Irmgard, aus Martinshagen, Kreis Lötzen, jetzt Immengarten 14, 32312 Lübbecke, am 2. September

Pötz, Friederike, geb. **Weichenthal**, aus Bredauen, Kreis Ebenrode, jetzt Kirchstraße 14, 65589 Hadamar, am 10. September

Retzlaff, Hella, geb. **Tautorus**, aus Königsberg Pr., jetzt Saargemünder Straße 1, 45481 Mülheim an der Ruhr, am 8. September

Schiemann, Kurt, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, jetzt Am Waldesrand 11, 73642 Welzheim, am 8. September

Soward, Hedwig, geb. **Neumann**, aus Lyck, jetzt Finkenweg 8, 51147 Köln, am 7. September

Thalmann, Friedel, geb. **Augustat**, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Dorfstraße 53, 19348 Düpow, am 8. September

Willutzki, Werner, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 98, jetzt Wildbaumweg 38, 44229 Dortmund, am 8. September

ZUM 80. GEBURTSTAG

Adam, Erwin, aus Saggehnen, Kreis Samland, jetzt Am Sandberg 9, 27308 Kirchlinteln, am 7. September

Ahlborn, Waltraud, geb. **Holwig**, aus Kinten, Kreis Heydekrug, jetzt Apeldoorner Straße 10, 28259 Bremen, am 5. September

Antoni, Christa, geb. **Brandstätter**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Erich-Ziegel-Ring 41, 22309 Hamburg, am 5. September

Bolte, Christel, geb. **Peter**, aus Alt-Passarge Ruhnenberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Glambecker Straße 13 A, 16247 Joachimsthal, am 10. September

Eckert, Gerda, geb. **Kristandt**, aus Kalaushöfen, Kreis Samland, jetzt Henkelshof 2-4, 42897 Remscheid, am 9. September

Falk, Erna, geb. **Schwartinski**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Wickenberger Weg 23, 29323 Wietze, am 5. September

Heinzelmann, Ursula, geb. **Löwenberg**, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, jetzt Untere Weitfeldstraße 12, 88690 Uhldingen-Mühlhofen, am 5. September

Hübner, Martin, aus Grüneberg, Kreis Elchniederung, jetzt Breckehof 2, 31787 Hameln, am 10. September

Jakobi, Irmgard, geb. **Peter**, aus Tapiau, Memellandstraße 47, Kreis Wehlau, jetzt Uhlandstraße 5, 16540 Hohen Neuendorf, am 9. September

Klein, Hubert, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Gerhart-Hauptmann-Straße 8, 02977 Hoyerswerda, am 8. September

Kozikowski, Ruth, geb. **Herfurth**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Zonser Straße 78, 41539 Dormagen, am 5. September

Laschitzki, Heinz, aus Kandien, Kreis Neidenburg, jetzt Schaffnerweg 12, 44795 Bochum, am 7. September

Mietens, Dr. Gerhard, aus Gerdauen, jetzt Krankenhausstraße 68, 50354 Hürth, am 6. September

Potreck, Maria, aus Mogahnen, Kreis Samland, jetzt Scheelring 21, 22457 Hamburg, am 6. September

Renzenbrink, Gerda, geb. **Bredow**, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Venner Straße 9, 49565 Bramsche, am 7. September

Rogowski, Ingrid, geb. **Bankrowitz**, aus Schwalgenort, Kreis Treuburg, jetzt Preinstraße 77, 44265 Dortmund, am 7. September

Rosemeier, Lucie, geb. **Hausmann**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Friedhofstraße 15, 32602 Vlotho/Uffeln, am 10. September

Schmidtke, Alfred, aus Ebenrode, jetzt Hauptstraße 42, 82229 Seefeld, am 11. September

Sembritzki, Margarete, geb. **Lendzian**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, und Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Alemannenstraße 8, 75045 Walzbachtal, am 8. September

Suhr, Ursula, geb. **Milautzki**, aus Ebenrode, jetzt Am Wolfsgraben 25, 67547 Worms, am 6. September

Urbahn, Irmgard, geb. **Moeck**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Wiesenberg 14, 53343 Wachtberg, am 6. September

Vogtländer, Greta, aus Polenzhof, Kreis Elchniederung, jetzt Bavierstraße 2, 40699 Erkrath, am 6. September

Zanter, Gerda, geb. **Arndt**, aus Baumgart, Kreis Heiligenbeil, jetzt Ringstraße 60, 42929 Wermelskirchen, am 6. September

Zwede, Ute, geb. **Wennmohs**, aus Laserkeim, Kreis Samland, jetzt Wüstenhöfener Spring 11, 21255 Tostedt, am 7. September

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

TERMINE DER LO

Jahr 2011

- **23. bis 25. September:** Geschichtsseminar in Bad Pyrmont
- **30. September bis 2. Oktober:** 8. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein
- **10. bis 16. Oktober:** Werkwoche in Bad Pyrmont
- **15./16. Oktober:** 4. Deutsch-Russisches Forum in Nürnberg und Ellingen
- **5./6. November:** OLV in Bad Pyrmont
- **7. bis 11. November:** Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 3. September, 14 Uhr, 3sat: Deutsche Spurensuche in Slowenien.

SONNTAG, 4. September, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

SONNTAG, 4. September, 14 Uhr, 3sat: Das schwimmende Krankenhaus von Sibirien.

SONNTAG, 4. September, 20.15 Uhr, RBB: Das große Schlager-ABC. Legendäre Hits aus vierzig Jahren.

SONNTAG, 4. September, 20.15 Uhr, TELE 5: Im Westen nichts Neues. Antikriegsdrama nach Erich Maria Remarque.

SONNTAG, 4. September, 21.05 Uhr, N-TV: Mengeles Geheimnis.

MONTAG, 5. September, 13.15 Uhr, 3sat: Südslawische Impressionen.

MONTAG, 5. September, 22.30 Uhr, BR: Unsere 50er Jahre – Wie wir wurden, was wir sind.

DIENSTAG, 6. September, 13.25 Uhr, 3sat: Die Teeroute (1–5/5). Im Reich des grünen Goldes.

DIENSTAG, 6. September, 20.15 Uhr, RBB: Immer geradeaus: Von Aachen nach Königsberg.

MITTWOCH, 7. September, 20.15 Uhr, Arte: Schwerpunkt „11. September“. Die Straßen des Terrors 1979 – 2001.

DONNERSTAG, 8. September, 17.15 Uhr, 3sat: Istanbul – Damaskus. Mit dem Zug in den Orient.

DONNERSTAG, 8. September, 20.15 Uhr, 3sat: Die Heimkinder. „Geschlagen und vergessen?“

FREITAG, 9. September, 20.15 Uhr, WDR: Kopfüber in die 60er Jahre (1/2): „Babyboom und Hochfrisur“.

Herbstfreizeit für Senioren

Vom 26. September bis 6. Oktober bietet das Ostheim eine Herbstfreizeit für Senioren an. Freizeiten im Ostheim, das sind abwechslungsreiche Urlaubstage in Bad Pyrmont. Die Angebote reichen vom morgendlichen Singen, der Seniorengymnastik, Dia- und Videoabenden, Lesungen aus Werken ostpreußischer Dichter und Schriftsteller, Spaziergängen, Museumsbesuchen und einem Halbtagesausflug bis zur heimatlichen Speisekarte. Der herbstliche Kurpark lädt zu Kurkonzerten, einem Bummel durch den größten Palmengarten nördlich der Alpen oder zum Ausprobieren des Barfuß-Pfades ein. In der Hufeland-Therme können Sie die Meersalzgrotte genießen, in unterschiedlichen Saunen schwitzen, auch ambulantes Kuren ist möglich. Bad Pyrmont selbst lädt mit Sehenswürdigkeiten, Einkaufsmöglichkeiten, Cafés und Kulturangeboten zum Bummeln und Genießen ein. Am letzten Abend feiern wir gemeinsam Abschied, bei dem jeder besinnliche und lustige Beiträge beisteuern kann. Sie sind in einer Gemeinschaft mit ostpreußischen und ostdeutschen Landsleuten.

Diese zehntägige Freizeit kostet im Einzelzimmer 478 Euro und im Doppelzimmer pro Person 413 Euro. Die Inklusivpreise beinhalten Vollpension, die Gästebetreuung und eine Halbtagesfahrt. Die Kurtaxe wird vom Staatsbad Bad Pyrmont separat erhoben. Anfragen und Anmeldungen, bitte nur schriftlich, richten Sie an:

Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 9361-0, Fax: (05281) 9361-11, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN STADT

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach, Danziger Str. 12, 53340 Meckenheim. Geschäftsstelle: Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 29131 und Fax (0209) 4084891, E-Mail: StadtAllenstein@t-online.de

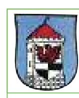
56. Jahrestreffen vom 16. bis 18. September in Gelsenkirchen – Es werden zwar nicht mehr tausende, aber doch noch ein paar hundert frühere Bewohner und Freunde Allensteins aus allen Teilen der Bundesrepublik und auch einige Teilnehmer aus dem heutigen Allenstein erwartet. Die 18 neu gewählten Stadtvertreter kommen bereits am Freitag zur jährlichen Stadtversammlung zusammen. Am Sonnabend um 10.45 Uhr wird Domherr Schmeier die ökumenische Gedenkandacht in der Probstkirche halten. Christel Becker wird die Besucher des Heimatmuseums „Der Treudank“ in der Vattmannstraße betreuen, bevor um 13.30 Uhr Schloss Horst zunächst für die Bücher- und Verkaufsstände und natürlich auch für die Beköstigung öffnet. Im Kaminzimmer wird Bruno Mischke wieder eine Sammlung alter Postkarten aus Allenstein ausstellen. Um 15 Uhr beginnt dann in der Glashalle von Schloss Horst die Feierstunde, in der neben dem Vorsitzenden Gottfried Hufenbach auch Vertreter der Städte Gelsenkirchen und Allenstein kurze Ansprachen halten werden. Musikalisch umrahmt wird diese Hauptveranstaltung durch den Bläser- und Posaunenchor Erle. Danach ist genügend Zeit und Gelegenheit zum „Plachandern“ mit alten und neuen Freunden Allensteins. Ab 17 Uhr gibt es wieder Tanz- und Unterhaltungsmusik. Für den bisherigen und bewährten Alleinunterhalter Oskar Delberg ist ein guter Ersatz verpflichtet. Der Sonntagvormittag beschließt mit den 10 Uhr-Gottesdiensten der Katholiken in der Probsteikirche und der Lutheraner in der Altstadtkirche das Jahrestreffen 2011.



ANGERAPP (DARKEHMEN)

Kreisvertreterin: Edeltraut Mai, Weißdornweg 8, 22926 Ahrensburg, Telefon (04102) 823300, Internet: www.angerapp.de.

Regionaltreffen der Angerapper – Sonnabend, 22. Oktober, 10 Uhr, Gaststätte Kräutergarten, Keller-Straße 28, 30655 Hannover: Regionaltreffen der Angerapper. Wie bereits im Heimatbrief 2010 angekündigt, findet dieses Jahr ein Regionaltreffen der Angerapper in Hannover statt, da das nächste Jahreshaupttreffen erst 2012 stattfinden wird. Zu diesem Regionaltreffen lädt die Kreisvertreterin im Namen des Gesamtvorstandes herzlich ein. Die Gaststätte ist vom Hauptbahnhof aus mit der U-Bahn-Linie 3 oder 9 bis „Klingerstraße“ (siebente Haltestelle) zu erreichen. Sollten Hotelunterkünfte gewünscht werden, bitte an den Loccumer Hof, Telefon (0511) 12640 oder Hotel Eilenriede, Telefon (0511) 563592-4 wenden. Dieses Hotel befindet sich in der Nähe der Gaststätte. Die Landsleute mit den Postleitzahlen, 21, 29, 30 bis 33, 37 bis 39 und 40 werden gesondert eingeladen, da sie im Umkreis von Hannover wohnen. Es wird gebeten, auch die Landsleute über das Treffen zu informieren, die das *Ostpreußenblatt* nicht beziehen. Anmeldungen zu diesem Treffen werden auf der im Heimatbrief 2010 eingefügten gelben Mitteilungskarte erbeten, damit die Gaststätte entsprechend disponieren kann. Die Gruppe freut sich auf ein Wiedersehen und ein gemeinsames Beisammensein.



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

57. Angerburger Tage am 17. und 18. September – Erneut werden wir uns in der Theodor-Heuß-Schule in Rotenburg (Wümme), Gerberstraße 16 (neben dem Ratsgymnasium) treffen. Dazu sind alle Angerburgerinnen und Angerburger sowie deren Nachkommen und Freunde, aber auch Gäste, herzlich eingeladen. Aufmerksame Leser des Angerburger Heimatbriefes werden es schon bemerkt haben: Im abgedruckten Programm fehlt in diesem Jahr der Festgottesdienst mit Abendmahlfeier am Sonntag in der Michaelskirche während der Angerburger Tage. Das ist zu bedauern, lässt sich aber angesichts der wenigen Gottesdienstbesucher nicht ändern. Der Michaelsgemeinde und besonders Pastor Sievers sei an dieser Stelle herzlich dafür gedankt, dass die Angerburger über Jahrzehnte den Gottesdienst dort feiern durften. Künftig werden wir uns immer sonnabends um 9 Uhr vor der Kreistagssitzung zu einem Gedenken am Patenschaftsstein am Rotenburger Kreishaus bei der Angerburger Eiche versammeln. Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Angerburg bittet um rege Beteiligung. Im Anschluss daran findet am Sonnabend, 17. September, um 9.30 Uhr eine öffentliche Sitzung der Angerburger Kreisvertretung statt, und zwar im großen Sitzungssaal. Auf der Tagesordnung stehen wichtige Punkte: Satzungsgemäß ist in diesem Jahr nach einer Amtszeit von zwei Jahren ein neuer Vorstand (u.a. Neuwahl des Kreisvertreters und seiner beiden Stellvertreterinnen) zu wählen. Berichte des Vorstandes, Ehrungen, die Entlastung des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2010 und die Verabschiedung des Haushaltsplanes für das Geschäftsjahr 2012 sind ebenfalls Gegenstand der Beratungen. Für Interessierte eine gute Gelegenheit, sich über die Arbeit des Vorstandes und die Aktivitäten der Kreisgemeinschaft zu informieren. Nach der Mittagspause ist auch in diesem Jahr eine Busfahrt nach Sittensen zum dortigen Heimatverein der Börde Sittensen e.V. vorgesehen. Der Preis für die Busfahrt mit Kaffee und Kuchen beträgt unverändert 10 Euro pro Person. Der Bus fährt pünktlich um 13.30 Uhr vom Hotel am Pferdemarkt in Rotenburg (Wümme) ab. Die Mindestteilnehmerzahl beträgt 25. Aus organisatorischen Gründen ist eine vorherige Anmeldung erforderlich unter Angabe der Personenzahl an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg, bitte bis spätestens 8. September 2011. Ein Höhepunkt der diesjährigen Angerburger Tage dürfte am Sonnabend, 20 Uhr, die Übergabe des Angerburger Kulturpreises durch unseren Patenschaftsträger, den Landkreis Rotenburg (Wümme), in der Aula der Theodor-Heuß-Schule werden. Im Anschluss daran treffen sich Angerburger und Rotenburger zu einem geselligen Beisammensein in der Schule. Es werden Gäste aus Angerburg (Wegorzewo) erwartet. Am Sonntag, 18. September, werden die Angerburger Tage in der Theodor-Heuß-Schule fortgesetzt. Um 11 Uhr findet in der Aula der Schule eine Feierstunde statt. Der Bürgermeister der Stadt Rotenburg (Wümme) wird die Gastrede halten. Das Angerburger Zimmer im Honigspeicher beim Rotenburger Heimatmuseum wird am Sonnabend und am Sonntag von 12 bis 16 Uhr geöffnet sein. In der Theodor-Heuß-Schule werden an beiden Tagen Bücher, u.a. „Angerburg von A-Z“ (4. Auflage) und „Der Kaufherr Thomas Anderson“, Postkarten, Landkarten und Heimatbriefe verschiedener Jahrgänge angeboten. Nach der Feierstunde treffen sich in der Theodor-Heuß-Schule die Angerburger und ihre Freunde zum Plachandern und Schabbern. Dort wird es auch zu günstigen Preisen ein Mittagessen geben, außerdem werden Kaffee und Tee sowie Kuchen und andere Getränke angeboten. Das Programm mit weiteren Informationen ist im Angerburger Heimatbrief Heft Nr. 147 (Mai 2011) auf den Seiten 46f. abgedruckt. Der Vorstand der Kreisgemeinschaft rechnet mit Ihrem Besuch zu den Angerburger Tagen 2011 in Rotenburg (Wümme) und wünscht Ihnen bis dahin eine gute Zeit.



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, Telefon (04101) 22037 (Di. und Mi., 9 bis 12 Uhr, Do. 14 bis 17 Uhr), Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de

Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft Fischhausen e.V. in Pinneberg am 17. und 18. September – In diesem Jahr feiert die Gruppe das 60-jährige Jubiläum der Patenschaft Pinnebergs für Fischhausen. Sie würde sich freuen, zahlreiche Gäste anlässlich der Wiedereröffnung unseres Heimatmuseums, das bekanntlich im August 2009 durch einen Brand stark beschädigt wurde, zu einem kleinen Sektempfang am Sonnabend, 17. September, um 10.30 Uhr im Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg begrüßen zu dürfen. – Freitag, 16. September, 19 Uhr, Kranzniederlegung am Gedenkstein im Drosteipark, 20 Uhr, Gemütlicher Abend mit Repräsentanten des Kreises und der Stadt Pinneberg im Samlandmuseum oder VfL-Heim. Bereits anwesende Ortsvertreter sind herzlich willkommen. Sonnabend, 17. September, 9.30 Uhr, Öffnung der Veranstaltungsräume im Hotel Cap Polonio, 11 Uhr, Wiedereröffnung des Samlandmuseums mit der Sonderausstellung des „Freundeskreises zur Erhaltung und Pflege ostpreußischen Kulturgutes“, Eröffnungsansprache von Dr. Joachim Mähnert, Direktor des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg, 13 Uhr, Ortsvertretersitzung im VfL-Heim, 14.30 Uhr Eröffnung der Veranstaltung und Begrüßung durch den Vorsitzenden Wolfgang Sopha, 15 Uhr, der Shanty-Chor Lägerdorf unterhält mit Liedern von der Küste und aus der Heimat, 17 Uhr, der ostpreußische Schriftsteller Arno Surminski liest aus seinen Werken, 18.30 Uhr gemütlicher „Ostpreußenabend“ mit gemeinsamem Essen im Hotel Cap Polonio zum Preis von 12 Euro. Die KG bittet um verbindliche Anmeldung. – Tag der Heimat, Sonntag, 18. September, 10 Uhr, Öffnung der Samland-Ausstellung, 10.45 Uhr, Musikalische Einstimmung mit dem Wedeler Spitzerdorf-Schulauer Männergesangverein, 11 Uhr, Feierstunde zum Tag der Heimat und anlässlich 60 Jahre Patenschaft des Kreises Pinneberg im großen Saal des Cap Polonio, Schleswig-Holstein-Lied, Begrüßung durch den Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft Fischhausen e.V. Wolfgang Sopha, Grußworte, Andacht und Totenehrung Pastor i.R. Alfred Scherlies, Deutschlandlied, Schlusswort, Ostpreußenlied. Anschließend Fortsetzung des Kreistreffens im Hotel Cap Polonia und VfL-Heim und in den Räumen der Samland-Ausstellung am Fahltskamp 30, Schirmherr: Kreispräsident Burkhard E. Tiemann. – **Seestadt Pillau:** Die Gemeinschaftsvertretung der Heimatgemeinschaft Seestadt Pillau e.V. hat am 6. August einen neuen Vorstand gewählt: Gabriele Schildknecht, Bremen (Vorsitzende), Kirsten Barz, Wilstedt (1. Stellvertreterin der Vorsitzenden), Rosemarie Schmidt, Pinneberg , (2. Stellvertreterin der Vorsitzenden), Ingrid Petersen, Gifhorn (Schatzmeisterin), Erika Kruse, Osdorf (Schriftführerin).



GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, , 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Fax (03 90 00) 5 13 17. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

Nachruf auf Martin Stascheit – Wieder hat die Heimatkreisgemeinschaft ein verdienstvolles Mitglied verloren. Wir erhielten die traurige Nachricht, dass Pfarrer i.R. Martin Stascheit am 13. Juli 2011 nach längerer Krankheit verstorben ist. Martin Staschiet wurde am 1. April 1935 in Engelstein, Kreis Angerburg, geboren. Sein Vater war dort Pfarrer. 1936 zog die Familie nach Assaunen. Hier wuchs er zusammen mit seinen drei jüngeren Geschwistern bis zur Flucht im Januar 1945 auf. Schulzeit und Theologiestudium absolvierte er bis 1959 in der ehemaligen DDR. Danach folgte die Fortsetzung des Theologiestudiums in der Hannoverschen Landeskirche. Hier war Martin Staschelt gut 30 Jahre lang auf drei Pfarrstellen als Pastor tätig. Aus Krankheitsgründen trat er 1997 in den Ruhestand. Bereits in der Amtszeit von Kreisvertreter Georg Wokulat begann er seine Tätigkeit für die Heimatkreisgemeinschaft, die er auch bei den Amtsnachfolgern Erwin Goerke und Hans Ulrich Gettkant fortführte. Erst 2005 hat Martin Staschelt aus gesundheitlichen Gründen seine verschiedenen Tätigkeiten aufgeben müssen. Er war von 1983 bis 2001 als Kirchspielvertreter für Assauen Mitglied des Kreistages, er arbeitete für den Heimatbrief und gab während zahlloser Hauptkreistreffen mit seinem geistlichen Wort den Landsleuten Trost und Zuversicht. Dabei war es ihm stets ein Anliegen, seine Verbundenheit mit seiner Heimat allen Teilnehmern der Hauptkreistreffen und auch den Lesern des Heimatbriefes zu dokumentieren. Für dieses große Engagement erhielt er 1990 das Ehrenzeichen der Landsmann-

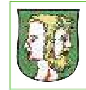
Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Richtigstellung

In der *PAZ* Folge 33 hat sich in der Rubrik „Aus den Heimatkreisen“ ein bedauerlicher Fehler eingeschlichen. Statt dem „Kopf“ Memel-Land hätte der von Memel-Stadt über dem Bericht von Claudia Tutsch stehen müssen. Wir bitten, das Versehen zu entschuldigen!

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

schaft Ostpreußen. Die Heimatkreisgemeinschaft wird Martin Stascheit stets ein ehrendes Andenken bewahren. Walter Mogk



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, St. Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg.

3. „Münchener" Treffen am 13. September – Zum dritten Mal treffen sich die Lycker Landsleute aus München und Umgebung, diesmal am 13. September, 15 Uhr, in der Gaststätte „Haus des Deutschen Ostens", Am Lilienberg 5, in 81369 München. Der Organisator des Treffens, Vorstandsmitglied Peter Skrotzki, Schellingstraße 22, 80799 München, Telefon (089) 28 33 76, hofft auf zahlreiche Teilnehmer. Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Lyck wird durch die Archivwartin Bärbel Wiesensee vertreten sein. Peter Skrotzki wird über die Reise im Juni nach Lyck und über das Kreistreffen Ende August in der Patenstadt Hagen berichten. Bärbel Wiesensee wird Aussagen über das Lycker Kreisarchiv und die Anmietung einer Wohnung in der Patenstadt Hagen machen.



RÖSSEL

Kreisvertreter: Reinhard Plehn, Georg-Büchner-Straße 66, 40699 Erkrath, Tel. (0211) 253274 Reinhard.Plehn@t-online.de. Redaktion Rößeler Heimatbote: Gisela Fox, Tel. (040) 5203191.

28. Hauptkreistreffen am 17. und 18. September in der Aula des Berufsbildungswerkes, Hammfelddamm 2, 41460 Neuss. Programm: Sonnabend, 17. September, 10.30 Uhr, Ordentliche Kreistagssitzung in der Aula mit Berichten des Kreisvertreters über die Arbeit im Jahre 2010/2011, des Schatzmeisters Siegfried Schrade, der Geschäftsführerin und Redakteurin des „Rößeler Heimatboten" Gisela Fox, sowie Neuwahlen des Kreisausschusses. Die Sitzung ist öffentlich, Gäste sind willkommen! 13 Uhr Mittagessen in der Aula, 13.30 Uhr Treffen mit den Landsleuten aus den Heimatorten und den Kirchspielen im Kreis Rößel in der Aula, Hammfelddamm 2, 14.30 Uhr Filmvorführung im Nebenraum der Aula, 16 Uhr Kaffeetrinken mit selbstgebackenen Kuchen, 18 bis 21 Uhr Festlicher Heimatabend in der Aula mit Tanz, Tombola und Tanzdarbietungen der Tanzgruppe der „Reformationskirche Neuss", Leitung: Britte Roos, zum Tanz spielt die Ein-Mann-Kapelle Paul Daniels auf. – Sonntag, 18. September: 10 Uhr Festgottesdienst mit Konsistorialprodekan Msgr. Achim Brennecke in der Kapelle des St. Alexius-Krankenhauses, Alexianer Platz 1, 41464 Neuss (zirka fünf Minuten von der Aula entfernt), 12 Uhr Feierstunde in der Aula. Die Feierstunde wird festlich umrahmt durch den Männerchor „Quartett Verein Sängerbund 1859 Büderich", Leitung Winfried Küttner, Chor „Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen", Begrüßung Kreisvertreter Reinhard Plehn, Gedanken zur Heimat Waltraud Wiemer, Chor „Mein Ermland will ich ehren", Totenehrung Paul Thiel, stellv. Kreisvertreter, Grußwort des Patenkreises, Hans-Jürgen Petrauschke, Landrat des Rhein-Kreis-Neuss, Festvortrag Prälat Prof. Dr. Helmut Moll, Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz, Thema: „Blutzeugen und Gewaltopfer in Ostpreußen zwischen 1933 und 1945", Schlusswort Kreisvertreter Reinhard Plehn, Chor und alle „Einigkeit und Recht und Freiheit" (3. Strophe der Nationalhymne), 13.30 Uhr Gelegenheit zum Mittagessen in der Aula, anschließend Treffen mit den Landsleuten aus den Heimatorten unter dem Motto „Schabbern und Plachandern", 15 Uhr Gelegenheit zum Kaffeetrinken mit selbstgebackenen Kuchen, 17 Uhr Ausklang des diesjährigen Hauptkreistreffens der Kreisgemeinschaft Rößel e.V. – Weitere Termine in diesem Jahr: „Tag der Offenen Tür" am Donnerstag, 1. September und Donnerstag, 29. September in der Ostdeutschen Heimatstube, Oberstraße 17, 41460 Neuss, sowie zur Adventsfeier am Sonntag, 11. Dezember, 14 Uhr Hl. Messe in der Marienkirche zum 3. Adventssonntag (gegenüber dem Hbf. Neuss) mit Konsistorialrat Pfr. Carsten W. Franken, 15 Uhr Adventsfeier im Marienhaus (5 Gehminuten von der Kirche entfernt).

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

BdV-Landesgruppe Stuttgart – Sonntag, 18. September, 11 Uhr, Kranzniederlegung beim Vertriebenendenkmal im Kursaal Bad Cannstatt, 14 Uhr, Liederhalle Hegelsaal: Tag der Heimat 2011. Einladung zur Kranzniederlegung am Denkmal für die Opfer der Vertreibung vor dem Kursaal Bad Cannstatt, Gestaltung: Sudetendeutsche Landsmannschaft Stuttgart, mit Unterstützung des Kulturamts der Stadt Stuttgart. Einladung zum Volkstumsnachmittag mit Kundgebung. Es spricht Ministerialdirigent Herbert Hellstein, Innenministerium Baden-Württemberg. Begrüßung: Albert Reich, BdV-Kreisvorsitzender Stuttgart. Das Programm umfasst Altüberliefertes und Neues in Gesang, Volkstanz und Volks- und Instrumentalmusik und wird gestaltet von dem Chor und der Tanzgruppe der Banater Schwaben, Stuttgart, dem Gmoichor und der Tanzgruppe der Egerländer, Stuttgart, den Schlesischen Trachtenspatzen des BdV Biberach, der Schlesischen Bergmannsgruppe Stuttgart, dem Chor der Siebenbürger Sachsen Stuttgart, der Siebenbürger Blasmusik, Stuttgart. Die Volkstänzer begleitet wieder das Dandbändel Tübingen, Solist: Markus Thalheimer, Harfe. Änderungen möglich. Gesamtleitung und Ansage: Hartmut Liebscher, DJO-Landesvorsitzender, Mitansage: Norman Thalheimer. Sonderstände bieten Wissenswertes, Volkskundiges sowie kulinarische Leckerbissen aus der ostdeutschen Heimat. Veranstalter: Die Stuttgarter Kreisgruppen des BdV – Vereinigte Landsmannschaften, der DJO – Deutsche Jugend in Europa und die landsmannschaftlichen Kreisverbände der Deutsch-Balten, Memelländer, Ost- und Westpreußen, Danziger, Pommern, Berlin-Mark Brandenburger, Nieder- und Oberschlesier, Sudetendeutschen wie Egerländer u. a., Karpatendeutschen, Deutschen aus Ungarn, Donauschwaben, Banater Schwaben, Siebenbürger Sachsen, Deutschen aus Russland, den Sachsen und Thüringern, der Landsmannschaft Weichsel Warthe. – 13.30 Uhr: zum Auftakt musiziert die Siebenbürger Blasmusik Stuttgart. Achtung Trachtenträger und Fahnenabordnungen! Aufstellung zum Einzug im Foyer zum Hegelsaal um 13.45 Uhr, Festabzeichen: 2,50 Euro.

Göppingen – Mittwoch, 7. September, Glashaus in Salach, Weberstraße 15: Die Frauengruppe in der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen feiert ihr 60. Jubiläum. Die Frauen treffen sich zu einem gemeinsamen Mittagessen. Eingeladen sind auch die Vorstände der Mitglieder des Hauptvereins, Uta Lüttich, die Landesvorsitzende, wie auch Marianne Bayreuther, Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen, sowie Personen aus dem öffentlichen Leben von Salach, Eislingen und Göppingen. Auch Vertreter von Landsmannschaftsgruppen aus Ulm und Schorndorf werden teilnehmen. Die Gruppe hat eine Ausstellung vorbereitet, zu der jedes Mitglied etwas beitragen kann. Die Themen sind: Ein Koffer voll Erinnerungen, Erinnerungsstücke an zu Hause, Übriggebliebenes vom Fluchtgepäck, dann „Das Gold der Ostsee", Bernsteinschmuck in voller Schönheit sowie Handarbeiten aus Ost- und Westpreußen, Jostenbänder, Strick-, Web- und Stickarbeiten, und selbstgefertigte Trachtenkleider. Es wird ein bunter Nachmittag werden, mit Liedern und Gedichten aus der Herimat, mit Vorträgen und Ansprachen.. Geplant und vorbereitet hat das Ganze hauptsächlich die Vorsitzende Vera Pallas, (Telefon 07162-5870), welche die Gruppe seit 10 Jahren sehr gut führt.

Stuttgart – Mittwoch, 21. September, 18 Uhr, Bibliothek Haus der Heimat, Lesung „DurchFlug – E.T.A. Hoffmann in Schlesien" und anschließendes Gespräch mit dem Schriftsteller, Übersetzer und Theatermacher Peter Lachmann aus Warschau. Weitere Teilnehmer sind Dr. Klaus Harer vom Deutschen Kulturforum östliches Europa und der langjährige Rundfunksprecher beim SWR/SDR Karlheinz Gabor. E.T.A. Hoffmann, weltberühmter Schriftsteller und Komponist der Romantik, wird vor allem mit seinen Wirkungsorten in Berlin, Bamberg und Polen in Verbindung gebracht. E.T.A. Hoffmann verbrachte aber auch einen Teil seines Lebens in Schlesien und wurde dort unter dem Einfluss der Region zu einem eindrucksvollen Landschaftsmaler mit der Feder. Peter Lachmann hat in seinem neuen Buch erstmals jene Texte Hoffmanns, die in Schlesien entstanden sind oder auf seine Schlesienaufenthalte Bezug nehmen, zusammengestellt und in Wort und Bild erläutert. – Zu Beginn des neuen Schuljahres startet der 8. grenzüberschreitende Schülerwettbewerb des Innenministeriums und des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg. Das Motto für das Schuljahr 2011/12 lautet: „Regionen in Europa – Baden-Württemberg und die Vojvodina". Weitere Informationen unter www.hdhbw.de.

BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Bamberg – Mittwoch, 21. September, 15 Uhr, Gaststätte Tambosi, Promenade: Monatsversammlung. Thema „Siebenbürgen – 800 Jahre deutsche Kolonisation und ihr Leben heute".

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Neuer Kalender: Ostpreußen und seine Maler 2012



Eduard Bischoff: Im Garten von Otto Besch

Bild: type art

Zum ersten Mal widmet sich der Kalender „Ostpreußen und seine Maler" im nächsten Jahr einem besonderen Thema, dem Garten. Maler wie Alfred Teichmann, Kurt Bernecker, Karl Eulenstein, Edith Wirth, Eduard Bischoff, Karl Storch d. Ä., Carl Knauf und Julius Freymuth haben dieses Thema aufgegriffen und meisterhaft mit Pinsel und Farbe festgehalten. Bischoff gelang es, die üppige Blütenpracht im Garten seines Freundes, des Komponisten Otto Besch, auf die Leinwand zu bannen, während Carl Knauf ganz nüchtern ein Kohlfeld in Nidden malte. Nur noch bis zum 30. September gilt der Vorzugspreis von 21,50 Euro für die Leser der *PAZ* (später 22,60 Euro). *os*

Zu bestellen bei type art Satz & Grafik, Südrandweg 15, 44139 Dortmund, Telefon (0231) 5573780, Fax (0231) 55737820, E-Mail info@typeart-dortmund.de

Stiftung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. *„Zukunft für Ostpreußen“*

Liebe Landsleute, verehrte Leserinnen und Leser der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt,*

die Landsmannschaft Ostpreußen hat eine Stiftung ins Leben gerufen, um die Erinnerung an Ostpreußen und seine Menschen dauerhaft zu bewahren und nachfolgenden Generationen ein Bild dieser großartigen europäischen Kulturlandschaft zu vermitteln.
Ihr Name ist: Stiftung *„Zukunft für Ostpreußen“*.

Welche Zwecke verfolgt die Stiftung?

Zu ihren wesentlichen Aufgaben zählen die Förderung von Forschung und Wissenschaft im Hinblick auf die ostpreußische Geistes-, Siedlungs- und Kulturgeschichte als Teil der deutschen und europäischen Geschichte sowie die Unterstützung der in der Heimat verbliebenen Deutschen und ihrer Nachkommen bei dem Bemühen, ihre Identität zu wahren. Großes Gewicht wird dabei der Verständigung mit den östlichen Nachbarstaaten eingeräumt.

Wie hilft die Stiftung?

- Vergabe von Forschungsaufträgen und Auslandsstipendien,
- Veröffentlichung und Mitfinanzierung von Publikationen,
- Durchführung von kulturellen Veranstaltungen und Seminaren,
- Förderung des Jugendaustausches mit Litauen, Polen und Russland,
- Unterstützung der deutschen Minderheit in Ostpreußen, z. B. durch Förderung des deutschen Sprachunterrichts,
- Restaurierung von Bauwerken und Gedenkstätten in Ostpreußen.

Was können Sie tun?

Sie können die Arbeit der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ durch Zustiftungen oder Spenden (Zuwendungen) unterstützen.

Zustiftungen

Mit einer Zustiftung fördern Sie die Arbeit der Stiftung auf Dauer. Ihr Beitrag wird Teil des Grundstockvermögens und nur die Zinserträge werden für die Arbeit der Stiftung eingesetzt. Zustiftungen ab 5.000 Euro werden in unserem Stiftungsbuch erfasst, damit der Name der Stifter und ihr Einsatz für Ostpreußen der Nachwelt erhalten bleibt.

Erbschaften

Mit der Errichtung der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ wird auch dem Wunsch vieler Menschen Rechnung getragen, mit ihrem Erbe dauerhafte Spuren zu hinterlassen. Wenn Sie sicher sein wollen, dass Ihr Erbe ausschließlich für gemeinnützige Zwecke eingesetzt wird, ist die Stiftung das geeignete Instrument. Bekunden Sie Ihren Willen zu einer Zustiftung in Ihrem Testament. Oder machen Sie eine Teilstiftung zu Lebzeiten und verfügen testamentarisch eine Erhöhung dieses Betrages. So erleben Sie noch persönlich, welche Früchte Ihre Zustiftung trägt. Mit einem Vermächtnis können Sie der Stiftung auch Sachwerte zukommen lassen – etwa Immobilien.

Spenden (Zuwendungen)

Spenden an die Stiftung fließen nicht in das Stiftungskapital ein. Die Gelder werden zeitnah zur Verwirklichung der Stiftungsprojekte verwendet.

Steuerliche Begünstigung

Ihr Engagement für einen guten Zweck kann mit erheblichen steuerlichen Vorteilen verbunden sein. 2007 hat der Bundesrat das „Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ verabschiedet, womit die steuerrechtlichen Rahmenbedingungen für Stifter und Stiftungen erheblich verbessert wurden. Als gemeinnützige Organisation ist die Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ von der Erbschaftssteuer befreit.

Ob Sie die Arbeit der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ durch eine Zustiftung, einen Nachlass, eine Schenkung oder Spende unterstützen, entscheiden Sie. Jeder Beitrag hilft, Ostpreußen eine Zukunft zu geben. Stiftungsrat und Stiftungsvorstand sichern Ihnen eine effiziente Verwendung der Stiftungsmittel zu.

Sollten Sie Fragen haben, wenden Sie sich bitte an den Vorsitzenden des Stiftungsvorstands, Dr. Sebastian Husen, husen@ostpreussen.de oder Tel. 040 - 41 40 08 - 23.

Wirken Sie mit an der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“!

Stephan Grigat
Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Vorsitzender des Stiftungsrates

Dr. Sebastian Husen
Bundesgeschäftsführer der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Vorsitzender des Stiftungsvorstands

Stiftungskonto:

Fürst Fugger Privatbank
Konto-Nr.: 1001834983
BLZ: 720 300 14

Bitte vermerken Sie bei Ihrer Überweisung unter dem Verwendungszweck, ob es sich um eine Spende oder eine Zustiftung handelt. Auf Wunsch stellen wir gerne eine Zuwendungsbestätigung aus.

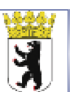
Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

Ingolstadt – Sonntag, 18. September, 14.30 Uhr, Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8: Monatliches Heimattreffen.

Landshut – Dienstag, 20. September, 12 Uhr, Insel: Treffen zum Essen, Königsberger Klopse oder Keilchen.

München – Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr: Ostpreußischer Sängerkreis, Ansprechpartner Dr. Gerhard Graf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.

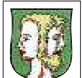
Ulm/Neu-Ulm – Freitag, 9. September, 18.30 Uhr, Mahnmal in Schelklingen: Kleine Gedenkfeier mit Blumenniederlegung. Gäste sind herzlich willkommen. – Sonnabend, 10. September, 14.30 Uhr, Domstadt, Betreuungs- und Pflegezentrum, Bodelschwingweg 22: Tag der Heimat, 14.30 Uhr Totengedenken in der Kapelle, 15 Uhr Festakt im Saal des Zentrums. Fahrmöglichkeiten ab Ulm ZOB: Hinfahrt Bus 49, Steig 4, ab 14.15, Ankunft Domstadt Altenzentrum 14.40 Uhr. Rückfahrt: ab Domstadt Altenzentrum 17.10 Uhr, Ankunft Ulm 17.30 Uhr. Eine Tageskarte im DING-Gebiet kostet 13,50 Euro für fünf Personen. Sie gilt für Bus und Bahn.



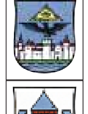
BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

KREISGRUPPE



Lyck – Sonnabend, 3. September, 15 Uhr, Ratsstuben JFK, Am Rathaus 9, 10825 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Peter Dziengel, Telefon (030) 5245479.



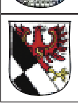


Tilsit-Ragnit/Tilsit-Stadt – Sonnabend, 10. September, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Rathaus, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Treffen der Gruppen. Anfragen für Tilsit/Ragnit bei Hermann Trilus, Telefon (03303) 403881, für Tilsit-Stadt bei Heinz-Günther Meyer, Telefon 2751825.

Frauengruppe – Mittwoch, 14. September, 13.30 Uhr, Die Wille, Wilhelmstraße 115, 10963 Berlin: Referat über Ostpreußen. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.







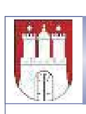
Angerburg, Darkehmen, Goldap – Donnerstag, 22. September, 14 Uhr, Oase Amera, Borussiastraße 62, 12103 Berlin: Erntedank in Ostpreußen. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremerhaven – Bericht vom Haffdörfertreffen im Kleingartenverein Bremerhaven-Süd. Elly Kiesel hatte mit tatkräftiger Unterstützung ihres Mannes Anfang des Jahres die Einladungen verschickt. 30 feste Zusagen kamen zurück. Zur großen Freude der Organisatoren konnten 45 Personen begrüßt werden. Nach der Totenehrung wurden das Nehrungslied und natürlich auch das Ostpreußenlied gesungen. Auch ohne musikalische Umrahmung von Christian Lemke, der beruflich verhindert war, kam keine Langeweile auf, weil sich reichlich Gesprächsstoff fand. Als Vorsitzende der örtlichen Gruppen begrüßte Marita Jachens-Paul die Anwesenden und wünschte einen guten harmonischen Verlauf. Seit vielen Jahren wird sie zum Haffdörfertreffen eingeladen und kommt sehr gerne dorthin. Sie wies auch auf den Patenkreis, das Torhaus und das Heimatkreistreffen in Otterndorf hin. Die ebenfalls anwesenden Anni-Lore und Bärbel Lemke stellten sich für Fragen zum Patenkreis, der Fotoausstellung und weiterem zur Verfügung. Aber hinfahren und selbst ansehen ist am besten.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 10. September, 15 Uhr; Finnische Seemannskirche, Ditmar-Koel-Straße 6 (nahe S-Bahnstation Landungsbrücken): **Ökumenischer Gottesdienst der Heimatvertriebenen**. Die Predigt hält Pastor Peter Voß, Liturgie: Pastor Peter Voß, Diakon Peter Meinke, Chor: Ostpreußenchor Hamburg, an der Orgel Christiane Säilä. Anschließend Kaffeetafel im Gemeindehaus.

Sonntag, 11. September, 15 Uhr, Gemeindehaus der Hauptkirche St. Michaelis („Michel“), Englische Planke 1a (S-Bahnstadtion Stadthausbrücke): **Tag der Heimat**. Eröffnung und Begrüßung: Willibald Pietsch, Vorsitzender des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen in Hamburg (LvD). Festrede: Markus Weinberg. Im Vorprogramm spielt der Musikzug der Freiwilligen Feuerwehr Willinghusen. Am Programm wirken mit der Ostpreußenchor, die Tanzgruppe Ringlein und Peter Voß mit einem Vortrag über Heinrich von Kleist und einem Schlusswort.

Referat Kultur: Sommerfest der Landesgruppe Hamburg mit der bekannten Akkordeonspielerin Edith Neuring. Es werden Heimatlieder, Volkslieder und maritime Döntjes gespielt und gesungen. Mitsingen mutiger Landsleute ist erlaubt. Desweiteren wird das Programm durch heimatliche literarische Vorträge bereichert. Der Vorsitzende Hartmut Klingbeutel berichtet über seine Reise nach Allenstein / Ostpreußen. Durch die Veranstaltung führt Siegfried Grawitter (Kulturreferent) Telefon (040) 205784. Wann: Sonnabend, 3. September, 14 bis 17 Uhr (Saaleinlass ab 13 Uhr), Wo: Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562, Hamburg (S- und U-Bahnstation Ohlsdorf plus 5 Minuten Fußweg):

Sonnabend, 1. Oktober, 10 bis 17 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Platz: **Heimatmarkt der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften.**

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat außer Juli und August im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 73926017.

KREISGRUPPE



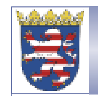
Elchniederung – Mittwoch, 28. September, 15 Uhr, ETV-Stuben, Bundesstraße 96/Ecke Hohe Weide, Eimsbüttel, U-Bahn Christuskirche: Erntedankfest. Nach dem Kaffee wird die Gruppe in gemütlicher Runde mit Vorträgen von Helga Bergner und Liedern zur Jahreszeit für die Früchte der Gärten danken. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen. Der Eintritt ist frei, aber über eine Spende für den Erntetisch würde sich die Gruppe freuen.



Insterburg – Mittwoch, 7. September, 13 Uhr, Hotel zum Zeppelin, Frohmestraße 123, 22459 Hamburg: Monatstreffen der Insterburger Heimatkreisgruppe, Vortrag „Kulturgeschichte Ostpreußen“. Gäste und neue Mitglieder sind herzlich willkommen. Für Rückfragen steht Manfred Samel, Telefon/Fax (040) 587585, zur Verfügung.



Sensburg – Sonntag, 18. September, 15 Uhr, Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg: Gemütliches Beisammensein. Gäste sind herzlich willkommen.



HESSEN

Vorsitzender: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

Darmstadt – Sonnabend, 17. September, 15 Uhr, Luise-Büchner-Haus/Bürgerhaus Am See, Darmstadt-Neu-Kranichstein, Grundstraße 10 (EKKZ): Monatstreffen. Nach der Kaffeetafel hält Dieter Leitner einen Vortrag zum Thema „Wilhelm Wien zum 100. Jahrestag der Verleihung des Nobelpreises für Physik“. Gäste sind herzlich willkommen.

Wiesbaden – Sonnabend, 10. September, 11 Uhr, BdV-Gedenkstein (Wiesbaden-Kohlheck, an der Kranichstraße): Feierstunde. Es spricht Stadträtin Rose-Lore Scholz. Es singt der Frauenchor der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen/Berlin-Mark Brandenburg, Trompete: Eduard Molleker. – Sonntag, 11. September, 11.15 Uhr, Haus der Heimat, großer Saal: Feststunde zum Tag der Heimat. Es spricht Dr. Christean Wagner, MdL, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion. Gottesdienste Marktkirche und St. Bonifatiuskirche jeweils um 10 Uhr, Kinderfest um 15 Uhr.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Kalender zum Vorzugspreis

Der Kalender „Ostpreußen und seine Maler“ kann ab sofort zu den bekannten Konditionen von Landesgruppen und Kreisgemeinschaften bei der LO, Bundesgeschäftsstelle, Ute Vollmer, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0 vorbestellt werden.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

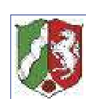
Buxtehude – Sonnabend, 10. September, 15 Uhr, Hoheluft: Plachander-Kaffee. Dietmar Kiekel wird einen Film über das Ostpreußentreffen in Erfurt zeigen. Statt eines Unkostenbeitrags bittet die Gruppe um eine entsprechende Spende. Anmeldung erbeten bis zum 7. September bei Familie Wander, Telefon (04161) 87918.

Celle – Bericht über die Fahrt zum Straßenbahnmuseum in Sehnde (OT Wehmingen) 2011. Zur diesjährigen Ausflugsfahrt lud die Landsmannschaft Ostpreußen, Kreisgruppe Celle, ihre Mitglieder und Freunde zum Straßenbahnmuseum in Sehnde (OT Wehmingen) ein. Begrüßt wurden die Teilnehmer durch den 1. Vorsitzenden Manfred Kirrinnis, und den 2. Vorsitzenden Uwe Jäckel, der die Fahrt organisiert hatte. Aus vielen Städten sind Straßenbahnen bereits als Transportmittel verschwunden. Der Hannoversche Straßenbahn-Museum e. V. hat es sich zur Aufgabe gemacht, diese Fahrzeuge exemplarisch langfristig zu erhalten und ihre Geschichte damit am Original zu dokumentieren. Das Museum, das seit 1987 in dieser Form besteht, wird ausschließlich ehrenamtlich betrieben. Rund 100 Straßenbahnen, teilweise noch auf Renovierung wartend, sind auf dem Museumsgelände untergestellt. Die Ausstellungsstücke befinden sich in Hallen des früher auf dem Gelände befindlichen Kalibergwerkes. Einen Schwerpunkt bilden dabei Straßenbahnen aus der Region Hannover. Ansonsten reicht die Bandbreite bei den Fahrzeugen von Hamburg bis München und von Düsseldorf bis Dresden. Herausragendes Ausstellungsstück ist die über 100 Jahre alte U-Bahn aus Budapest. Zum Ende des Besuches gab es eine 2,5 Kilometer lange Rundfahrt durch das Museumsgelände entlang an alten Industrieanlagen und durch ein Waldstück. Der historische Straßenbahnwagen zeigte als Zielort dabei noch den Hannoveraner Stadtteil Döhren an. Abschließend ging es zur Stärkung mit Kaffee und Kuchen in das Antik-Café Bartels in Lehrte. Mitglied Elisabeth Krahn übernahm es, sich im Namen der Gruppe mit einem Grußwort im Gästebuch des Café zu verewigen.

Lüneburg – Sonnabend, 17. September, 15 Uhr, St. Johanniskirche, Zentrum Lüneburg: 3. Ostpreußischer Heimatgottesdienst. Der Gottesdienst wird ökumenischen Charakter haben, zu dem auch Gäste aus dem südlichen Ostpreußen eingeladen sind. Die Predigt hält in diesem Jahr Pfarrer Pawel Hause aus Rastenburg und die Orgel spielt Irina Kahuermanova, geborene Könnig, aus Königsberg. Außerdem wirken Kirchen- und Posaunenchöre sowie verschiedene Solisten mit. Nach dem Gottesdienst gibt es Kaffee und Kuchen im Ostpreußischen Landesmuseum. Verantwortlich ist Pastor Fryderyk Tegler von der GeO mit seinem Team. Telefon (04136) 910573.

Oldenburg – Mittwoch, 14. September, 15.00 Uhr, Stadthotel Eversten, Hauptstraße 36, Oldenburg: Die Frauengruppe der Ostpreußen und Westpreußen Oldenburg trifft sich wieder nach der Sommerpause. Der ostpreußische Schriftsteller Arno Surminski kommt zu einer Lesung aus seinen Werken. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen.

Düren – Montag, 12. September, 14.30 Uhr, Haus des deutschen Ostens, Holzstraße 7 A: Treffen der Frauengruppe.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Düsseldorf – Sonnabend, 17. September, 10 Uhr, Info-Stand Düsseldorf Hauptbahnhof: Wandertreff. Ziel: Essen-Hügel, Bilderausstellung in Villa Krupp. – Dienstag, 20. September, 15 Uhr, GHH/Raum 312: Film „Der Tunnel“, Deutschland 2000/2001. – Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr, GHH/Eichendorff-Saal/I. Etage: Singprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft unter Leitung von Radostina Hristova.

Ennepetal – Donnerstag, 15. September, 18 Uhr, Heimatstube: Monatsversammlung mit Krustenbraten mit Sauerkraut und Kartoffeln. – Sonnabend, 17. September, 16 Uhr, Rosine: Tag der Heimat, Zentrale Verantaltung des BdV.

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

Essen – Sonntag, 11. September, 15 Uhr, Saal „Marienheim“, Gemeinde St. Maria Himmelfahrt, Schmitzstraße 8, 45143 Essen: Tag der Heimat. Zum diesjährigen Motto „Wahrheit und Dialog – Schlüssel zur Verständigung“ spricht Thomas Kutschaty, Justizminister des Landes NRW. Veranstalter ist der BdV-Kreisverband Essen. – Freitag, 16. September, 15 Uhr, Gastronomie Elisabeth, Dolldendorfstraße 51, 45144 Essen: Treffen der Gruppe. Berichte über die Fahrten der Mitglieder in der Sommerpause, u.a. Bericht über eine Fahrt nach Weißrussland. Informationen bei Bernhard Kehren, Telefon (0201) 626271 oder Julius Wermter, Telefon (0201) 9599877.

Gütersloh – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

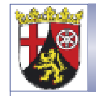
Köln – Das in Folge 34 angekündigte Treffen zum Tag der Heimat am 11. September im Chorweiler Bürgerzentrum fällt krankheitsbedingt aus!

Mülheim an der Ruhr – Sonntag, 18. September, 11 Uhr, Bürgergarten, Aktienstraße 80: Tag der Heimat. BdV-Veranstaltung unter dem Motto „Wahrheit und Dialog – Schlüssel zur Verständigung“. Nach der Veranstaltung bietet der Wirt ein Mittagessen an.

Viersen – Sonnabend, 10. September, 15 Uhr, evangelisches Gemeindehaus, Willich-Anrath, Jakob-Krebs-Straße: Alljährliche zentrale Zusammenkunft der Vertriebenen für den Kreis Viersen aus Anlass des Tages der Heimat. Hierzu lädt der BdV-Kreisverband Viersen herzlich ein. „Wahrheit und Dialog – Schlüssel zur Verständigung“. Zum diesjährigen Leitwort spricht Lorenz Grimoni, Leiter des Museums Stadt Königsberg in Duisburg. Die Veranstaltung beginnt um 15 Uhr mit einer ökumenischen Andacht. Die Gedenkstunde wird mit Liedern, Mundartgedichten und einer Kaffeetafel abgerundet. Es wirken mit: Die bekannten Leddschesweäver aus Anrath unter Leitung von Dr. Christoph Carlhoff.

Witten – Montag, 19. September, 15 Uhr, Evangelische Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: Urlaubs- und Reiseberichte.

Wuppertal – Sonnabend, 10. September, 15 Uhr, Ergo-Haus, Neumarkt 2, Wuppertal-Elberfeld: Ostpreußenrunde. Margarete Caspar gibt aus Anlass ihres 90. Geburtstages einen Empfang. Zu diesem Jubiläum gratulieren der Vorstand und die Mitglieder der Gruppe sehr herzlich und wünschen Gesundheit, Freude und täglich neue Kraft, um den Alltag zu bewältigen. Margarete Caspar wurde in Bischofsburg geboren, lebte später bis zur Flucht in Königsberg Pr. Bei der Umsiedlung von Verwandten aus dem polnisch besetzten Ostpreußen ergaben sich große Schwierigkeiten, so stieß Margarete Caspar auf die Spätaussiedlerproblematik, der sie sich seit 1976 verschrieb. Sie war über Jahrzehnte im Kreisvertriebenenbeirat der Stadt Wuppertal, half bei Rechtsfragen und anderen Schwierigkeiten, bot regelmäßige Sprechstunden für Aussiedler an. Unermüdlich setzte sie sich für die Belange erst der Spätaussiedler, dann der Deutschen aus Russland ein. Dafür gebührt ihr Dank und Anerkennung! Ihr soziales Engagement wurde mit zahlreichen Ehrungen gewürdigt, so erhielt sie 1985 die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland und 1999 das Bundesverdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Auch die LO Bundesgruppe und Landesgruppe NRW dankten der ehemaligen LO-Vorsitzenden mit Auszeichnungen. Hoffentlich kann Frau Caspar den Wuppertaler Landsmannschaften und dem BdV noch lange mit Rat und Tat beistehen.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

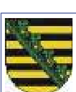
Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Gemütliches Treffen der Gruppe zum Kartenspielen.



SAARLAND

Vors.: N.N. Stellvertretende Vors.: Helga Bettinger, Biehler Hof, 66606 Ottweiler-Fürth

Landesgruppe Saar – Sonntag, 18. September: Treffen der Gruppe zum Filmenachmittag bei Frau Gölles.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Hoyerswerda – Sonnabend, 17. September, 13.30 bis 17 Uhr, Forum, Saal der Lausitzhalle Hoyerswerda: Zentraler Tag der Heimat. Dieser steht unter der Losung „Wahrheit und Dialog – Schlüssel zur Verständigung“. Zuvor wird um 11 Uhr die Museumsbaracke vom Lager Elsterhort in der Feuerwehrschule Nardt eröffnet. Danach um zirka 11.45 findet die Kranzniederlegung auf der Kriegsgräberstätte Nardt statt. Als Gäste sind eingeladen: Vertreter der Staatsregierung, der Stadt, des Landkreises, der Kirchen und Parteien, des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge Dresden und Hoyerswerda, der Domowina sowie Vertreter des BdV aus Bautzen, Weißwasser, Cottbus, Potsdam, Döbeln und des Heimatvereins Ruhland und viele andere offizielle Persönlichkeiten. Festredner wird dieses Jahr der Staatsminister des Innern Markus Ulbig sein. Umrahmt wird die Veranstaltung von der Bläsergruppe Hoyerswerda und den BdV-Chören aus Leipzig, Chemnitz und Dresden.

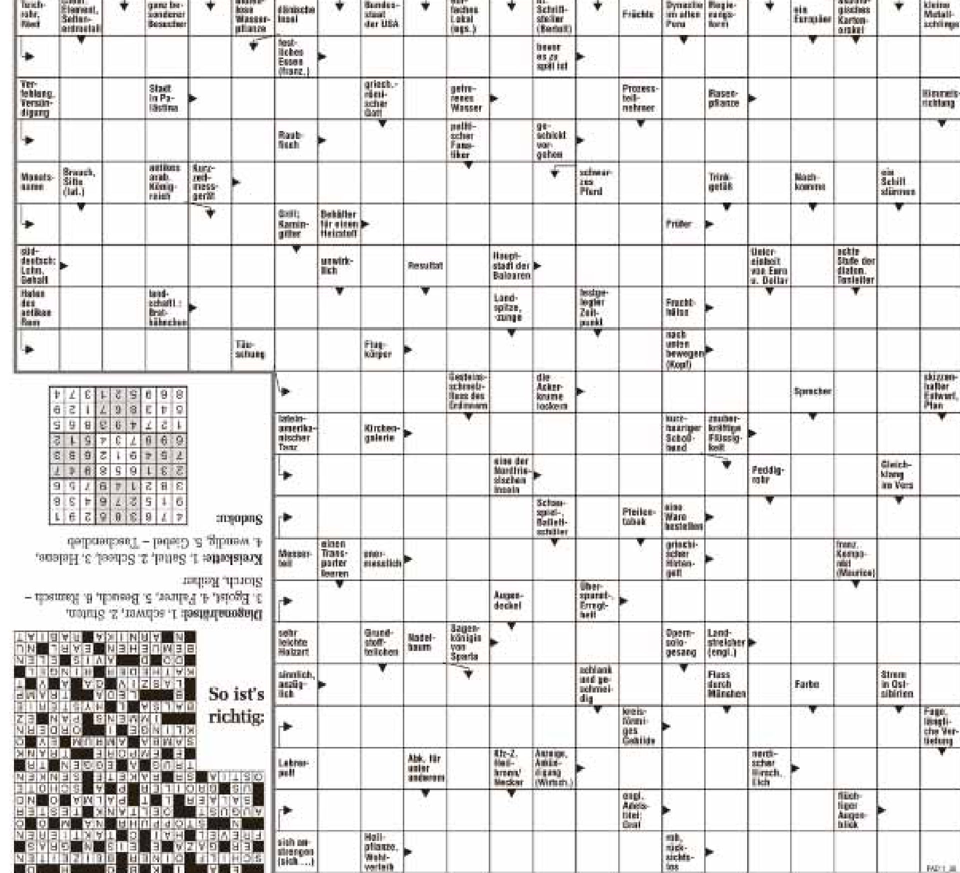


SACHSEN-ANHALT

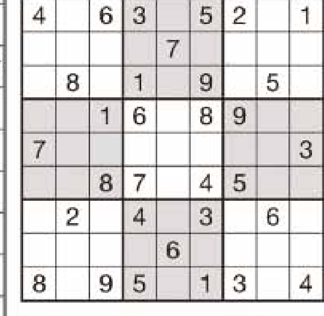
Vors.: Siegmund Bartsch, Lepsiusstraße 14, 06618 Naumburg, Telefon (03445) 774278.

Magdeburg – Freitag, 23. September, 16 Uhr, TUS: Treffen der Gruppe zu Singproben des Singekreises.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 20



Sudoku



4		6	3		5	2		1
				7				
	8		1		9		5	
		1	6		8	9		
7								3
		8	7		4	5		
	2		4		3		6	
				6				
8		9	5		1	3		4

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

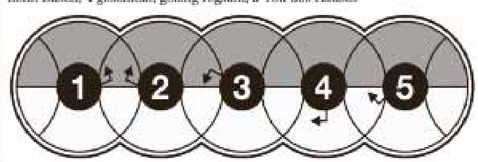
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Schreitvögel.

1 von großem Gewicht
2 weibliche Pferde
3 selbstsüchtiger Mensch
4 Chauffeur
5 Gastaufenthalt
6 Spielart beim Skat

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für Langfinger.

1 Reitersitz, 2 deutscher Bundespräsident (Walter), 3 fromme Gestalt bei Wilhelm Busch, 4 geschickt, geistig regsam, 5 Teil des Hauses



Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 19



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe – In der Augustrunde der Ost- und Westpreußen in Bad Oldesloe berichteten Georg Baltrusch und Gisela Brauer vom 62. Tag der Heimat in Neumünster. Den Festvortrag hielt Sibylle Dreher, Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Westpreußen und Präsidentin der Frauen im BdV-Bundesvorstand. – Mit ihrem 90. Geburtstag war Erna Drescher das Geburtstagskind des Monats.

Mölln – Vortrag über Johanna Schopenhauer. Am Nachmittag des 24. August trafen sich Mitglieder und Freunde des Ortsverbandes der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen im Quellenhof Mölln, um einen Vortrag über Johanna Schopenhauer, die Mutter des Philosophen Arthur Schopenhauer, zu hören. Hans-Jürgen Kämpfert berichtete über das Leben und vor allem über die Jugenderinnerungen dieser Frau. Sie wurde 1766 als Tochter der Kaufmannsfamilie Trosiener in Danzig geboren und erhielt eine gute Erziehung. Ihr Vater ließ seine Töchter gegen Pocken impfen, was damals eine Sensation war. Mit 21 Jahren heiratete Johanna Heinrich Floris Schopenhauer. Die Hochzeitsreise ging nach Paris und London; ihr Sohn sollte in England geboren werden. Doch das Paar kehrte früher zurück, und so wurde Arthur Schopenhauer 1788 in Danzig geboren. Der Schwiegervater hatte ein Landgut in Stutthof, auf dem Peter der Große zu Gast gewesen war. 1793 wurde Danzig preußisch, deshalb ging Heinrich F. Schopenhauer nach Hamburg, wo Tochter Adele geboren wurde. Die Geschäfte gingen nicht gut. Sohn Arthur wollte nicht Kaufmann werden. 1805 starb der Vater, die Hinterbliebenen konnten ihr Leben lang vom Vermögen zehren. Sie lösten das Handelshaus in Hamburg auf und zogen nach Weimar, wo Johanna zweimal wöchentlich sehr beliebte Teegesellschaften gab, die auch von Goethe besucht wurden. Das Verhältnis zwischen Mutter und Sohn Arthur war sehr gespannt. Er ging nach Berlin, wo er studierte und einen Lehrstuhl erhielt. Mutter Johanna wurde eine bekannte Romanschriftstellerin, die auch über ihre Jugend in Danzig schrieb, so über die von scharfen Hunden bewachte Speicherstadt. Beliebt waren auch ihre Reisebeschreibungen. Im Jahre 1838 starb Johanna Schopenhauer in Jena. Der Vortrag von Herrn Kämpfert war sehr ausführlich und anschaulich und wurde von den Zuhörern mit großem Interesse aufgenommen.

Neumünster – Mittwoch, 14. September, 15 Uhr, Restaurant am Kantplatz: Treffen der Gruppe. Thema: Ernst Wiechert – Leben und Werk – der große ostpreußische Schriftsteller. Referent: Lm. H.-Jochen Gawehns aus Heiligenhafen.

Pinneberg – Sonntag, 18. September, 11 Uhr, Hotel Cap Polonio: Feierstunde zum „Tag der Heimat“. Sie wird von der Kreisgemeinschaft Fischhausen in Pinneberg durchgeführt. Jeder ist herzlich willkommen!

»Wahrheit und Dialog«

Verständigung beim Tag der Heimat in Berlin groß geschrieben

Entsprechend dem Motto des diesjährigen Tags der Heimat in Berlin „Wahrheit und Dialog – Schlüssel zur Verständigung“ forderte BdV-Präsidentin Erika Steinbach in ihrer Ansprache mehr politischen Dialog. Gäbe es mehr „innerdeutschen Gleichklang“, wäre die Aufarbeitung der Vertreibung mit unseren tschechischen und polnischen Nachbarn leichter gewesen. Zahlreiche private Initiativen, bei denen Verständigung tagtäglich stattfindet, zeugen davon, dass sie möglich ist und hilft, die traumatischen Kriegserlebnisse zu überwinden. Was im Kleinen möglich ist, muss im Großen auch funktionieren. So forderte Steinbach von der Bundesregierung, künftig bei Auslandsreisen auch Vertriebene mitzunehmen, besonders dann, wenn es sich um „historisch vermintes Gebiet handelt“. Dass dies lediglich eine Frage politischer Courage ist, bewies der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer, der seine erste Reise nach Prag daran knüpfte, dass ein Repräsentant der Sudetendeutschen seiner Delegation angehörte. Bernd Posselt reiste mit Seehofer nach Prag.



Beim diesjährigen Tag der Heimat erhielt der ehemalige hessische Ministerpräsident Roland Koch die Ehrenplakette des BdV: Laudator Christian Knauer, Vizepräsident des Bdv, Verdienstempfänger Roland Koch und BdV-Präsidentin Erika Steinbach (v.l.n.re.) Bilder (2): Herbert Fischer



Bei der Auftaktveranstaltung zum diesjährigen Tag der Heimat mit dabei: Stephan Grigat, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen (3. v. re.)



Steinbach brach auch eine Lanze für die Russlanddeutsche, die nach 1945 in Russland „in eine schreckliche Kollektivhaft für Hitlers Verbrechen genommen (wurden), obwohl sie für diesen Mann und dieses System keinerlei Verantwortung trugen“. Für sie fiel der Tag der Heimat mit einem traumatischen Datum vor 70 Jahren zusammen. Am 28. August 1941, nur wenige Wochen, nachdem Hitlers Truppen in die Sowjetunion einmarschiert waren, erließ Stalin ein Dekret, das die Deportation der Wolgadeutschen einleitete. Das Problem der Russlanddeutschen besteht darin, dass sie in Russland die „Fritzen“ oder „Nazis“ waren und hier „die Russen“. Die BdV-Präsidentin erinnerte an die besondere Verpflichtung Deutschlands, ihnen Solidarität und Zuwendung zu geben.

Der sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) forderte in seiner Festansprache die Einführung eines nationalen Gedenktages für die Vertriebenen. „Unrecht bleibt Unrecht und es darf auch so genannt werden“, sagte er. Auch kommende Generationen müssten die Erinnerung an das Schicksal der Vertriebenen wachhalten. Der Ministerpräsident hob eine Reihe von Verdiensten des Freistaates Sachsen hervor. Die Tschechen ermahnte er, endlich die Benesch-Dekrete abzuschaffen.

Ein Höhepunkt des Gedenktags war die Verleihung der Ehrenplakette an den ehemaligen hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch. Der Politiker erhielt die Auszeichnung, weil er während seiner Amtszeit als Ministerpräsident in vorbildlicher Weise für die Belange der Heimatvertriebenen eingetreten ist. Unter seiner Regierung wurde das Amt des Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler in Hessen eingerichtet. Diesem Vorbild waren andere Bundesländer erst mit Verzögerung gefolgt. Roland Koch setzte durch, dass Hessen als erstes Bundesland Pate für das Zentrum gegen Vertreibungen wurde und dass das Thema „Vertreibung“ wieder Einzug in die Schulbücher fand. Koch bedankte sich mit einer pfiffigen Rede.

Obwohl der Tag der Heimat gut besucht war, fand die Veranstaltung in der Medienlandschaft nur wenig Echo. *M. Rosenthal-Kappi*

Schuldenfrei trotz Kriege

Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft gedenkt Friedrich

Ein großes Jubiläum bietet gewöhnlich Anlass, etwas verklärend und nostalgisch auf eine Person oder ein Geschehen zurückzublicken. Was ist alles zu lesen gewesen über Friedrich, dessen vermeintlich verkorkste Jugend, seine Traumata oder sein Sexualleben. Diese psychologisierenden Deutungen, die sich meist auf reine Vermutungen stützen, schaffen ein schiefes Bild, sodass die wirklichen Leistungen des Preußenkönigs, seine prägende Kraft für das heutige Europa allzu leicht unbeachtet bleiben. Hier wollten die Referenten einen Kontrapunkt setzen.

Warum ist Friedrich nach heutigen Maßstäben „groß“ zu nennen, fragt Professor Wolfgang Stribny in seinem historisch hochwertigen Referat über die friderizianische „Politik der praktischen Vernunft zum Wohle des Bürgers“. Stribny nennt vier Argumente: Erstens war Preußen der erste Staat mit Glaubensfreiheit für alle Religionen; zweitens entstand in Preußen durch das Allgemeine Landrecht der erste moderne Rechtsstaat in Europa; drittens war Preußen das erste große Land der Welt mit einer allgemeinen Schulpflicht für Jungen und Mädchen. Viertens sei das preußische Königreich ein „übernationaler Staat“ gewesen, wo nicht Sprache oder Glaubensbekenntnis, sondern die Treue zum König und zur preußischen Staatsidee entscheidend gewesen sei.

Preußen führte Bildung für alle ein

Betrachtet man diese Liste, ist die legendäre Popularität des Königs bei seinen Soldaten oder Untertanen durchaus nachvollziehbar. Bei einem fast spartanisch zu nennenden eigenen Lebensstil, bewahrte der König eine große Nähe zu den armen Leuten und seinen kämpfenden Truppen. Die Wirtschaftspolitik sei „sehr verwickelt“, schreibt Friedrich nach 29 Regierungsjahren, die Preußen einen einzigartigen wirtschaftlichen Aufschwung gebracht hatten. Im Gegensatz zu seinen hochverschuldeten Nachbarn war Preußen, trotz kostspieliger Kriege, schuldenfrei und besaß gut gefüllte Kassen für diverse Zwecke.

Der erste Grundsatz bestehe darin, dass die „wahre Kraftquelle des Staates in einer hohen Volkszahl liegt“, schreibt Friedrich. Ein Grundsatz, der sowohl in der „Gründerzeit“ des Deutschen Kaiserreiches wie im „Wirtschaftswunder“ der 50er Jahre beherzigt wurde. Heute allerdings sieht es auf lange Sicht wegen der fehlenden Kinder düster aus in Deutschland. Die elementarsten Grundsätze einer klugen und erfolgreichen Politik, der friderizianischen Finanz- und Wirtschaftspolitik werden nicht beherzigt.

Hinrich E. Bues

„Friedrich der Große – seine Bedeutung für das heutige Deutschland“, Hamburg 2011, 141 Seiten. Kostenlos zu beziehen über: Geschäftsstelle SWG e.V., Postfach 26 18 27, 20508 Hamburg.

Stars und Obdachlose unter Palmen

Ein Blick hinter die Kulissen der Filmstadt – Treffpunkt von Menschen aus aller Welt

Hollywood – größte Film-Metropole der Welt, Heimat der berühmtesten Filme und Filmstars aller Zeiten, Inbegriff von Glanz und Flitter, Ruhm und Reichtum und somit, leicht verrucht, auch „Sin City" genannt, eine Art Sünden-Babel.

Das ist es, was Millionen von Touristen das ganze Jahr über nach Los Angeles zieht. Dort strömen sie über den Hollywood Boulevard, bleiben staunend und fotografierend vor den asphaltierten Sternen ihrer Leinwandhelden stehen und treffen vor dem berühmten „Grauman's Theater" wie „Kodak Theater" (wo alljährlich der Oscar verliehen wird) die

Touristen sehen nur die glanzvolle Seite der Stadt

täuschend ähnlichen Darsteller der bekanntesten Film-Figuren. Fotos mit Marilyn Monroe und Michael Jackson können sie nach Hause bringen, mit Dark Vader und Superman, mit Frankenstein, Piraten-Johnny Depp, Iron Man und was das Filmherz noch begehrt. Offene Starline-Busse, vollbesetzt, machen die Runde durch Hollywoods historische Straßen wie auch ins benachbarte Beverly Hills zu den Luxus-Villen der Filmstars. Doch wie ist eigentlich das wirkliche Hollywood, sein Alltag, seine Geschichte, seine Wirklichkeit?

Hollywood begann seine Existenz um 1870 herum als eine florierende landwirtschaftliche Ranch, die sich langsam ausbreitete. Landspekulation führte zu Interesse an dem Gebiet. Ein begüterter Mann namens H. J. Whitley, später der „Vater von Hollywood" genannt, kaufte die Ranch von zwei Quadratkilometern und entwickelte einen Plan für eine eigenständige Gemeinde. Der Grundstücks-Boom in jenen Jahren ließ die Region florieren. Am 1. Februar 1887 wurde offiziell der Grundstein für die Gemeinde Hollywood gelegt.

Und 1900 hatte der Ort bereits eine Post, eine eigene Zeitung, ein Hotel und zwei Märkte. Hauptstraße war die Prospekt Avenue, die später zum Hollywood Boulevard wurde.

Der Weg nach Los Angeles (damals ein Ort von 102479 Einwohnern) dauerte zu dieser Zeit zwei Stunden in einer klapperigen Straßenbahn. Doch es ging ständig aufwärts. 1902 wurde bereits das bis heute berühmte Roosevelt Hotel auf dem Hollywood Boulevard gebaut.

Die Film-Produktion, bis dahin eine Domäne von New York, begann 1906 mit einem Kurzfilm. Den ersten kleinen Dokumentarfilm „In Old California" drehte der legendäre Regisseur D. W. Griffith. Bald darauf ließen sich immer mehr New Yorker Produktionen wegen besserer Bedingungen und strahlender Sonne in Los Angeles nieder. Den ersten richtigen Stummfilm in einem Hollywood-Studio namens „The Squaw Man" drehte der ebenfalls legendäre Cecille B. DeMille 1914. Und bereits 1915 wurde die Mehrzahl amerikanischer Filme in Los Angeles produziert, womit „Hollywood" zum Inbegriff des Films wurde.

Als Gemeinde wurde Hollywood von Los Angeles einverleibt. Während West-Hollywood (getrennt vom historischen Hollywood), Beverly Hills und Santa Monica selbstständige Gemeinden mit Bürgermeistern innerhalb von Groß-Los Angeles sind, blieb das eigentliche Hollywood bis heute ein Distrikt. Jedoch mit Sonderbedingungen. Seine Grenzen wurden festgelegt, und es hatte von 1980 bis zu seinem Tod 2006 einen „Ehrenbürgermeister", den beliebten und populären Johnny Grant. Ein Nachfolger wurde jedoch bisher nicht benannt. Johnny Grant „regierte" über 210000 Einwohner, davon waren fast 50 Prozent im Ausland geboren. Es waren vor allem Latinos (über 35 Prozent), aber auch viele Asiaten und frühere Sowjet-Bürger. Offiziell heißt ein Gebiet von Hollywood „Thai Town" und eines „Little Armenia". Überall trifft man auf ehemalige russische Bürger. Die Besitzer von meinem „Hollywood Gym" sind Georgier, und diverse „meiner" Boxer Russen. Meine (exzellenten) Optiker sind russische Juden. Viele Namen von Geschäften stehen da in kyrillischen Lettern. Und der eindrucksvolle traditionelle jüdische Fairfax District wirkt wie Klein-Tel Aviv.

Die Welt ist versammelt in Hollywood, und das macht es so unvergleichlich und so liebenswert. Mein Zahnarzt ist Libanese, meine Friseurin Mimi Koreanerin, mein Kosmetik- und Maniküre-Salon (wie die meisten) in vietnamesischer Hand.

Der Alltag in Hollywood für seine Bewohner – das sind auch die abgesperrten Straßen und Verkehrsstaus, wenn wieder eine Film-Premiere stattfindet oder ein Film gedreht wird. Das sind die dröhnenden Hubschrauber, die auf der Suche nach Tätern aller Art über der Stadt kreisen. Das sind die Polizeiautos, in denen wieder ein paar verhaftete Drogenabhängige sitzen, und die Sirenen der Feuerwehr sowie der Ambulanzen. Das sind die Obdachlosen, die, oft eher heiter, in der strahlenden Sonne auf der Straße sitzen und alles mit ihrem Papp-Geschirr verschmieren. Das sind die vollen Zitronen- und Apfelsinenbäumchen, die das ganze Jahr über blühenden Büsche in den gepflegten Vorgärten, die Palmen, die den Sunset Boulevard und die anderen Straßen säumen. Das ist vor allem auch der herrliche Runyon Canyon, ein riesiger einstiger Besitz von Erroll Flynn, der sich in die Berge hinaufzieht, und wo Hollywood seine Hunde ausführt, joggt und spazieren geht. Das sind die eleganten Restaurants am Sunset Strip, die Nachtclubs, die aus dem Boden schießen. Und die schönen, sportlichen Menschen, die zum Neid der blassen New Yorker selbst im Winter ihre gebräunten, muskulösen Gestalten nur mit sparsamster Kleidung bedecken.

Als ich neulich vom Einkaufen kam, fragte mich ein Tourist: „Sind Sie ein Filmstar?" – „Ja", sagte ich. „Hier sind alle Filmstars. Es ist doch Hollywood."

Liselotte Millauer



Hollywood: Nicht nur ein Treffpunkt der Reichen und Schönen Bild: Archiv

Eine Botschaft für Sebastian

Prominente Iren schreiben einem Jungen nach dem Tod des Vaters trostreiche Briefe

Im März 2008 erfuhr der in London lebende irische Geschäftsmann Jordan Ferguson, dass er unheilbar an Krebs erkrankt war und höchstens noch drei Monate zu leben hatte. Ferguson war 34 Jahre alt und verbrachte gerade mit seinem neunjährigen Sohn Sebastian ein gemeinsames Wochenende in Bangkok. Anschließend hatte er

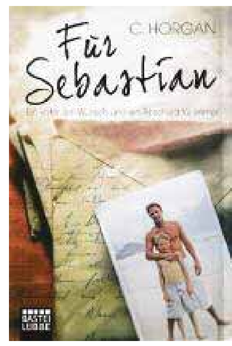
Niederschmetternde Diagnose

im Auftrag seiner Internetfirma nach Australien reisen wollen. Doch nachdem er die niederschmetternde Diagnose in einem Krankenhaus erhalten hatte, kehrte er auf Anraten der Ärzte umgehend nach London zurück. Seine letzte Lebenszeit verbrachte er mit seiner 70-jährigen Mutter Christine Horgan in Kinsale in der irischen Grafschaft Cork, wo sich auch seine geschiedene Frau und sein Sohn aufhielten.

Ferguson wollte seinem Sohn unbedingt etwas von bleibendem Wert hinterlassen, nicht nur ein paar Habseligkeiten und einen ausführlichen Abschiedsbrief, wozu ihm ein Psychologe geraten hatte. Diese Idee wollte er ausweiten. Unbekannterweise wandte sich Ferguson an prominente und erfolgreiche Persönlichkeiten aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens in Irland, Männer und Frauen, und richtete an sie die Bitte, einen Brief mit einer persönlichen Botschaft an Sebastian zu schicken. Die Briefe sollten zu einem Buch zusammengefasst werden, aus dem Sebastian Trost und Aufmunterung und später auch Rat schöpfen könnte.

Doch sein Vater konnte das Werk selbst nicht mehr vollenden. Im Juni 2008 starb Jordan Ferguson in einem Hospiz. Seine Mutter übernahm in seinem Sinne die Fortführung des Vorhabens. Sie bestimmte, was den Adressaten nicht bekannt war, dass ein Teil des durch das Buch erzielten Erlöses einer Hospizstiftung zukommen sollte.

Aus ihren Zuschriften entstand die von Horgan herausgegebene Briefsammlung mit dem Titel „Dear Sebastian", die 2009 in Irland eine hohe Auflage erzielte. „Für Sebastian. Ein Vater, ein Wunsch und ein Abschied für immer" lautet der Titel der deutschen Taschenbuchausgabe, die mit einleitenden Texten, einem Glossar und Angaben über die Verfasser der Briefe versehen wurde.



Ein wenig in den Hintergrund gedrängt wird in den Begleittexten die Tatsache, dass tatsächlich ausschließlich berühmte und in ihrem jeweiligen Fachbereich besonders erfolgreiche Personen – Maler, Musiker, Politiker, Manager, Sportstars und Repräsentanten sozialer Netzwerke – zu Wort kommen. Doch der Gedanke einer Anleitung zu einem glücklichen und erfolgreichen Leben hatte erklärtermaßen eine durchaus wichtige Rolle bei dem Buchprojekt gespielt, und wer könnte hierzu eine bessere Auskunft geben als eben Menschen, die Karriere gemacht haben.

Die Briefeschreiber aber postulieren keineswegs einen zwingenden Zusammenhang zwischen Erfolg und Glück in ihrer Nachricht an Sebastian, sondern weisen allenfalls auf diese Möglichkeit hin. Während die Zuschriften von führenden Firmenvertretern im Ton vielfach eher formell gehalten sind, zeugen viele Briefe von rückhaltloser Ehrlichkeit, eigener Erfahrung und Bewusstwerdung. So wie derjenige eines Top-Managers, der mit den Worten schließt:

„All das, was ich geschrieben habe, liegt im Grunde auf der Hand, wenn du darüber nachdenkst. Und das gilt auch für den letzten, aber wichtigen Rat, den ich dir geben kann. In den ernsten Belangen des Lebens richtig zu handeln erfordert von uns Entscheidungen auf der Grundlage unseres Gewissens. Das ist leichter gesagt als getan. Aber jeder hat irgendetwas in sich, das ihm bei wichtigen moralischen Entscheidungen sagt, was richtig und was falsch ist. Viele von uns glauben, dass Gott uns diesen moralischen Kompass mitgegeben hat. Du solltest ihm immer folgen, nicht nur weil es richtig ist, sondern weil es, viel unmittelbarer, der einzige Weg zu wahrem Glück ist. Mit

Dem moralischen Kompass folgen

allen guten Wünschen, herzlichst, Peter Sutherland."

Um solcher Sätze von aufrichtigen und gereiften Ratgebern willen ist das Buch insbesondere als Geschenk für ältere Kinder und Jugendliche gut geeignet. Doch es gehört zweifellos zu jener Literatur, die generationenübergreifend Anklang findet.

Dagmar Jestrzemski

Christine Horgan (Hrsg.): „Für Sebastian. Ein Vater, ein Wunsch und ein Abschied für immer", Bastei Lübbe, Köln 2010, broschiert, 267 Seiten, 8,99 Euro.

Für Sie gelesen

Was piept denn da?

Überall dort, wo Menschen leben, gibt es auch Vögel. Sie halten sich in Städten, in der Nähe von Balkons wie auch im ländlichen Raum auf. Die meisten Menschen erfreuen sich an ihnen, verbinden Positives mit ihrem Gesang oder haben einfach Spaß daran, ihre gefiederten Nachbarn zu beobachten. Frank Allmer ist der Faszination der Beobachtung frei fliegender Vögel nachgegangen. In seinem Buch „Vögel beobachten" hat er nützliche und nicht alltägliche Beobachtungstipps zusammengestellt. Das Buch richtet sich sowohl an Laien als auch an Kenner. Neben Tipps zur Ausrüstung wie dem Kauf eines geeigneten Fernglases oder welche Kriterien ein Bestimmungsbuch erfüllen sollte, erklärt er, wie man Vögel an ihrem Gesang erkennt. Gesang mit einem Fragezeichen am Ende, etwa „Sag, sag, sag, hast du meine Frau gesehen?" oder „Bin, bin, bin, bin ich nicht ein schöner Bräutigam?" deuten auf einen Buchfink hin. Vögel kann man auch an ihrem Flug erkennen, wie etwa den Segelflug des Mäusebussards. Allmer geht kritischen Themen nicht aus dem Weg. Soll man heimisches Gefiedertier im Sommer füttern oder nicht? Die Antwort lautet: Es schadet nicht, denn Vögel, die auch im Sommer gefüttert werden, beginnen früher mit der Brut und vermehren sich stärker. Ein Aspekt, der in der bisherigen Diskussion so nicht zu hören war. Der Autor weiß zu berichten, dass aus manchem Vogelfreund ein Freizeitornithologe geworden ist. Statistiken über das Vorkommen heimischer Vögel sind nur durch ehrenamtliche Zähler von Brut- und Zugvögeln möglich. Im Anhang findet der Leser neben einer Literaturliste auch die Anschriften vogelkundlicher Verbände. Wirken manche der zahlreichen Tipps auch überflüssig, so besticht das Buch durch die zahlreichen und hervorragenden Nahaufnahmen.

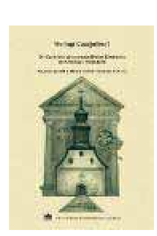
Bärbel Oftring führt in ihrem Buch „Vögel entdecken und erkennen" rund 200 heimische Vögel auf. Es handelt sich um ein klassisches Bestimmungsbuch. Die Vogelarten sind in 17 Gruppen aufgeteilt, die durch farbige Piktogramme am Seitenrand leicht aufzufinden sind. Die Vogelporträts sind immer gleich aufgebaut. Sie geben neben farbigen Abbildungen Erklärungen zu Merkmalen, Vorkommen und Biologie. Über ein Register mit den deutschen und lateinischen Bezeichnungen am Ende ist die gewünschte Information über einen Vogel leicht zu finden.



Manuela Rosenthal-Kappi

Frank Allmer: „Vögel beobachten. Gute Nachbarschaft mit Amsel, Drossel, Fink und Star", Cadmos Verlag, Schwarzenbek 2010, Hardcover, 128 Seiten, 19,90 Euro.

Bärbel Oftring: „Vögel entdecken und erkennen", blv Verlag, München 2011, broschiert, 158 Seiten, 7,95 Euro.



Litauer oder Ostpreußen?

Heimatforscher klärt auf

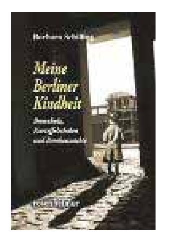
Wer glaubt, dieses Buch nicht kaufen zu müssen, weil es ja „nur“ von Coadjuthen handele, einer Gegend weit ab vom Schuss, viel zu speziell für „normale“ Ost- und Westpreußen, der hat sich getäuscht. Denn der Autor führt den Leser umfassend, aber keinesfalls trocken durch die Geschichte: Er schlägt den Bogen vom prußischen Kampf gegen die Ordensritter, von der Ordenszeit, vom Herzogtum Preußen bis zur Abtrennung des Memelgebietes vom Deutschen Reich. Umfangreiches Karten-, Dokumenten- und Bildmaterial machen das Buch anschaulich und abwechslungsreich.

Ein großes Kapitel befasst sich mit den Preußisch-Litauern, jener baltischen Mischbevölkerung des nördlichen Ostpreußen, welche sich aus Prußen, Kuren, Žemaiten, Letten und Litauern zusammensetzte, jedoch im Volksmund und auch in der Behördensprache stets nur verkürzt „Litauer“ genannt wurde – eine Tatsache, aus der bis heute litauische Nationalisten Honig saugen möchten, indem sie das nördliche Ostpreußen als „urlitauisches“ Gebiet für sich beanspruchen, weil es aus ihrer Sicht nur kurzzeitig „zwangsgermanisiert“ gewesen sei. Das Kapitel über den von nationalistischen Litauern hochverehrten „kleinlitauischen“ deutschen Pfarrer Wilhelm Gaigalat aus Coadjuthen und seinen „Führerbrief“ zeigt beispielhaft die aufgeheizte politische Atmosphäre nach dem Ersten Weltkrieg.

Der Autor räumt aber auch mit anderen Mythen auf, zum Beispiel weist er nach, dass die Salzburger keineswegs einen solch guten Ruf hatten, wie ihnen allgemein nachgesagt wird. Der Thematik entsprechend macht das Kirchspiel Coadjuthen den Hauptteil des Buches aus, ist aber wiederum nicht zu speziell, als dass es nicht für das gesamte Ostpreußen Gültigkeit hätte. In akribischer Arbeit hat Günter Uschtrin wichtige Fakten aus seinem Heimatkirchspiel zusammengetragen. Das Buch schließt mit Dokumenten über Flucht und Vertreibung, mit Erinnerungen und mit einer Einwohnerliste, die es insbesondere für Ahnenforscher wertvoll macht. Zwar ist das Buch mit 39 Euro recht teuer, aber wer sich gründlich auf einen Urlaub in Ostpreußen vorbereiten oder seine Geschichtskenntnisse auffrischen möchte, der hat mit diesem Werk einen guten Griff getan.

Beate Szillis-Kappelhoff

***Günter Uschtrin: „Wo liegt Coadjuthen? Die Geschichte eines ostpreußischen Kirchspiels im ehemaligen Memelland“**, BWV Berliner Wissenschaftsverlag 2011, Hardcover, 531 Seiten, 39 Euro.*



Jahre voller Entbehrung

Berlin im Krieg

Hin und wieder benötigt man mehr als hundert Worte, um ein Buch zu beschreiben. Wer Barbara Schillings Roman „Meine Berliner Kindheit. Brennholz, Kartoffelschalen und Bombennächte“ gelesen hat, weiß, hier reicht eines: „bewegend“. Barbara Schilling berichtet in ihrem Debütroman von der Kindheit ihrer Mutter und Großmutter im Zweiten Weltkrieg und der Nachkriegszeit. Es ist eine Geschichte, geprägt von Entbehrungen und Hunger, aber auch von Hoffnung, von wenigen kostbaren Momenten des Glücks und der Dankbarkeit.

Die Autorin, die bis dato Kurzgeschichten wie „Colombo – Ein Hund für alle ‚Felle‘“ geschrieben hat, beweist mit diesem Roman, dass sie nicht nur über Humor und Selbstironie, sondern auch über Empathie und Respekt vor der Vergangenheit ihrer Mutter und Großmutter verfügt. Aus der Sicht ihrer Mutter, die bereits in den Anfängen des Zweiten Weltkrieges geboren wurde, beschreibt sie die Ereignisse der Kriegs- und Nachkriegszeit. Zusammenhänge und Reaktionen, viele Sorgen der Mutter, konnte das Kind von damals nicht nachvollziehen. Die Situationen, in denen selbst die Erwachsenen sich ernsthafte Sorgen machten, stellten für das Kind eine besondere Bedrohung dar. So auch der Tag, an dem der Krieg verloren war und es hieß, die russischen Truppen würden in Berlin Einzug halten.

„Es herrschte nervöse Unruhe wie in einer Bienenwabe. Unter der großen Stadt brodelte in tausend Kellerräumen die Angst der Frauen, der wenigen verbliebenen Männer und der Kinder vor dem unbekannten Sieger ... Der Verstand war in dieser Situation nutzlos, die Angst potenzierte sich in dem engen Kellergewölbe und wuchs von Minute zu Minute. ... Die nächsten Tage brachten Chaos: Wohnungstüren wurden eingetreten, es wurde rücksichtslos geplündert, viel war nicht mehr übrig ... Das Haus war offen, man war weder Herr über seine eigenen Räume noch sein Bett, geschweige denn über seinen Körper.“ Letzteres bekam auch Barbara Schillings Großmutter zu spüren. Als alleinstehende junge Frau mit Kind hatte sie den Forderungen der russischen Soldaten wenig entgegenzusetzen.

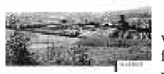
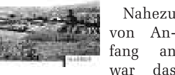
Der Autorin ist es in ihrem Buch gelungen, die Erinnerungen ihrer Mutter und Großmutter in einen Roman zu verpacken, der unter die Haut geht. Die Verzweiflung der Großmutter, sich selbst und das Kind nicht ernähren zu können, die aufopfernde Mutterliebe, mit der sie ihrem hungrigen Kind das letzte Brot gibt, all das sind Dinge, über die es sich nicht nur für eine Mutter der heutigen Zeit, sondern auch für die jungen Menschen und Teenager nachzudenken lohnt.

Die Berlinerin erzählt eine Geschichte von Leid und Hunger, von Verlust und Enttäuschungen, aber auch von Liebe, von treuer Freundschaft und der Kraft der Hoffnung.

Vanessa Ney

***Barbara Schilling: „Meine Berliner Kindheit. Brennholz, Kartoffelschalen und Bombennächte“**, Roman, Rosenheimer Verlagshaus, Rosenheim 2011, gebunden, 300 Seiten, 9,95 Euro.*



Knast für die Wirtschaft

In der DDR deckten Häftlinge den großen Bedarf an Arbeitskräften

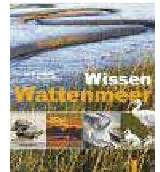
Nahezu von Anfang an war das Arbeitslager ein wichtiger Faktor des Strafvollzugssystems in der Sowjetischen Besatzungszone und dann in der DDR. Nach den Ereignissen des Zweiten Weltkriegs und den Gräueltaten in den nationalsozialistischen Lagern verlangt diese Tatsache nach einer Erklärung. Der in Erfurt promovierte Historiker Marcus Sonntag hat sich im Rahmen seiner Dissertation mit Haftarbeit und Strafvollzug in der SBZ und der DDR befasst. Erschienen ist die umfangreiche Schrift unter dem Titel „Die Arbeitslager in der DDR“. Nur auf den ersten Blick wird damit ein eher randständiger Bereich in der Geschichte des SED-Staats aufgegriffen, wie sich zeigt. Ohnehin war die „sozialistische Arbeit“ Kernthema beim „Aufbau des Sozialismus“. Der Arbeitseinsatz Strafgefangener wurde in Mitteldeutschland nie in Frage gestellt. Arbeit und vor allem Arbeitsproduktivität waren neben Sicherheit und Erziehung zentrale Vollzugsinhalte. Sowohl kriminelle als auch politische Häftlinge gehörten jeweils zur „Lagergesellschaft“; für Letztere gab es keinen Sonderstrafvollzug. Politische Häftlinge oder zu langjährigen Haftstrafen Verurteilte waren jedoch in der Minderheit. Es geht in dieser Untersuchung also nicht um Gefängnisse wie Bautzen II und andere spezielle Einrichtungen für politische Inhaftierte. Doch auch in den Lagerhaftanstalten wurden beide Häftlingsgruppen keineswegs gleich behandelt. Immer neue Begriffe wurden von den Behörden für diese Einrichtungen verwandt, die als Haftlager, Haftarbeitslager, seit 1963 als Strafvollzugskommandos und ab 1975 als Strafvollzugseinrichtung bezeichnet wurden.

„Allerdings haben wir kein Sibirien. Da müssen solche Leute eben ins Arbeitslager geschickt werden“, äußerte Walter Ulbricht 1961 gegenüber Nikita Chruschtschow. Haftarbeit in der DDR hatte jedoch hauptsächlich wirtschaftliche Gründe, da von Anfang an Arbeitskräfte in Mitteldeutschland fehlten. Frühzeitig war sie als einträgliches Mittel erkannt worden, um den Strafvollzug zu „verbilligen“, und sie war, vielleicht nur aus diesem Grund, keineswegs als Strafverschärfung konzipiert. Weil der Bedarf an Arbeitskräften so groß war, schossen die Haftarbeitslager in den 50er Jahren in der ganzen DDR wie Pilze aus dem Boden. Für sie war nicht das Justizministerium, sondern das Innenministerium zuständig. Vorwiegend wurden die Haftarbeiter in der Eisen- und Stahlproduktion, im Bergbau und in den Werften eingesetzt, aber auch in Steinbrüchen und beim Flughafenbau, etwa in Schkeuditz. Regelrecht verschachert wurden die Häftlinge; die Fabriken zahlten für ihre Versicherung und Unterkunft. Der Autor kennt übrigens kein DDR-Arbeitslager, das in einem ehemaligen KZ eingerichtet worden wäre. Demgegenüber musste die Arbeit unter schwierigsten Bedingungen und oftmals mit unzureichenden, veralteten Gerätschaften verrichtet werden. Dabei wurden die Sicherheitsbestimmungen weitgehend außer Acht gelassen, was ein stark erhöhtes Verletzungsrisiko zur Folge hatte.

Marcus Sonntag ist vorsichtig mit seinen Bewertungen. Sicherlich neige man im Rückblick dazu, das durch widrige Haft- und Arbeitsbedingungen zugefügte Leid besonders der aus nichtigem Anlass oder unschuldig Verurteilten als verbrecherisch zu bewerten. Sonntag hat Verständnis für diese Sicht, weist aber darauf hin, dass eben sämtliche DDR-Häftlinge unter denselben Zuständen zu leiden hatten: in den Arbeitslagern und auch in den übrigen Vollzugseinrichtungen. Vielfach wurde Lagerarbeit, zu der politische Gefangene gezwungen wurden, in jüngster Zeit generell als Zwangsarbeit eingestuft, durch die der Wille der Menschen gebrochen werden sollte. Auch damit ist Sonntag nicht einverstanden. Nur für den Bergbau will er diese Einschätzung gelten lassen. Ansonsten fand er keine stichhaltigen Kriterien für die Gleichsetzung von „politischen Häftlingen gleich Zwangsarbeit“ einerseits und „Kriminelle gleich Haftarbeit“ andererseits. Abschließend sei bemerkt, dass die nur mühsam zu erschließende Essenz dieses Bandes in einer deutlich verschlankten Form veröffentlicht werden sollte.

D. Jestrzemski

***Markus Sonntag: „Die Arbeitslager in der DDR“**, Klartext Verlag, Essen 2011, Paperback, 407 Seiten, 29,95 Euro.*



Unberührte Schönheit

Ein Buch voller Informationen und Fotos zum Wattenmeer

„Ein Welterbe ist ein einzigartiges, unersetzliches Gut von außergewöhnlichem, universellem Wert ... Als Weltbürger sind wir gemeinsam für den Erhalt unseres kulturellen und natürlichen Erbes verantwortlich – in unserem eigenen Interesse und im Interesse kommender Generationen.“ Was wie ein Glaubensbekenntnis klingt, ist die Definition der Unesco für das internationale Übereinkommen zum Schutz des gemeinsamen kulturellen und natürlichen Erbes, das 1972 verabschiedet und mittlerweile von mehr als 180 Ländern unterzeichnet wurde.

Zum „Weltnaturerbe“ gehören auch große Teile des Wattenmeeres. Die drei Bundesländer Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg unternehmen gemeinsame Anstrengungen, die einzigartige Landschaft zu schützen. Neben den Hochalpen ist es die letzte weitgehend naturbelassene Großlandschaft in Mitteleuropa. Im Wattenmeer sind zahlreiche Tierarten zu Hause: Robben aalen sich auf Sandbänken, Vögel wie der Austernfischer oder die Silbermöwe sind hier zu Hause. Zehntausend verschiedene Arten von Kleinlebewesen wimmeln im Sand, Salzwiesen, Dünen und Wattflächen. Die Flächen von Schlick- und Sandwatten bieten zehn bis zwölf Millionen Zugvögeln auf ihrem Zwischenstopp Richtung Süden genügend Nahrung, mit der sie sich für ihren Weiterflug wappnen. Geologisch gesehen ist das Wattenmeer mit einem Alter von 8000 Jahren noch relativ jung. Wind, Gezeiten und Sturmfluten haben die Landschaft immer wieder neu geformt.

Doch was ist eigentlich ein Wattenmeer und wie ist es entstanden? Diesen und anderen Fragen sind der Biologe und Watt-Fotograf Martin Stock und die Journalistin Ute Wilhelmsen in ihrem Buch „Wissen Wattenmeer“ nachgegangen. Mit informativen Texten, Grafiken und Karten erläutern sie die Besonderheit des Wattenmeeres. Sie haben das Buch in die Bereiche Mensch und Natur, Geologie, Artenvielfalt, Gezeiten und Naturschutz gegliedert. Neben faszinierenden Aufnahmen geben 85 Infokästen und Sonderseiten Auskunft unter anderem über die Auswirkungen des Klimawandels, Erläuterungen zu Fachbegriffen und Anregungen zum selbstständigen Ausprobieren.

Das Wattenmeer zieht immer mehr Touristen an, was den anrainenden Bundeländern einerseits willkommen ist, sie andererseits vor Herausforderungen stellt, denn die Vermüllung der Naturlandschaft hat zugenommen. Die Autoren haben den Anspruch, mit ihrem Buch die Schönheit der Landschaft hervorzuheben und durch Information den achtlosen Umgang der Menschen mit ihrer Umwelt entegenzutreten. Entstanden ist ein rundum empfehlenswertes Werk.

M. Rosenthal-Kappi

***Martin Stock/Ute Wilhelmsen: „Wissen Wattenmeer“**, Wachholtz Verlag, Neumünster 2011, gebunden, 176 Seiten, 178 Farbabbildungen, 29,90 Euro.*



Experiment einer Einsamen

Autorin stellt ihre Lebensweise nur da auf »Öko« um, wo es passt

Es war wohl so eine Art verfrühte Midlife-Crisis und das Al-Gore-Klimaschutzfieber, welches 2008 die ganze westliche Welt erfasst zu haben schien, das die kanadische Journalistin Vanessa Farquharson zur Überdenkung ihres Lebensstils brachte. Am liebsten hätte sie angeblich ihren Job bei der „National Post“ gekündigt und Elefantenbabys in Sri Lanka gerettet, aber aufgrund fehlender Kenntnisse in der Tiermedizin musste sie erkennen, dass sie die Welt von daheim aus retten musste.

Vorher offenbar eher in der Welt der Styling-Trends beheimatet, wechselte sie nun zu einem neuen Trend und begann einen Blog zu schreiben, in dem sie ihre Erfahrungen festhielt, die sie bei ihrem Wechsel zu einer neuen ökologischen Lebensweise machte. Im Buch „Nackt schlafen ist bio. Eine Öko-Zynikerin findet ihr grünes Gewissen und die große Liebe“ hat sie dann wiederum die Erfahrungen mit ihrem Blog und die Reaktionen darauf vermarktet. Und obwohl Farquharsons Entscheidung, ein Jahr lang ihr Leben täglich um eine neue ökologische Lebensweise zu verändern, äußerst extrem ist, sind ihre Erfahrungen durchaus interessant, wenn auch äußerst überspannt. Aber gerade deswegen sind sie auch lehrreich, denn letztendlich sind viele ökologische Lebenstipps einfach nur selten dämlich. Auf Toilettenpapier und Damenbinden zu verzichten ist einfach nur unhygienisch, nackt zu schlafen hat zur Folge, dass die Bettwäsche statt des Pyjamas eben öfter gewaschen werden muss, es sei denn, es wird auch unhygienisch. Dass man weniger Auto fährt und Müll recycelt ist heutzutage Allgemeinwissen und dass man regionale Lebensmittel exotischen vorziehen sollte, erweist sich selbst für Farquharson als schwierig, als sie erkennt, dass die regionalen Waren der klassischen Landwirtschaft entstammen. Also, lieber ein Apfel aus biologischem Anbau aus den USA oder ein gespritzter, aber klimafreundlicher aus ihrer Heimatregion? Und das umweltfreundliche Spülmittel sorgt dafür, dass das Geschirr danach einen käsigen Geruch hat. Genau wie Farquharson selber, will man ihrer Mutter glauben, die von den umweltfreundlichen Deos, Shampoos und Seifen, die ihre Tochter verwendet, keine gute Meinung hat und sich nach Aussage der Autorin ohnehin vielmehr um die biologische Uhr ihrer Tochter als deren ökologischen Fußabdruck sorgt.

Letztendlich ist wohl das auch das Hauptproblem, denn Farquharson war zur Zeit ihres Experiments Single. Um sich mit irgendetwas zu beschäftigen, verstieg sie sich in der Idee, durch Verwendung veganer Zahnseide, der Restaurierung von Gebrauchtmöbeln, den Verzicht von Textmarkern und den Kauf eines PVC-freien Duschvorhangs die Welt zu retten, zumal Kinder ja in Zeiten von Überbevölkerung nur die Umwelt weiterbelasteten und den Weltuntergang beschleunigten. Und obwohl sie sich bewusst war, dass Fliegen umweltschädlich ist, machte sie in ihrem Urlaub eine halbe Weltreise mit zahlreichen Zwischenlandungen. Aber um ihr Gewissen zu reinigen, kauft sie bei irgendeiner Umweltorganisation Kohlendioxid-Zertifikate.

Schnell merkt man: Mit Logik und Überzeugung hat die neuentdeckte Öko-Lebensweise wenig zu tun. Die ökologische Welt der Vanessa Farquharson entpuppt sich schnell als Beschäftigungstherapie, die nur, wenn es in die eigene Lebensplanung passt, streng gelebt wird. Interessanterweise tikken aber viele der neuen Ökos ähnlich, daher ist das Buch trotz aller Überdrehtheit durchaus die Lektüre wert.

Bel

***Vanessa Farquharson: „Nackt schlafen ist bio. Eine Öko-Zynikerin findet ihr grünes Gewissen und die große Liebe“**, Bastei Lübbe, Köln 2011, broschiert, 363 Seiten, 8,99 Euro.*

Esther Gräfin v. Schwerin
Kormorane, Brombeerranken
Erinnerungen an Ostpreußen

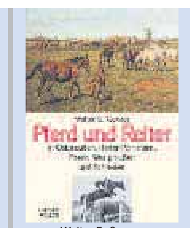


Gräfin von Schwerin schildert ihre Erinnerungen - von der Kindheit auf den herrschaftlichen ostdeutschen Gütern bis zu den bitteren Tagen der Flucht und schließlich den unendlich schwierigen Neubeginn im Westen 1945. Nicht nur die Anschaulichkeit und Direktheit berühren, sondern es sind vor allem die Aufrichtigkeit und der unbezwingbare Humor dieser Frau, die ihre Memoiren zu einem eindrucksund hoffnungsvollen Dokument werden lassen.

Geb., 292 Seiten
Best.-Nr.: 3766,
€ 8,99



Preußische Pickelhaube, Repro
Originalgetreue Replik einer preußischen Pickelhaube. Leder mit Metallbeschlägen. Einheitsgröße mit verstellbaren Kinnriemen.
Best.-Nr.: 7059, € 129,95



Walter E. Genzer
Pferd und Reiter im alten Osten
Damals und heute
Geb., 160 Seiten
Best.-Nr.: 1566
statt € 24,90 nur noch € 14,95



Heinz Timmreck
Letzte Flüchtlingszüge aus Ostpreußen
Das Drama der letzten Flüchtlingszüge
Geb., 220 Seiten
Best.-Nr.: 7128, € 26,90

Ostpreußen-Accessoires



NEU

Preußen-Krawatte
schwarz-weiß gestreifte Krawatte mit dem eingewebten Preußenadler auf den weißen Streifen
Material: 100% Seide
Best.-Nr.: 7117

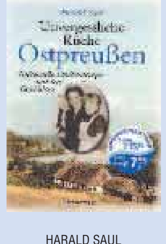


Ostpreußen-Seidenkrawatte, blau- weiß
Schwarze Seidenkrawatte mit blauen und weißen Streifen und der Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 7094

je **€ 29,95**



Marion Lindt
Ostpreußen - Rezepte, Geschichten und historische Fotos
Geb. Buch, Pappband, 128 Seiten, 17,0 x 23,0 cm
Best.-Nr.: 7085, € 9,95



HARALD SAUL
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Geb. Buch, 128 Seiten
Best.-Nr.: 6820, € 7,95

Horst F. E. Dequin
Hermann Balk, der erste Preuße



Der Weg eines bewaffneten Mönchs, der ein Land erobert und einen Territorialstaat gründet. Das vorliegende Buch ist weniger eine Biographie als die Würdigung des Lebenswerks des ersten Landmeisters von Preußen und Livland, HERMANN BALK. Es ist der Versuch, auf Grund der urkundlichen Überlieferung und der Tatsachen, die er in Ausübung seines Amtes geschaffen hat, ein Bildnis dieses grossen Mannes zu entwerfen, der als Ordensritter den Grundstein für den preußischen Staat legte.

Kart., 217 Seiten, mit bildungen
Best.-Nr.: 2354
statt € 20,00 nur noch **€ 9,95**





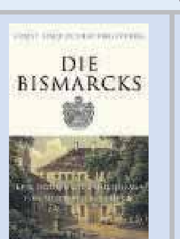
E. Windemuth
Ostpreußen – mein Schicksal
Ein Tragödie der Vertreibung
Kart., 144 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 4494, € 16,00

Von Erika Steinbach signiert!*



Erika Steinbach
Die Macht der Erinnerung
Geb., 250 Seiten mit farbigen Karten
Best.-Nr.: 7045, € 22,00

*Angebot nur gültig solange der Vorrat reicht.



Ernst Engelberg, Achim Engelberg
Die Bismarcks
Eine preußische Familiensaga vom Mittelalter bis heute
Best.-Nr.: 7130, € 22,95



Günther H. Ruddies
Hochzeit auf ostpreußisch
und andere Geschichten aus dem Bernsteinland
Geb., 221 Seiten
Best.-Nr.: 5755, € 9,90

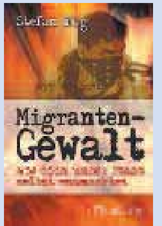
PMD Preußischer Mediendienst

sehensWERT!
Die DVD-Empfehlung des Preußischen Mediendienstes!

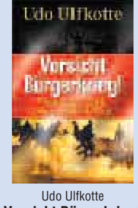
Oliver Rieckmann empfiehlt...

Alfred de Zayas:
Verbrechen an Deutschen
Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberung
Mehr als 15 Millionen Menschen deutscher Volkszugehörigkeit wurden in den Jahren 1944 bis 1948 aus ihrer Heimat vertrieben. Mehr als zwei Millionen Menschen haben diese Vertreibung nicht überlebt. Hierbei handelte es sich um die größte ethnische Säuberung in der Menschheitsgeschichte. Ein Thema, das in Deutschland noch immer ein Tabu ist. Eine »erzwungene Wanderung« nannte es ein ehemaliger Bundespräsident oder von »humanen« Zwangsumsiedlungen ist die Rede, wenn es in Wirklichkeit um die Vertreibung der Deutschen aus den Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern, Schlesien und dem Sudetenland geht. Eine Vertreibung mit Genozidcharakter! So muss es auch hier einmal wieder ein ausländischer Völkerrechtler sein, der amerikanische Professor Dr. Alfred de Zayas, der sich dieses brisanten Themas annimmt und die Schieflage in der öffentlichen Diskussion korrigiert: »Die Vertriebenen waren Opfer der Unmenschlichkeit der Sieger, heute sind sie Opfer der Diffamierung durch viele Medien und dem Zeitgeist verhaftete Historiker.« Er zeigt, mit welcher Bestialität die Vertreibung von den Siegern vollzogen wurde, und er lässt auch die schrecklichen Gräueltaten nicht unter den Tisch fallen, die der größte Bevölkerungstransfer aller Zeiten mit sich brachte.

Laufzeit: ca. 92 Min.
Best.-Nr.: 7129
€ 9,95



Stefan Hug
Migrantengewalt
Wie sich unser Staat selbst entmachtet
Geb., 304 Seiten
Best.-Nr.: 7039, € 19,80



Michael Paulwitz, Götz Kubitschek
Deutsche Opfer, fremde Täter
Ausländergewalt in Deutschland. Hintergrund - Chronik - Prognose
Kart., 272 Seiten
Best.-Nr.: 7123, € 19,00



Udo Ulfkotte
Vorsicht Bürgerkrieg!
Explosive Brandherde: Der Atlas der Wut
Geb., 448 Seiten, mit großer Deutschlandkarte zum Herausnehmen
Best.-Nr.: 6809, € 24,95

Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Mit den Augen eines Kindes gesehen entstehen sie als lebendiges Bild vor unseren Augen: Die große Flucht aus Ostpreußen- eine geschichtliche Katastrophe, von der Millionen von Menschen betroffen waren.





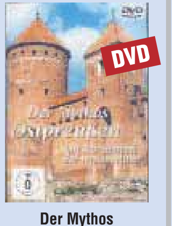
Vom Autor signiert

Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795
€ 8,95

Konrad Löw
Deutsche Schuld 1933- 1945?
Die ignorierten Antworten der Zeitzeugen
Er setzt sich mit den namhaftesten einschlägigen Zeitgeschichtsforschern auseinander, nicht nur mit Richard J. Evans, sondern auch mit David Bankier, Bernward Dörner, Saul Friedländer, Robert Gellately, Daniel Goldhagen, Raul Hilberg, David Kaplan, Ian Kershaw, David Large und Peter Longerich. Entgegen dem, was heute als allgemein anerkannte Lehrmeinung gilt, sind die vom Autor angeführten Zeugnisse – trotz widerstreitender Standpunkte – im Kern weitgehend homogen, sodass sie ein wohlfundiertes Urteil gestatten, das es verdient, in die deutsche Geschichtsschreibung integriert zu werden.

Vom Autor signiert

Geb., 446 Seiten mit Schutzumschlag
Best.-Nr.: 7064, € 39,90



DVD

Der Mythos Ostpreußen
Auf den Spuren der Ordensritter
Ein Film von Wolfang Woiki, Laufzeit 60 Min.
Best.-Nr.: 7108, € 19,95



DVD

Ostpreußen wie es war
In Filmaufnahmen aus den 20er und 30er Jahren werden Kultur und Tradition Ostpreußens wieder lebendig. Mit dem Bonusfilm „Alltag in Ostpreußen", Laufzeit: 72 Minuten + 45 Minuten Bonusfilm
Best.-Nr.: 3656, € 19,95



DVD

David Vondracek
Töten auf Tschechisch
Deutsche Zivilisten von Tschechen grausam hingerichtet
DVD, Laufzeit, ca. 58 Minuten
Best-Nr.: 7118, € 19,95

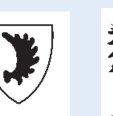
August-Angebote*: Sparen Sie € 2,95 pro Artikel

Rundstempel





Best.-Nr. 6216 — Best.-Nr. 6472



Best.-Nr. 5538 — Best.-Nr. 5539

statt € 12,95 pro Stück nur noch **€ 10,00**





Ostpreußen-Seidenkrawatte
Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091
statt € 29,95 pro Stück nur noch **€ 27,00**

Ostpreußen-Flagge – Landsmannschaft –
Best.-Nr.: 2093



statt € 12,95 pro Stück nur noch **€ 10,00**

Aus reißfesten Polyesterstoff. An allen Kanten doppelt umsäumt. Zum Hissen ist die Flagge mit 2 Metallösen versehen. Maße: 90x150 cm

*nur gültig im Monat September 2011 und solange Vorrat reicht

Elchschaufel- Brosche



Elchschaufel- Brosche
Versilbert mit aufgesetzter Elchschaufel in Wappenform. Die Oberfläche des Emblems ist emailliert.
Maße Brosche: B 3 cm, H 1,5 cm
Maße Emblem: H 15 mm, B 13 mm
Rückseitig Querraddel mit Sicherheitsverschluss
Best.-Nr.: 7125, € 4,95

Preußen- Schirmmütze

Preußen- Schirmmütze
Schwarze Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Adler in weiß
Best.-Nr.: 7124, € 14,95



Martin Guddat
Handbuch zur preußischen Militärgeschichte 1688-1786
Geb., 316 Seiten
Best.-Nr.: 3150, € 19,90



Hermann Sudermann
Das Bilderbuch meiner Jugend
Geb., 331 Seiten
Best.-Nr.: 6823, € 19,80

statt € 7,40 nur noch **€ 3,95**

Eva Pultke-Sradnick
Ein Stück Bernstein in meiner Hand
Geschichten aus Ostpreußen
Kart., 112 Seiten
Best.-Nr.: 6968

Abzeichen Volksabstimmung Ostpreußen



Replik eines Originalabzeichens
Inschrift: Abstimmung: Ost- und Westpreußen 11.7. 1920
Durchmesser: 25 mm, an Nadel mit Sicherungshülse
Best.-Nr.: 6925, € 6,95

Königsberg-Wappen Nadel



Königsberg-Wappen Nadel
Das Königsberger Wappen farbig dargestellt mit Inschrift „Königsberg Pr"
Maße des Wappens: Breite 15 mm, Höhe 19 mm, an langer Nadel mit Nadelsicherung
Best.-Nr.: 7126, € 3,95



PMD Preußischer Mediendienst
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst — 35/11
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Wirtschaft unerwünscht

Düsseldorf – Der 2010 von der damaligen schwarz-gelben NRW-Landesregierung gestartete Pilotversuch zur Einführung des Schulfachs „Wirtschaft“ wird nach Informationen der „Wirtschaftswoche“ folgenlos auslaufen. Gewerkschaften und die neue rot-grüne Regierung fürchten demnach, in einem solchen Fach würde „allzu liberales Gedankengut“ verbreitet, heißt es. Der Pilotversuch an 76 Schulen war an den Lehranstalten durchweg positiv aufgenommen worden. *H.H.*

Grüne Männchen für »Klimaschutz«

London – Wie die britische Zeitung „Guardian“ meldet, behaupten US-Wissenschaftler aus dem Umfeld der Nasa, dass ökologisch orientierte Außerirdische die Menschheit angreifen könnten, wenn wir weiterhin unsere Natur zerstörten. Insbesondere die Zusammensetzung der Erdatmosphäre sei vom Weltall aus gut zu analysieren. Deshalb müsse die Bekämpfung des „Treibhauseffekts“ verstärkt werden. *H.H.*

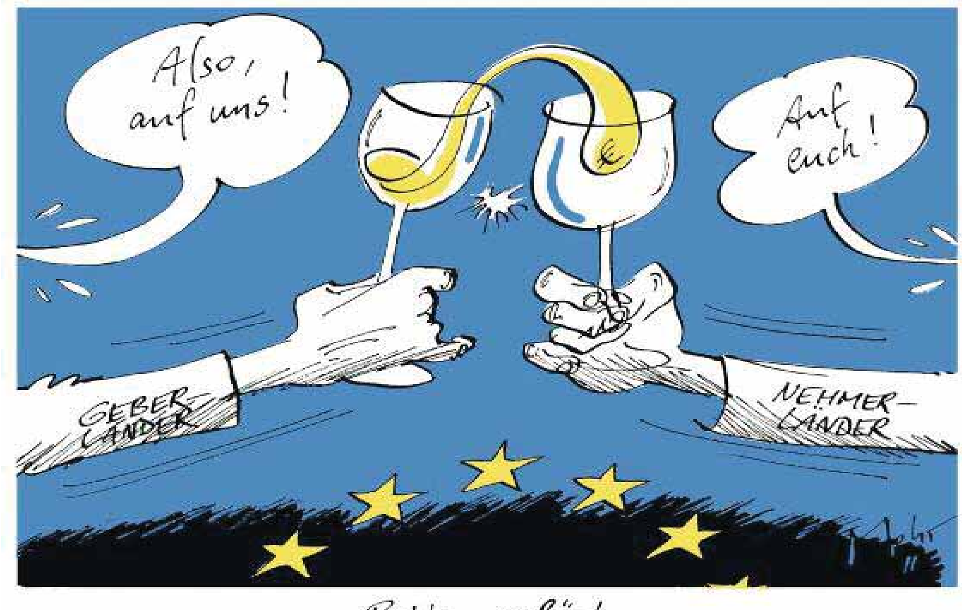
ZUR PERSON

Von Beruf Parteipolitiker

Der heutige Doktor der Fernuniversität Hagen wechselte bereits nach einem Jahr Gymnasium an die Realschule. Erst nach der mittleren Reife unternahm **Guido Westerwelle** einen zweiten Versuch. Im Bundesdorf Bonn klappte es und dort nahm der gebürtige Honnefer denn auch gleich ein Studium auf. Als Studienfach wählte sich der Sohn eines Rechtsanwaltes und einer Richterin jenes der Eltern. Als er 1987 das erste juristische Staatsexamen machte, war er bereits Vorsitzender der von ihm 1980 mit anderen gegründeten FDP-Jugendorganisation Junge Liberale (Julis). 1988 wechselte er bruchlos von der Spitze der Julis in den Bundesvorstand der Freien Demokraten. Dem zweiten juristischen Staatsexamen 1991 folgte drei Jahre später mit der Promotion das Ende der akademischen Ausbildung. Der junge Politiker promovierte bei dem sozialdemokratischen Mitglied des Europäischen Parlaments Dimitris Tsatsos über das „Parteienrecht und die politischen Jugendorganisationen“. Noch im Jahr der Promotion wurde der junge Liberale Generalsekretär seiner Partei. Zwei Jahre später folgte die Wahl in den Bundestag, dem er heute noch angehört. 2001 wechselte der Freidemokrat vom Generalsekretärsposten auf den des Parteivorsitzenden. 2006 übernahm er zusätzlich den Fraktionsvorsitz.



Angela Merkels Wechsel des Koalitionspartners bedeutete für das Land Veränderungen, aber für Westerwelle eine Zäsur. Erstmals übernahm der Parteifunktionär ein Staatsamt und dann gleich in Personalunion das des Außenministers und des Vizekanzlers. Nach der Übergabe des Parteivorsitzes an Philipp Rösler hat der gelernte Parteipolitiker „nur“ noch das Amt des Außenministers. Wie lange noch, ist ebenso die Frage wie, was er danach macht. Der Mann ist noch nicht einmal 50. *M.R.*



Zeichnung: Mohr

Heimsuchungen

Warum wir diesen Sommer füsilieren lassen, wie uns die Griechen die Wahrheit gesagt haben, und wo neue Hoffnung schimmert / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

So schnell schießen die Preußen nicht? Das soll sich zeigen. Für uns Norddeutsche, die wir von unseren bayerischen Landsleuten freundlicherweise allesamt „Preußen“ genannt werden, steht jedenfalls fest: Den Sommer 2011 bringen wir vors Kriegsgericht! Als warnendes Beispiel für alle kommenden Tiefdruckgebiete und Wetterkapriolen. Allein diese menschenrechtsverletzende Müdigkeit. Wo die Isobaren so dicht gestaffelt über die Wetterkarte rasen wie die Husaren des Alten Fritz übers Schlachtfeld, da kommt der Kreislauf doch nie aus dem Graben!

Das öde Wetter drückt nicht bloß auf die Stimmung, es vermiest einem auch die Meinung. Versuchen Sie doch mal, einer schnatternden, durchnässten Grillparty-Gesellschaft die Gefahren der „menschengemachten Klimaerwärmung“ zu verklickern! Noch dazu, wo sich mittlerweile zu jedem rumgesprochen hat, dass an der Theorie mit dem „menschengemacht“ irgendetwas nicht stimmen könnte und die Temperaturen ja auch kaum noch steigen – trotz weiter wachsender CO_2-Emissionen. Nein, das macht wirklich keinen Spaß mehr. Der Meeresspiegel wird steigen, bis Hamburg und Bremen unter Wasser stehen? Wenn es in den Hansestädten diesen Sommer Überflutungsprobleme gab, dann rührten die vom Himmel her und nicht von der Küste.

Es ist der Sommer des Missvergnügens, der auch an der Politik nicht spurlos vorübergegangen ist. In muffigen, feuchten Nächten placken sich Hauptstadtjournalisten damit ab herauszubekommen, wer in Sachen Euro-Rettung nun was genau will und wer wen weshalb kritisiert hat – und worauf das Ganze eigentlich hinauslaufen soll.

In ihrem Elend sind die Presseleute keineswegs allein. Ende September soll über den dauerhaften Euro-Rettungsschirm im Bundestag abgestimmt werden, soviel ist bekannt. Vielmehr weiß man aber nicht: Peter Ramsauer beschwert sich darüber, dass der Vertragsentwurf immer noch nicht auf Deutsch vorliege. Für das vorhandene Papier aber „reicht mein Englisch nicht“, schimpft der CSU-Mann. Die CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeld stört das nicht, sie verspricht: „In der Landesgruppe gibt es eine breite Mehrheit für den Kurs von Angela Merkel.“ Reden die beiden eigentlich mal miteinander?

Helmut Schmidt und sein Vornamensvetter Kohl tun das jedenfalls und sind sich völlig einig darin, dass die Merkel alles vergeigt. Kohl habe sich um Europa verdient gemacht, das hören wir zurzeit sogar von Leuten, die an dem „Dicken“ einstmals kein gutes Haar lassen wollten.

Der große Kanzler hatte für europäische Krisen immer eine Patentlösung parat: Er zückte die Geldbörse und legte solange Scheine auf den Tisch der Gemeinschaft, bis die Gierhälse Ruhe gaben. Als das nicht mehr reichte, knallte er dann die D-Mark an sich auf die Platte.

> Helmut Kohl hatte immer eine Lösung für Europas Krisen: Deutschland zahlt

Da ist es keine Überraschung, dass unsere europäischen Freunde der Ära Kohl laut jammernd hinterhertrauern. Wäre der noch Kanzler, dann könnte vermutlich sogar Giulio Tremonti besser schlafen. Der italienische Finanzminister bekannte freimütig: Wenn es Eurobonds schon gegeben hätte, wären die italienischen Sparbeschlüsse überflüssig gewesen. Doch angetrieben von einer kleinen Minderheit bei Union und FDP und einer großen Mehrheit im Volk wagt Angela Merkel die Übernahme der europäischen Schulden auf ein gemeinsames Konto per „Eurobonds“ noch nicht.

An der Tremonti-Äußerung können wir übrigens ablesen, wie sehr sich die Euro-Skeptiker irren: Sie malen ständig das Schreckbild vom „europäischen Einheitsbrei“ an die Wand, in dem jede nationale Eigentümlichkeit und damit jeder Antrieb zu versinken drohe, weil alles und jedes von der Brüsseler Mammutbürokratie zurechtgestutzt würde.

Was für ein Blödsinn, die Vielfalt lebt gerade im Europa des Euro so richtig auf: Unser Finanzminister Schäuble donnert jeden Tag, dass Eurobonds nur denkbar seien mit eisernen Sparsamkeitsregeln, die für alle gleichermaßen zu gelten hätten. Sein italienischer Kollege hält die Bonds im Gegenteil für das Mittel, sich von der Sparsamkeit endlich verabschieden zu können. Warum soll Italien sparen, wenn Deutschland für Roms Schulden geradestehen muss?, fragt Tremonti.

Sehen Sie! Europa bleibt so bunt und vielfältig wie ehedem. Nur ein paar Rechnungsadressen werden verlagert, damit sich Tremonti und seine Freunde nicht mehr mit „Überflüssigem“ herumschlagen müssen.

Viel schlimmer als den Italienern geht es bekanntlich den Griechen, denen die Gegenwart wie eine einzige Heimsuchung vorkommt. Jetzt wird auch noch gefordert, dass Athen Staatseigentum als Pfand für die Hilfskredite hinterlegen soll. Eine Zumutung sei das, faucht Ministerpräsident Papandreou. Aus Athen ist zu hören, eine solche Verpfändung käme den Griechen vor wie der „Ausverkauf ihrer Heimat“.

Das verstehen wir nicht: So ein Pfand wird doch erst dann eingezogen, wenn die Schulden nicht zurückgezahlt werden. Wenn die Griechen schon jetzt den „Ausverkauf“ vor Augen haben, dann hieße das ja, dass sie bereits heute wissen, dass sie ihre Schulden niemals ... – ach so ist das gemeint.

Das mit dem Pfand ist eine ärgerliche Sache, an der die Finnen schuld sind. Die trauen den Griechen nicht und haben sich daher beim EU-Sondergipfel ein solches Pfandrecht ausbedungen. Angela Merkel hat darauf in bester Kohlscher Tradition reagiert, der mit Extrawürsten nie sparsam war. So steht jetzt im Vertragstext: „Erforderlichenfalls wird eine Besicherungsvereinbarung getroffen, damit das den Mitgliedstaaten ... aus ihren Garantien für den EFSF (Rettungsschirm, d. Red.) erwachsende Risiko abgedeckt wird.“ Soll heißen: Wer will, kann ein Pfand kriegen.

Das ließen sich die Finnen nicht zweimal sagen. Doch was boten ihnen die Griechen? Eine halbe Milliarde Euro in bar, frisch abgezapft von den Rettungskrediten der übrigen Euro-Länder, Löwenanteil Deutschland. So würde also deutsches Geld, das für Griechenland gedacht war, von dort auf ein finnisches Konto überwiesen, um das Geld, das von Finnland an die Griechen ausgeliehen wurde, abzusichern.

Schon erstaunlich, was unsere Regierung so alles unterschreibt. Dummerweise wurde dieses obszöne Kreiselgeschäft öffentlich, weshalb Holland, Österreich und noch einige andere Länder ebenfalls Pfand verlangten. Die Angelegenheit drohte außer Kontrolle zu geraten und zur Lachnummer zu verkommen.

Guter Rat musste her und war auch schnell zur Hand: Das mit Hin- und Herschieben von Hilfsgeldern kommt natürlich nicht infrage, polterte Merkel. Und die andere Idee, nämlich griechische Immobilien in Staatsbesitz als Sicherheit anzubieten, auch nicht. Warum nicht? Weil es in Hellas gar keine richtigen Grundbücher gebe und deshalb niemand genau sagen könne, was dem griechischen Staat wirklich gehöre. Kein Kataster, so, so – Europa ist dermaßen vielfältig, wir haben sogar die Dritte Welt dabei.

Unterdessen streiten die Experten schon längst nicht mehr darüber, ob Griechenland pleitegeht, sondern nur noch, wann. Bis spätestens Ende 2012, da sind sich alle einig, gehen die Lichter aus und das Land verlässt den Euro-Raum. Unser Geld ist dann natürlich weg, und unsere Politiker werden sich dann einiges anhören müssen, warum sie einem verlorenen Unternehmen noch Milliarden deutsche Euro hinterhergeworfen haben, obwohl die Pleite schon klar war. Arme Politiker, doch am Horizont schimmert Hoffnung: Wenn alles glattgeht bei der Abstimmung Ende September, dann haben unsere Volksvertreter über unser Steuergeld bald ohnehin nicht mehr zu bestimmen. Das macht dann ein entrückter EU-Ausschuss, und dem kann das Gemaule irgendwelcher deutschen Steuerzahler herzlich egal sein.

MEINUNGEN

*Der in Barcelona lehrende **Wirtschaftshistoriker Hans-Joachim Voth** empfiehlt im „Spiegel“ (29. August), dass **Deutschland** und die übrigen einstigen Hartwährungsländer den **Euro verlassen**. Für die Schwachen sei das viel zu risikoreich. In fünf Jahren sei die Gemeinschaftswährung sowieso Geschichte:*

„Der Euro kann in seiner jetzigen Form nicht überleben. Wir müssen anfangen, die kulturellen Unterschiede in der EU ernstzunehmen. Spanier sind nun einmal nicht Holländer, und Griechen sind keine Deutschen. Wenn es nicht zur Transferunion kommen soll, müssen Länder aus der Eurozone ausscheiden. Technisch machbar ist beides. Einfacher ist es, wenn die starken Länder ausscheren. Für Deutschland wäre es viel leichter als für Griechenland.“

*Der CSU-Bundestagsabgeordnete **Peter Gauweiler** fürchtet bei der Übertragung von Haushaltsrechten an **nicht demokratisch** gewählte europäische Instanzen um die **Grundlagen unseres Gremienwesens**:*

„Ich wünsche der Angela Merkel und dem Wolfgang Schäuble wirklich alles Gute bei ihrer Euro-Rettung – aber ich wäre halt dankbar, wenn man die Demokratie nicht abschaffen würde dabei.“

Wieder mal erledigt ...

Es ist nun wieder
mal so weit,
denn wie es scheint zu scheinen
und wie zum Zweck schon
prophezeit,
ist wieder mal ein Volk befreit,
so wie's Befreier meinen.

Ihr Beistand war humanitär
samt UNO-Koscher-Stempel –
das Kleingedruckte wiegt
nicht schwer,
und notfalls streicht man's
hinterher,
den Schurken zum Exempel.

Natürlich gab es wieder mal
kollaterale Schäden –
ist zwar im Einzelfall fatal,
indes strategisch und global
kaum wert, es zu bereden.

Was auch den Robenträgern passt,
denn in Den Haag ist's wichtig,
dass lebend statt am Fahnenmast
man den Salon-Nomaden fasst –
doch im Vergleich ist's nichtig:

Nur wo das Gold sich finden mag
und wo die Konten liegen,
und was verbleibt an Reinertrag
aus so und soviel Fass pro Tag –
darauf kommt's an beim Siegen!

Und Sarkos Sieg, total zwar nicht,
wird für Total schon reichen,
für Exxon wie für ENI schlicht,
für Chevron und auf lange Sicht
auch für BP desgleichen.

Die neuen Herren
im Lokal
verheißen gute Taten,
und wenn vielleicht bloß
zweite Wahl
so sind's zumindest wieder mal
Scharia-Demokraten.

Ach ja, den schwarzen Söldnern
geht's
jetzt wohl an Leib und Leben –
sehr traurig, und daher versteht's
für uns sich ganz von selbst, wie
stets
splendid Asyl zu geben ...

Pannonicus